



Lokales Klima der Bedrohung

Betroffenheit von und Umgang mit antidemokratischen
Bestrebungen in den Förderregionen der Partnerschaften
für Demokratie

Berichtszeitraum 01.01.2020–31.12.2020

Danksagung

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen sowie Federführenden Ämter, die an unseren Befragungen teilgenommen haben. Sie haben alle entscheidend am Zustandekommen dieses Berichts mitgewirkt.

Das Team des ISS e.V.

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, November 2020

Autor*innen.

Carlos Becker
Irina Bohn
Laura Einhorn
Ellen Mettke
Sandra Michaelis
Felix Pausch
Jan Saßmannshausen
Isabell Ziegler

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Inhalt

1	Einführung	1
2	Demokratie- und menschenfeindliche Ereignisse und zivilgesellschaftliche Reaktionen – Einschätzungen der Koordinator*innen	5
2.1	Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen	5
2.2	Demokratie- und menschenfeindliche Organisationen bzw. Gruppierungen und Aktivitäten vor Ort	9
2.3	„Shrinking Spaces for Civil Society“ – Betroffenheit von Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume	12
2.4	(Re-)Aktionen des demokratisch-weltoffenen Spektrums	15
3	Idealtypen kommunaler Verfasstheit – Die Situationen vor Ort	20
3.1	(Vermeintlich) Friedliche Nebenschauplätze gesellschaftspolitischer Konfliktlinien	26
3.2	Problemgebiete ohne regional verankertes Fundament eines demokratisch-weltoffenen Engagements	31
3.3	Stark antidemokratisch betroffene Regionen mit aktiver Gegenwehr des demokratisch-weltoffenen Spektrums	35
3.4	Demokratische Widerstandsfähigkeit in Gebieten mit (weitgehend) eingehegten Problemlagen	40
4	Fazit	46
5	Anhang	47
5.1	Tabellenverzeichnis	47
5.2	Abbildungsverzeichnis	52
5.3	Literatur	52
5.4	Tabellen	54

1 Einführung

Die „Partnerschaften für Demokratie“ treten sowohl situativ als auch langfristig demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen entgegen und greifen dabei auf bewährte Verfahren der Förderung von Engagement und Partizipation auf Basis lokaler Bündnisse zurück. Ausgehend von der Annahme, dass sich gelebte demokratische Kultur als Ankerpunkt der gesellschaftlichen Wehrhaftigkeit gegen antidemokratische Tendenzen und menschenfeindliche Erscheinungsformen begreifen lässt, fokussiert „Demokratie leben!“ mittels der „Partnerschaften für Demokratie“ insbesondere auf die Förderung von vielfältigem zivilgesellschaftlichen Engagement und den Ausbau von Strukturen der Demokratiestärkung und Präventionsarbeit vor Ort.

Die etablierten Praktiken zur Generierung und Vermittlung von spezifischem Problem- und Praxiswissen, zur Anregung von Netzwerkbildung und der Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und deren Kooperationen mit staatlichen Institutionen müssen dabei immer wieder neu auf die sich verändernden lokalen Rahmenbedingungen und Bedarfe ausgerichtet werden. Die Partnerschaften stehen vor der Herausforderung, ihre thematischen Schwerpunktsetzungen auch dem dynamischen und zunehmend diversen Spektrum antidemokratischer Phänomene und seinen Entwicklungen anzupassen, um wirksame Handlungsstrategien der beteiligten Akteur*innen und Projekte zu befördern und die in den kommunalen Gesamtkonzepten erfassten Anliegen und Ziele wirksam der lokalen Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Eine Gesellschaft unter Spannung

Jüngere Forschungsbefunde zu demokratie- und menschenfeindlichen Erscheinungsformen konstatieren übergreifend eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung sowie eine anhaltende Virulenz und kontinuierliche Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Vorkommnissen und antidemokratischen Bestrebungen. So sehen etwa Heitmeyer/Freiheit/Sitzer (2020) eine zunehmende „Ausdifferenzierung, Intellektualisierung und Dynamisierung des rechten politischen Spektrums“, ¹ die Tendenzen einer Normalisierung und gegenseitigen Verstärkung gruppenbezogen menschenfeindlicher und antidemokratischer Haltungen mit sich bringt. Der Wandel und die Verwobenheit von Akteur*innenstrukturen und Bewegungen, die vom rechtspopulistischen Sympathisantentum bis zum manifesten Rechtsextremismus und -terrorismus reichen, bedingen demnach die Ausformung „rechter Bedrohungsallianzen“.

Jüngst fügt sich das Zusammenfinden von unterschiedlichen Gruppen und Akteur*innen mit und ohne rechtem ideologischen Gruppenbewusstsein und die Aktivierung von Opfernarrativen im Rahmen von sogenannten „Hygiene-Demos“ in diese Entwicklung ein. Obgleich einerseits die Umfragewerte rechtspopulistischer Parteien im Zuge der Corona-Pandemie sinken, werden andererseits Propagandamöglichkeiten vom rechten Spektrum genutzt und Zusammenschlüsse geformt, die neue Anknüpfungspunkte bieten.²

1 Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020, S. 11.

2 Vgl. Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020, S. 296ff.

Ähnlich stellt die aktuelle Autoritarismus-Studie von Decker/Brähler (2020) fest, dass: „autoritäre, extremistische Einstellungen [...] eine beständige Bedrohung für eine offene, demokratische Gesellschaft“³ bleiben. Sie konstatieren ein dauerhaft hohes Niveau antidemokratischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung, wenngleich sinkende Werte zu Ausländerfeindlichkeit und geschlossenen rechten Weltbildern zu verzeichnen sind.

Hohe Zustimmungswerte finden sich hingegen bei Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, die Anknüpfungspunkte und Strukturanalogien zum Antisemitismus aufweisen. Auch die Brückenfunktion antiliberaler und antidemokratischer Einstellungsmuster zu Positionen des rechten Spektrums und die dadurch weiter verfestigte Polarisierung wird von Decker/Brähler herausgehoben, da sich aus ihrer Sicht durch Antisemitismus, Antifeminismus und die Verschwörungsmentalität „eine neue antimoderne Bewegung formiert.“⁴

Auch die jüngste Studie der Forscher*innengruppe um Andreas Zick konstatiert eine Verstärkung der gesellschaftlichen Polarisierung, während auch die Vorgängerstudien eine zunehmende Radikalisierung in der Gesellschaft schon deutlich aufgezeigt hatten: Seit Jahren sehen die Autor*innen neben den demokratisch Engagierten die populistischen Stimmen in öffentlichen Diskursen immer lauter werden und menschenfeindliche Vorurteile, demokratie-skeptische Verschwörungstheorien, sowie antidemokratische Einstellungen auch in der Mitte der Gesellschaft an Zuspruch gewinnen. Nun hat diese Spaltung die Mitte der Gesellschaft nicht nur erreicht, sondern in „der turbulent anmutenden Zeit innergesellschaftlicher Krisen und Konflikte in den vergangenen Jahren ist die Demokratiefestigkeit der Mitte gewissermaßen geschrumpft.“⁵

Mittlerweile ist die demokratische Mitte selbst zum Ort der gesellschaftspolitischen Polarisierung geworden und fällt damit zugleich als sicherer Ankerpunkt der Demokratiestärkung in Teilen aus. Extreme Einstellungen kommen auch aus der politisch anerkannten und sozial gut situierten Mitte der Gesellschaft und machen damit zugleich ein Umdenken im Hinblick auf die demokratischen Maßnahmen gegenüber antidemokratischen Aus- und Vorfällen notwendig. Die Mitte wird selbst zum Adressat demokratiefördernder Initiativen und ist nicht bloß das Sprachrohr eben dieser Initiativen, die sich an die gesellschaftlichen Ränder richten.

Dabei zeigt sich, dass es gerade die Demokratiefestigkeit ist, die Garant eines erfolgreichen Umgangs mit antidemokratischen und menschenfeindlichen Bestrebungen ist. Es sind nicht nur die tatsächlichen Bedrohungen, die eine kommunale Bedrohungslage vor Ort ausmachen. Es sind auch die vorhandenen oder fehlenden demokratisch-weltoffenen Widerstandskräfte, die zivilgesellschaftlichen Ressourcen vor Ort, die über die *Bedrohlichkeit* antidemokratischer Vorfälle entscheiden. Ein funktionierendes Netz der demokratischen Gegenwehr lässt nicht nur einzelne Vorfälle weniger dramatisch erscheinen, eine konsequente Gegenmobilisierung macht diese auch im Ganzen unwahrscheinlicher. Erodieren diese Strukturen, indem etwa die gesellschaftliche Mitte nicht mehr klar Stellung zu beziehen weiß, dann sind damit auch die

3 Vgl. Decker/Brähler 2020, S.9.

4 Vgl. ebd., S.25.

5 Vgl. Zick/Küpper/Berghan 2019, S. 22.

zivilgesellschaftlichen Ressourcen demokratischer Gegenreaktion beschädigt und bereiten einer Normalisierung antidemokratischer Positionen den Boden. In diesem Sinne sind lokale Bedrohungslagen immer ein Zusammenspiel aus tatsächlichen Vorfällen und den zivilgesellschaftlichen Reaktionen darauf. Genau dieser Zusammenhang wird der zentrale Gegenstand der folgenden Kapitel sein und die Beschreibung des lokalen Klimas in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie anleiten.

Unter Druck – lokales Klima der Bedrohung in den Förderregionen der Partnerschaften

Perspektiven der eingangs dargestellten Befunde spiegeln sich auch in den Erfahrungen der Partnerschaften für Demokratie wider, die mit ihrer kontinuierlichen Arbeit an den gesamtgesellschaftlichen Bruchlinien auf lokaler Ebene schon frühzeitig entsprechende Entwicklungen und Problemlagen zu spüren bekommen. So berichten die Koordinator*innen ebenfalls unverändert von einer antidemokratischen Alltagsrealität in den Förderregionen und einer Ausdifferenzierung des rechten Spektrums. Die seit 2016 im Zusammenhang mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ festgestellte, im Rahmen der Partnerschaften noch wenig breit thematisierte und aus der damaligen Sicht der Koordinator*innen auch „neue“ Dimension der lokalen Auseinandersetzung um demokratische Werte setzt sich weiter fort und findet neue Kristallisationsformen. Dies mündet zum Teil in systematischen Versuchen der Einschränkung von Partnerschaften in ihrer Arbeit, einem Druck auf exponierte Akteur*innen zum Rückzug aus dem Engagement wie auch in menschenfeindlich motivierten Übergriffen auf marginalisierte Personen.⁶ So steht die diesjährige Befragung maßgeblich unter dem Eindruck der Corona-Pandemie, deren Auswirkungen umfassende Kontroversen und Konflikte auf nahezu allen gesellschaftlichen Ebenen mit sich bringen, und die schon jetzt neuartige Koalitionen demokratieskeptischer Akteur*innen hervorgebracht hat, die auch in Zukunft zu einer Herausforderung für die Partnerschaften vor Ort werden.

Diese Entwicklung aufgreifend wurden die Koordinator*innen aller 300 Fördergebiete in der aktuellen quantitativen Vollerhebung, auf der dieser Bericht basiert, für den Zeitraum vom 1. Juli 2019 bis zum 31. Mai 2020 unter anderem auch spezifisch auf die Corona-Krise bezogen befragt. So wurden Einschätzungen zu sich neu formierenden Koalitionen von Akteuren des rechten politischen Spektrums in den Regionen erhoben, zur Verbreitung von Verschwörungserzählungen und anti-asiatischen Übergriffen.

Wie bereits in der vergangenen Förderperiode gaben die Koordinator*innen im Themenbereich des gesellschaftlichen Klimas Einschätzungen ab zu spezifischen Vorkommnissen, demokratiefeindlichen Akteur*innen, betroffenen Opfergruppen sowie zu etwaigen direkten Einschränkungsversuchen der Arbeit ihrer Partnerschaft. Parallel erfasst auch die diesjährige Befragung die zivilgesellschaftlichen Potentiale und Reaktionen auf die entsprechende Lage vor Ort.

Im Folgenden werden die Ergebnisse des Monitorings der Partnerschaften für Demokratie 2020 aus diesen Bereichen vorgestellt. Im zweiten, nachfolgenden Kapitel werden zunächst

6 Vgl. ISS/Camino 2016, S. 2.

Aspekte demokratiefeindlicher Entwicklungen und Vorfälle in den Förderregionen und die zivilgesellschaftlichen Gegenreaktionen auf diese Tendenzen nachgezeichnet (2). Im Einzelnen geht es dabei um konkrete Übergriffe sowie Formen der Bedrohung und Anfeindung gegenüber engagierten Personen des demokratisch-weltoffenen Spektrums (2.1). Sodann stehen die Einschätzungen der Koordinator*innen zu den aktiven antidemokratischen Akteur*innen und Bewegungen in den Förderregionen der Partnerschaften und die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen sowie Akteurskonstellationen im Fokus, die diese Gruppierungen vornehmen und eingehen (2.2). Auf eine Darstellung der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume vor Ort (2.3), folgt ein Überblick der lokalen demokratisch-weltoffenen Gegenreaktionen auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle und Bewegungen, der auch den Umgang mit dem Phänomen der „Shrinking Spaces“ thematisiert (2.4). Das dritte Kapitel (3) stellt vier Typen von Förderregionen vor, in denen sich unterschiedliche Konstellationen von antidemokratischen Bestrebungen und zivilgesellschaftlichen Reaktionen herausarbeiten lassen. Mithilfe multivariater statistischer Verfahren – der sogenannten Clusteranalyse – und zehn vertiefender, qualitativer Expert*inneninterviews wird nachvollzogen, inwiefern die zwei Pole aus demokratiefeindlichen Akteur*innen auf der einen Seite und weltoffenen Gegenpositionen auf der anderen Seite in den Förderregionen unterschiedlich zusammentreffen, wahrgenommen werden und sich auf die kommunale Verfasstheit vor Ort auswirken. Damit wird letztlich auch den regionalen Unterschieden sowohl der Betroffenheit von antidemokratischen Vorfällen als auch der zivilgesellschaftlichen Ressourcen vor Ort Rechnung getragen. Das abschließende Fazit (4) fasst die zentralen Ergebnisse des vorliegenden Berichts kursorisch zusammen und gibt einen Ausblick auf mögliche Schlussfolgerungen, die daraus zu ziehen sind.

2 Demokratie- und menschenfeindliche Ereignisse und zivilgesellschaftliche Reaktionen – Einschätzungen der Koordinator*innen

Die zunehmende Polarisierung gesellschaftspolitischer Konflikte wirkt auch in die Fördergebiete der Partnerschaften hinein und prägt deren Arbeit vor Ort. Nicht nur wird die Demokratie selbst auf eine Probe gestellt, wenn bestimmte Personengruppen die Legitimität demokratischer Institutionen und Akteur*innen grundlegend in Zweifel ziehen, auch verschärfen sich die politischen Auseinandersetzungen und beschädigen mitunter die gemeinsamen Arenen der demokratischen Konfliktbewältigung. Ist die friedliche Austragung gesellschaftlicher Dispute ein Kernprinzip demokratischer Ordnungen, so muss die Virulenz antidemokratischer und menschenfeindlicher Bedrohungen, Übergriffe und Anfeindungen als alarmierendes Zeichen gelten, das gerade dort besondere Beachtung verdient, wo die involvierten Akteur*innen unter dem Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit und mit begrenzten materiellen Ressourcen agieren. In diesem Sinne hat der nachfolgende Überblick einen doppelten Zweck: zum einen mit den Partnerschaften für Demokratie genau diese Akteur*innen, die lokale Demokratiearbeit und die Regionen ihres Wirkens in den Blick zu nehmen und zum anderen aus der Sicht der Koordinator*innen aufzuzeigen, mit welchen antidemokratischen und menschenfeindlichen Vorfällen die Partnerschaften lokal und bundesweit konfrontiert sind. Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen der quantitativen Vollerhebung des ISS e. V. ausschließlich die Vertreter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie nicht nur um Einschätzungen zu Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen und zu demokratiefeindlichen Akteur*innen und deren öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten sowie zu Versuchen der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume gebeten. Sie wurden auch zu den Potentialen und Reaktionen des demokratisch-weltoffenen Spektrums auf Problemlagen sowie zu spezifischen Konfliktwahrnehmungen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie befragt. Dabei weisen die Auswirkungen der Pandemie Implikationen für sämtliche der genannten Bereiche auf, so dass sie nachfolgend im Sinne eines Querschnittsthemas dargestellt werden.

2.1 Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen

Entsprechend den in der Einführung dargestellten gesamtgesellschaftlichen Analysen⁷ beschreiben die Koordinator*innen mit ihren Einschätzungen Auszüge antidemokratischer Alltagsrealitäten und zeichnen auch für den Zeitraum zwischen dem 01. Juli 2019 bis zum 31. Mai 2020 ein Bild, welches keineswegs von Entspannung, sondern eher einer Konsolidierung demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen geprägt ist.⁸ 82 % (245) der Befragten

7 Vgl. Zick/Küpper/Berghan 2019.

8 Die in diesem Bericht präsentierten Daten sind nicht im Duktus einer Kriminalitätsstatistik zu lesen. Sie geben keine „objektiven“ Daten wider, sondern spiegeln die Einschätzungen der Koordinator/innen der Koordinierungs- und Fachstellen als Expert*innen für ihr jeweiliges Fördergebiet zurück. Sie dokumentieren ferner nicht die Einschätzung des aktuellen Standes der Vorkommnisse des laufenden Jahres 2020, sondern wurden überjährig für den Zeitraum vom 1. Juli 2019 bis 31. Mai 2020 erhoben, um die Vergleichbarkeit mit den Erhebungen der Vorjahre zu gewährleisten.

berichteten von Situationen der Anfeindung und Bedrohung vor Ort,⁹ während lediglich 2 % (6) der Koordinator*innen keinerlei Vorkommnisse aus den Förderregionen ihrer Partnerschaften zurückmeldeten.¹⁰ Damit bleibt das Niveau antidemokratischer Gefährdungen auch im Vergleich zu den Erhebungen der Vorjahre konstant hoch.¹¹

Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bleiben nach Angaben der Koordinator*innen in den Förderregionen anhaltend hoch

Diese Vorfälle richten sich dabei keineswegs nur gegen einzelne Personen. Vielmehr sind sie zugleich Ausdruck des Dominanzstrebens demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen, die mitunter gezielt gegen das Fundament der (kommunalen) Demokratie, ihre Vertreter*innen und Prinzipien vorgehen. Eine wesentliche Zielgruppe stellt dabei die aktiv für Demokratie und Vielfalt engagierte Zivilgesellschaft dar. In 62 % (187) der bundesweit 300 Förderregionen wurden Mitglieder der Zivilgesellschaft gerade aufgrund ihres demokratischen Engagements beleidigt, bedroht oder Opfer von Übergriffen und somit zum Rückzug aus diesem gedrängt.

Politiker*innen und insbesondere kommunale Spitzen wie Bürgermeister*innen und Landrät*innen als zentrale Akteur*innen und Repräsentant*innen des politischen Systems strahlen mit ihren Entscheidungen und Positionierungen in die Kommune, den Verwaltungsapparat aber aufgrund ihrer Deutungsmacht auch in die breite Bevölkerung aus und können einen deutlichen Beitrag zur Ausgestaltung des politischen Klimas vor Ort leisten. Eine klare auch öffentlich kommunizierte Haltung bzw. der Einsatz für Demokratie und Vielfalt ist somit essentiell nicht zuletzt für die Etablierung bzw. den Erhalt der politisch-zivilgesellschaftlichen Ressourcen der demokratischen Gegenwehr auf lokaler Ebene. Solchermaßen engagierte Schlüsselpersonen (Bürgermeister*innen, Landrät*innen) demokratischer Widerstandsfähigkeit wurden in 27 % (83) der Fördergebiete Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.¹² Engagierte Politiker*innen und Mitarbeiter*innen der Verwaltung wurden den Angaben der Befragten zufolge in 40 % (119) der Regionen Opfer entsprechender Tathandlungen. Die Taten gegen die betroffenen Bürgermeister*innen bzw. Landrät*innen wurden nach Kenntnisstand der Koordinator*innen insbesondere im digitalen Raum ausgeübt (83 %, 69), aber auch bei öffentlichen Veranstaltungen (29 %, 24) oder dienstlichen Tätigkeiten bzw. in den Diensträumen (17 %, 14). Aus einzelnen Partnerschaften wird von Vorkommnissen bei privaten Tätigkeiten berichtet (10 %, 8).¹³ Konkret melden die Koordinator*innen im Hinblick auf Bürgermeister*innen oder Landrät*innen, vor allem Beleidigung, üble Nachrede oder Verleumdung (61 %, 51) sowie Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung derselben zurück (54 %, 45). Es

9 Darunter berichteten wiederum 82 % (200) von mindestens zwei betroffenen Gruppen von Akteur*innen (vgl. Tabelle 1 und 2 im Anhang).

10 Vgl. Tabelle 1 im Anhang.

11 Vgl. ISS/Camino 2019, S. 394, Tabelle 209.

12 Vgl. Tabelle 3 im Anhang.

13 Vgl. Tabelle 4 im Anhang.

liegen keine Informationen zu Körperverletzungen vor, jedoch werden vereinzelt Sachbeschädigungen von Privateigentum genannt (13 %, 11).¹⁴

Ebenfalls über eine potentiell ausgeprägte Öffentlichkeitswirksamkeit verfügen Medienschaffende, die Situationen und gesellschaftliche Entwicklungen bzw. zugehörige Spannungen transportieren, rahmen und deuten. Ihre Tätigkeit ist zudem Ausdruck von Presse- und Meinungsfreiheit und somit von zentralen Prinzipien demokratischer Systeme westlicher Prägung. Koordinator*innen aus 21 % (62) der Partnerschaften für Demokratie meldeten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe zurück, die sich aufgrund des Einsatzes für Demokratie und Vielfalt gegen Vertreter*innen der Medien richteten. Etwas seltener hingegen richteten sich die Tathandlungen gegen Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen: 12 % (37) der Koordinator*innen benennen sich selbst oder Kolleg*innen als Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffen.¹⁵ Ähnlich wie die Bürgermeister*innen oder Landrät*innen werden sie eigenen Angaben zufolge aufgrund ihres Engagements für Demokratie vor allem im digitalen Raum angegriffen (73 %, 27)¹⁶ und beschreiben sich überwiegend als Opfer von Straftaten gegen die Ehre (65 %, 24).¹⁷

Hasskriminalität gegenüber Menschen aufgrund zugeschriebener Gruppenzugehörigkeit ist laut Koordinator*innen weiterhin stark verbreitet

Beziehen sich die beschriebenen Übergriffe vor allem auf Versuche politische Gegner*innen aus ihrem Engagement zu drängen und die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft zu beschneiden, wurden vereint unter dem Begriff „Hasskriminalität“ weitere Tathandlungen erhoben. Sie umfassen Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe, die gegen Personen aufgrund zugeschriebener (bspw. ethnischer, religiöser oder geschlechtsidentitätsbezogener) Gruppenzugehörigkeiten verübt worden sind. Die Mehrheit der Koordinator*innen melden für den befragungsrelevanten Zeitraum entsprechende Vorkommnisse zurück (73 %, 218).¹⁸

14 Vgl. Tabelle 5 im Anhang.

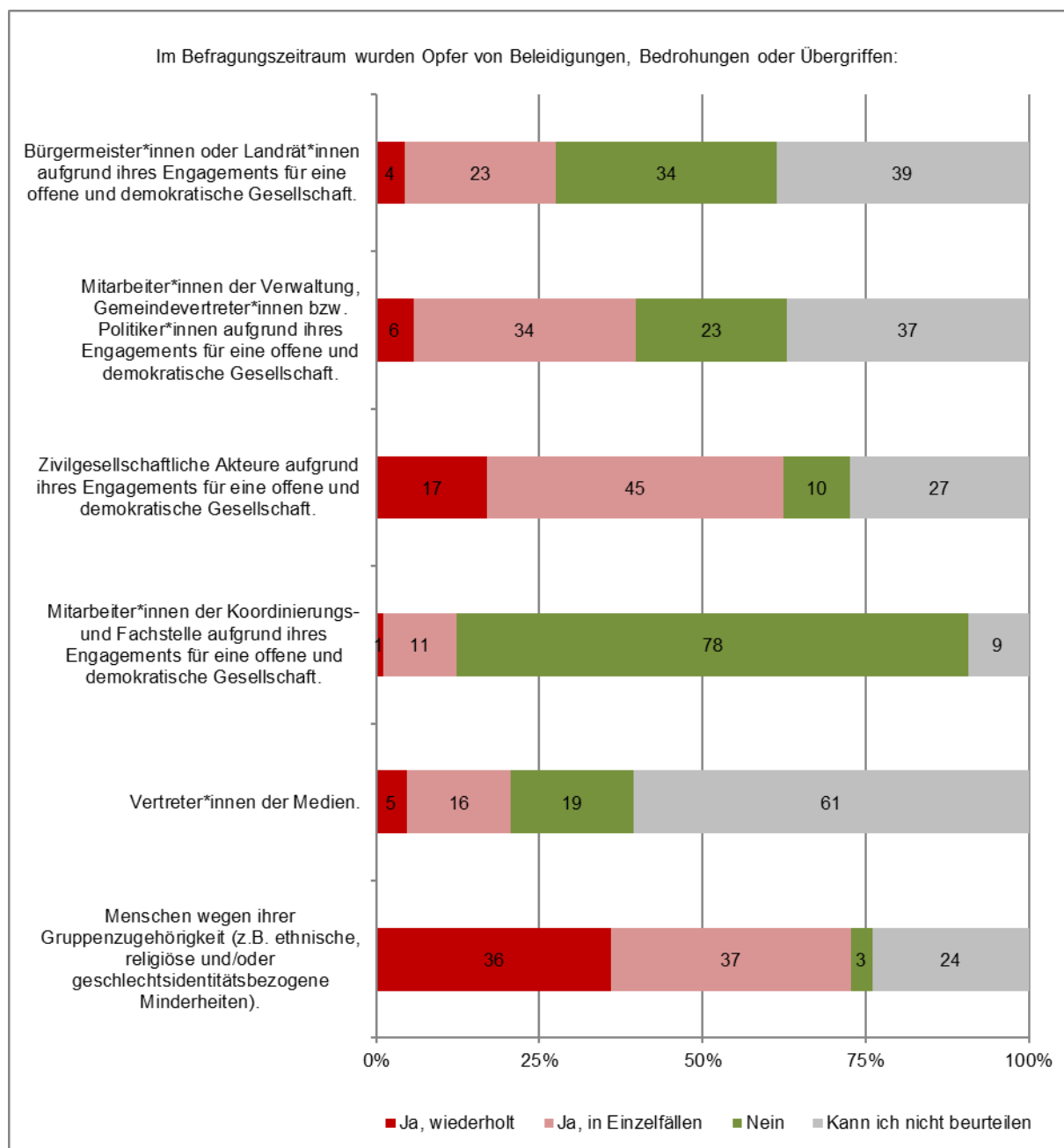
15 Vgl. Tabelle 3 im Anhang.

16 Vgl. Tabelle 6 im Anhang.

17 Vgl. Tabelle 7 im Anhang.

18 Vgl. Tabelle 3 im Anhang.

Abbildung 1: Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020¹⁹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Anteil zudem um zehn Prozentpunkte gestiegen,²⁰ jedoch kann diese Veränderung auch das Resultat einer Anpassung des Messinstruments sein: Während der Fragebogen von 2019 die Übergriffe auf Geflüchtete noch getrennt von den Vorfällen bezüglich gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erfasste, wurden sie in diesem Jahr gemeinsam ermittelt und eine Folgefrage ermöglichte die Ausdifferenzierung der betroffenen

¹⁹ Vgl. Tabelle 3 im Anhang.

²⁰ Vgl. ISS/Camino 2019, S. 394, Tabelle 209.

Gruppen. Infolgedessen kann das überarbeitete Messinstrument zum genannten Anstieg beigetragen haben. Bei entsprechend vertiefender Betrachtung berichten Koordinator*innen dann vor allem von zuwanderungs- und geflüchtetenfeindlich (95 %, 207), islam- und muslimfeindlich (86 %, 188) sowie antisemitisch (59 %, 128) motivierten Taten in den Förderregionen.²¹ Regional zeigt sich, dass in den neuen Bundesländern 40 % (41) der Koordinator*innen ein wiederholtes Auftreten von Vorfällen gegen Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit wahrnehmen, während in den alten Bundesländern seltener wiederholte Vorkommnisse dieser Art durch die Koordinator*innen geschildert werden (29 %, 53).²²

2.2 Demokratie- und menschenfeindliche Organisationen bzw. Gruppierungen und Aktivitäten vor Ort

Bezüglich der wahrgenommenen Aktivitäten demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen bzw. Organisationen zeugt das Gesamtbild der Einschätzungen durch die Koordinator*innen nach wie vor von hoher Belastung sowie einem dynamischen und zunehmend diversen Akteur*innenspektrum. In der überwiegenden Mehrheit der Förderregionen sind den Angaben zufolge von Juli 2019 bis Mai 2020 rechtsextreme und mit populistischen Positionen sympathisierende Personen wahrnehmbar: 227 (76 %) bzw. 235 (78 %) Koordinator*innen benennen diese Personenkreise als vor Ort aktiv.²³ Während im Vorjahr ein Rückgang des sichtbaren Handelns durch rechtspopulistische Gruppierungen konstatiert wurde (44 %, 132),²⁴ nähert sich deren Wahrnehmbarkeit wieder den Werten der Jahre 2016 bis 2018 an – in 157 (52 %) Förderregionen stellen die Koordinator*innen Tätigkeiten dieser Gruppierungen fest, so dass neben der gestiegenen Zuwanderung des Jahres 2015 nun auch die coronabedingten gesellschaftlichen Spannungsfelder als neue Anknüpfungspunkte und Anlass zur öffentlichen Agitation dienen (s. unten). Indes wird von Aktionen durch linksextreme (12 %, 38) und islamistische Gruppierungen (13 %, 39) immer noch vergleichsweise selten berichtet.²⁵

Die Aktivitäten der demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen lassen sich dabei in einzelne Aktionsformen differenzieren. So zeigt sich im präziseren Blick auf die konkreten Handlungsformen ein breiteres Arsenal von Aktionen, mit denen diese Akteur*innen nach Aussage der Koordinator*innen vor Ort hauptsächlich in Erscheinung getreten sind. Ähnlich wie in den Vorjahren²⁶ stechen dabei Formen des raumorientierten Dominanz- und Provokationsverhalten wie bspw. durch Graffitis oder Schmierereien hervor (77 %, 230). Eine Besetzung oder Inanspruchnahme des öffentlichen Raums findet zugleich durch Demonstrationen und Pro-

21 Vgl. Tabelle 8 im Anhang.

22 Vgl. Tabellen 9 und 10 im Anhang.

23 Vgl. Tabelle 12 im Anhang.

24 Vgl. ISS/Camino 2019, S. 416ff., Tabellen 238, 239, 240.

25 Vgl. Tabelle 12 im Anhang.

26 Vgl. ISS/Camino 2019, S. 443ff., Tabellen 265, 266, 267.

testkundgebungen statt, von denen 62 % (186) der Befragten berichten. Neben diesen analogen Erscheinungsformen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen manifestiert sich deren Agieren auch digital, etwa in Form von Hate Speech im Netz (76 %, 228).²⁷

Im Kontext der Corona-Pandemie werden häufig Aktivitäten neuer Koalitionen und Kooperationen bisher getrennter Gruppierungen zurückgemeldet

Ähnlich der Kontroversen und Konflikte um Geflüchteten-solidarität infolge der stark gestiegenen Zuwanderung im Jahr 2015²⁸ spiegeln sich auch die gesellschaftlichen Diskurse durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie seit dem Frühjahr 2020 in der Alltagsrealität der Partnerschaften für Demokratie wider. Im Rahmen der sich seitdem bundesweit ereignenden Proteste und „Hygiene-Demos“ gegen die pandemiebedingten Einschränkungen finden sich ersten Forschungsergebnissen und Berichten zufolge äußerst heterogene Konstellationen von Akteur*innen zusammen, die bis weit ins rechtsaffine, -populistische und -extreme Spektrum reichen.²⁹ Aktivitäten von neuen Koalitionen und Kooperationen bisher getrennt auftretender Gruppen des demokratiefeindlichen Spektrums im Kontext der Corona-Krise werden von 58 % (173) der Koordinator*innen wahrgenommen und diese stellen damit die am dritthäufigsten genannte Gruppe dar.³⁰ Zudem ist in diesem Zusammenhang Rassismus gegenüber Menschen mit asiatischem Aussehen wahrnehmbar: 31 % (67) der Koordinator*innen, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus den Förderregionen zurückmelden, berichten von anti-asiatisch motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.³¹

Bestrebungen rechtsaffiner subkultureller Gruppen werden im Vergleich zu den Vorjahreszeiträumen hingegen in weniger Förderregionen wahrgenommen. Deren öffentliche Sichtbarkeit ist um 11 Prozentpunkte auf 35 % (104) der Förderregionen gesunken. Jedoch gibt auch ein größerer Anteil der Koordinator*innen (36 %, 108) in der aktuellen Befragung an, nicht beurteilen zu können, ob diese Gruppierungen im Fördergebiet aktiv sind.³² Dies deutet auf eine weitere mögliche Auswirkung der Corona-Pandemie hin: So sind die Partnerschaften für Demokratie nicht nur mit veränderten Bedrohungslagen konfrontiert, sie können pandemiebedingt auch in ihrer fachlichen Arbeit eingeschränkt sein. Organisationsabläufe und der partizipative Austausch müssen neu strukturiert werden, wodurch mitunter auch die regionale Netzwerkarbeit leidet und die Sicht auf die Aktivitäten demokratie- und menschenfeindlicher Gruppen und Akteur*innen erschwert.³³

27 Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

28 Vgl. ISS/Camino 2016.

29 Vgl. u.a. Heitmeyer 2020; Decker/Brähler 2020; Deutschlandfunk 2020.

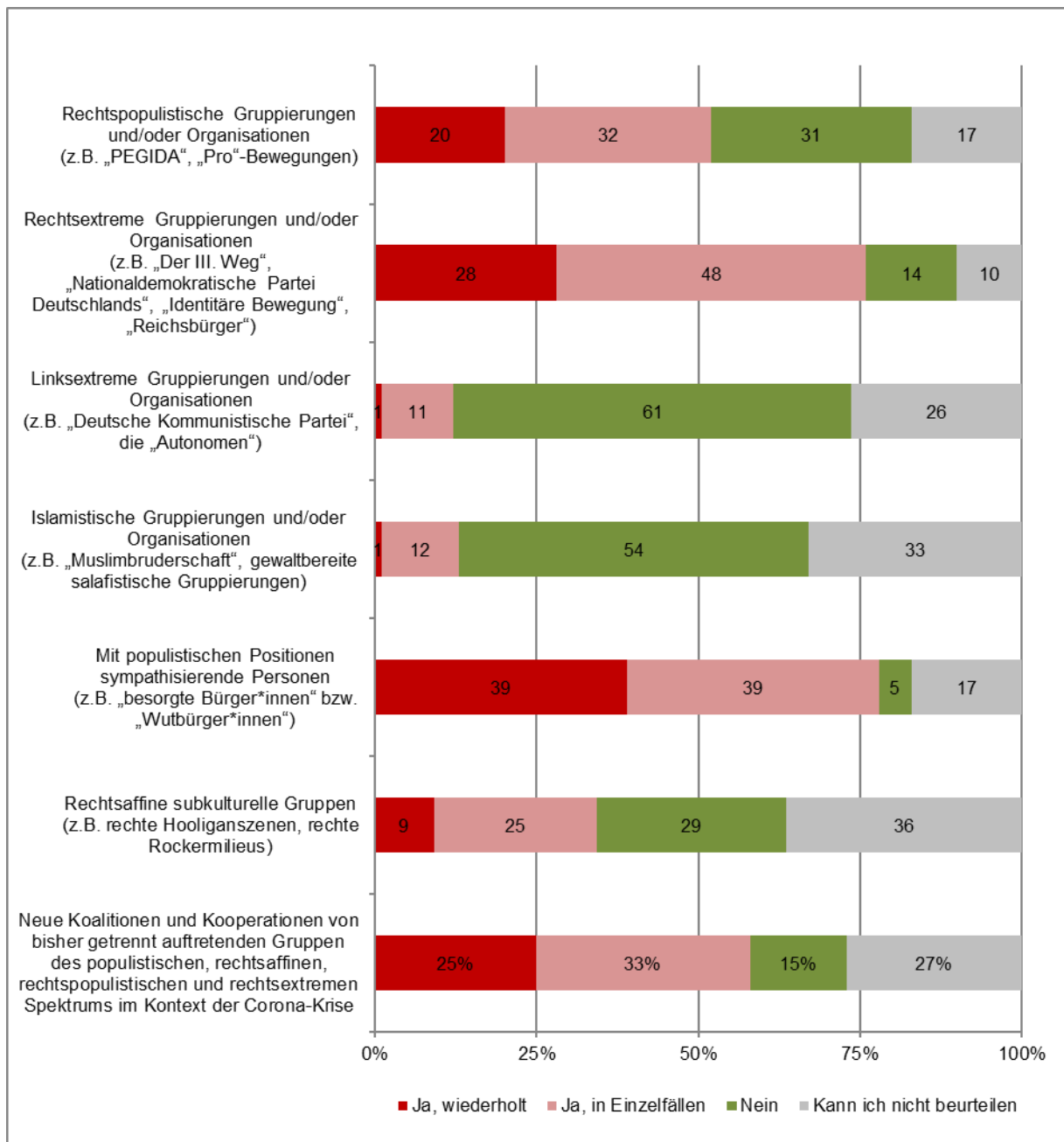
30 Vgl. Tabelle 12 im Anhang.

31 Vgl. Tabelle 8 im Anhang.

32 Vgl. Tabelle 12 im Anhang und ISS/Camino 2019, S. 416, Tabelle 238.

33 Im Rahmen des Monitorings berichten die Koordinator*innen häufig von Umstrukturierungen ihrer Arbeit sowie einem eingeschränkten Blick auf die lokalen Problemlagen. Detaillierte Angaben hierzu vgl. ISS 2020, Kapitel 5 „Corona – Katalysator der Digitalisierung und Grundlage neuer Bedrohungslagen.“

Abbildung 2: Einschätzung der Koordinator*innen zu aktiven menschen- und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020³⁴



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Das Klima vor Ort ist nach wie vor durch fremden- und muslimfeindliche Diskurse sowie Politiker- und Parteienverdrossenheit geprägt – häufig werden Verschwörungstheorien wahrgenommen

Auch der Bereich der demokratie- und menschenfeindlichen Positionen, welche offensiv im öffentlichen Diskurs vertreten werden, ist durch die Corona-Pandemie beeinflusst. Wie eingangs erwähnt, sucht eine mitunter wachsende Zahl von Menschen in der pandemiebedingten

³⁴ Vgl. Tabelle 12 im Anhang.

Krisenzeit Halt und Sinnstiftung in Verschwörungserzählungen, die seit dem Frühjahr des Jahres 2020 eine neue Aufmerksamkeit und Prominenz bekommen haben und sich zugleich mit demokratieskeptischen Einstellungen verschränken.³⁵ Entsprechend wird auch durch 79 % (235) der Koordinator*innen unter den öffentlich menschenfeindlichen Einstellungen am häufigsten die Verbreitung von Verschwörungstheorien zurückgemeldet. Darüber hinaus prägen ähnlich zum Vorjahr³⁶ rassistisch konnotierte Auseinandersetzungen wie bspw. fremdenfeindliche (77 %, 233) und islam-/muslimfeindliche Diskurse (64 %, 192) sowie Politiker- und Parteienverdrossenheit (74 %, 222) laut Koordinator*innen das demokratie- und menschenfeindliche Klima in den Förderregionen. Letztlich berichten auch 55 % (163) der Koordinator*innen von öffentlich vertretenen antisemitischen Positionen – ein im Vorjahresvergleich um neun Prozentpunkte höherer Anteil.³⁷ Auch hier kann die globale Gesundheitskrise durch Corona bestehende Tendenzen verstärken: Der Blick in die vergangenen Jahrhunderte zeigt, dass insbesondere in gesellschaftspolitischen Krisenzeiten antisemitische Verschwörungsideologien Zulauf erhalten³⁸ und eine entsprechende Entwicklung zeichnet sich auch gesamtgesellschaftlich im Hinblick auf die Pandemie ab.³⁹

In der Gesamtschau kann also keine Entwarnung gegeben werden. Es zeigt sich eine kaum veränderte Einschätzung eines anhaltend hohen Ausmaßes von menschen- und demokratiefeindlichen Tendenzen und Geschehnissen in den Förderregionen. Infolge der Corona-Pandemie zeichnen sich zusätzliche Herausforderungen in Form neuer Koalitionen von antidemokratischen Gruppierungen und Verschwörungsideologien ab. Bei aller begründeten Vorsicht, die im Angesicht dieser Zahlen angezeigt ist, melden die Koordinator*innen doch zugleich vielfältige Ressourcen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft zurück, die – wenn auch je nach Typ von Förderregionen sehr unterschiedlich – diesen Tendenzen entgegentreten. Eine übergreifende Darstellung dieser Potentiale erfolgt im übernächsten Abschnitt, eine nach Typen sortierte Beschreibung unterschiedlicher Formen von regionaler Betroffenheit von antidemokratischen Bestrebungen und der zivilgesellschaftlichen Gegenreaktionen auf diese steht im Zentrum des dritten Kapitels.

2.3 „Shrinking Spaces for Civil Society“ – Betroffenheit von Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume

Unter dem Phänomen der „Shrinking Spaces for Civil Society“ werden Versuche zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume und die verschiedentlich gelagerte Verdrängung demokratisch und vielfaltorientiert Engagierter durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen zusammengefasst. Bereits gegen Ende der vergangenen Förderperiode (2018, 2019) hat sich gezeigt, dass auch die Partnerschaften mit gezielten Be-

35 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2020 und Deutschlandfunk 2020. Siehe zu einer historischen Verortung auch: Schließer/Hellweg/Decker 2020; zur Verknüpfung der Verbreitung von Verschwörungsnarrativen mit Einstellungen der Demokratieskeptis (und Gewaltaffinität) siehe: Zick/Küpper/Berghan 2019, S. 209-222.

36 Vgl. ISS/Camino 2019, S. 410, Tabelle 226.

37 Vgl. Tabelle 13 im Anhang und ISS/Camino 2019, S. 410, Tabelle 226.

38 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2020.

39 Vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. 2020.

und/oder Verhinderungsversuchen ihrer Arbeit konfrontiert sind, die sich den aktuellen Angaben zufolge auch im Jahr 2020 fortsetzen. Für den Zeitraum von Juli 2019 bis Mai 2020 geben 27 (9 %) Koordinator*innen an, dass es solche Einschränkungsversuche in ihrer Partnerschaft gab und darunter berichten drei (1 %) von wiederholten derartigen Ansinnen⁴⁰ – dies entspricht nahezu dem Anteil der Vorjahreserhebung (11 %, 31).⁴¹ Die Koordinator*innen in den neuen Bundesländern melden dabei etwas häufiger solche Versuche der Behinderung zurück.⁴² Bei der Frage nach einer subjektiven Einschätzung stimmen 7 % (19) aller Koordinator*innen zu, dass die Arbeit in ihrer Partnerschaft durch Einflussnahmen und versuchte Einschränkungen ihres zivilgesellschaftlichen Engagements beeinträchtigt wird. Während 79 % (237) der Befragten dies verneinen, nehmen immerhin 10 % (30) partielle Beeinträchtigungen wahr.⁴³

Nicht weniger als 45 % (134) aller Koordinator*innen geben an anderer Stelle an, dass es im Befragungszeitraum konkrete Vorkommnisse oder Aktionen gegeben hat, die dem Phänomen der „Shrinking Spaces“ zugeordnet werden können.⁴⁴ Auch hier ergibt sich im Vergleich zum Erhebungszeitraum 2018/2019 keine merkliche Veränderung, wenngleich das Niveau weiterhin hoch ist.⁴⁵ Derartige Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Engagements betreffen laut Koordinator*innen somit zwar nicht die Mehrheit der Partnerschaften, ihr zahlreiches und zugleich persistentes Auftreten verdient jedoch einen genaueren Blick auf die spezifischen Vorkommnisse, die unter dem Sammelbegriff der „Shrinking Spaces“ zusammengefasst werden.

Betroffene Partnerschaften sind häufig mit einer Kombination von verschiedenen Beschränkungsversuchen konfrontiert

Aus 51 (17%) Partnerschaften werden kombinierte Formen der Einschränkung und Beeinträchtigung zivilgesellschaftlicher Arbeit durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen zurückgemeldet, die mindestens drei Arten von unterschiedlichen Vorkommnissen im Phänomenbereich der „Shrinking Spaces“ umfassen. Dies verweist auf mitunter strukturelle Probleme einer aktiven und von äußeren Beschränkungen befreiten Zivilgesellschaft und deutet zugleich auf besonders belastete Förderregionen hin (siehe dazu auch Kapitel 3). Dabei zeigt sich, dass insbesondere Förderregionen der neuen Bundesländer (25 %, 26) und Berlins (62 %, 10) von diesen Schwierigkeiten betroffen sind.⁴⁶

40 Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

41 Vgl. ISS/Camino 2019, S.443, Tabelle 265.

42 Vgl. Tabelle 19 im Anhang.

43 Vgl. Tabelle 20 im Anhang.

44 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

45 Vgl. ISS/Camino 2019, S. 480, Tabelle 299.

46 Vgl. Tabelle 23 im Anhang. Eine Aussage über die tatsächliche Häufigkeit von Störungsversuchen lässt sich anhand der Daten nicht treffen, da lediglich Angaben zu den verschiedenen Vorkommnissen an sich erhoben wurden und nicht deren zahlenmäßiges Auftreten.

Frühere Untersuchungen durch die Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie⁴⁷ haben unterschiedliche Praktiken zivilgesellschaftlicher Beeinträchtigung herausgearbeitet und zu vier zentralen Strategieformen antidemokratischer Akteur*innen verdichtet. Das Phänomen der „Shrinking Spaces“ kann danach unterteilt werden in Formen von Kontrollansinnen, der Delegitimierung, der Diffamierung und der konkreten Behinderung bzw. Verhinderung zivilgesellschaftlicher Praxis. Jeweils nahezu die Hälfte der Partnerschaften, die sich von „Shrinking Spaces“ betroffen zeigen, melden Vorkommnisse in jeder dieser Kategorien.

Vorfälle, die sich unter dem Begriff der Kontrollansinnen subsumieren lassen, umfassen dabei vor allem kommunikative Praktiken und Verfahrensinstrumente, die auf die Infragestellung, Störung und Behinderung der Arbeit der Partnerschaften ausgerichtet sind und diese unter Rechtfertigungszwang bringen sollen. Von Vorfällen dieser Kategorie wird am häufigsten berichtet (57 %, 77),⁴⁸ etwa in Form von kommunalen Parlamentsanfragen, die die Arbeit der Partnerschaft als Ganzes oder von Projekten in (sachlich unangemessenen) Rechtfertigungszwang bringen (23 %, 70).⁴⁹ Praktiken der Delegitimierung zielen hingegen zur Diskreditierung zivilgesellschaftlicher Unterfangen im Allgemeinen auf die Infragestellung der Sinnhaftigkeit von Demokratieförderung, ohne dabei unbedingt konkrete demokratische Akteur*innen oder Ereignisse zu benennen. 54 % (72)⁵⁰ der insgesamt betroffenen Koordinator*innen melden derartige Vorfälle, die sich etwa im Vorwurf der ideologischen Einflussnahme bzw. des Verstoßes gegen das Neutralitätsgebot an Schulen oder öffentlich geförderten Einrichtungen äußern können (13 %, 38) oder die Verbreitung von gezielten Falschaussagen oder Gerüchten zur Arbeit der Partnerschaft bzw. von Projekten betreffen (11 %, 34).⁵¹ Diffamierungen haben im Gegensatz zu Delegitimierungen das Ziel der demonstrativen Isolation von konkreten Trägern, Projekten und Personen, um die Akzeptanz gegenüber den von diesen getragenen demokratiefördernden Maßnahmen ins Wanken zu bringen. 41 % (55) der Koordinator*innen die Vorfälle im Sinne von „Shrinking Spaces“ melden, berichten von Diffamierungsversuchen – bspw. anhand von Diskreditierung/Unterstellung unlauterer Absichten hinsichtlich der Arbeit der Partnerschaft oder von Projekten (18 %, 55).⁵² Strategien der Behinderung oder Verhinderung sollen die konkrete Arbeitspraxis der Partnerschaften oder einzelner Projekte stören oder unterbinden, indem zum Boykott aufgerufen oder die Einstellung der Finanzierung gefordert wird, bis hin zu manifesten Übergriffen gegenüber Mitarbeiter*innen der Partnerschaften sowie demokratisch Engagierten. Derartige Vorkommnisse werden – etwa in Form öffentlich formulierter pauschaler Aufforderungen, die Finanzierung der Partnerschaft als Ganzes oder von Projekten einzustellen (16 %, 47) — von 44 % (59) der Partnerschaften die angeben, dass Vorkommnisse von „Shrinking Spaces“ auftreten hervorgehoben.⁵³ Darüber hinaus berichten

47 Vgl. ISS 2019.

48 Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

49 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

50 Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

51 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

52 Vgl. ebd.

53 Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

14 (5 %) Partnerschaften von Konflikten bezüglich der Zusammensetzung des Begleitausschusses aufgrund der Präsenz einzelner politischer Parteien im Begleitausschuss und in vier Förderregionen (1 %) wurden Veranstaltungen oder Projekte aufgrund von Einschüchterungsversuchen oder Bedrohungen abgesagt.⁵⁴

Insgesamt zeigt sich das Phänomen der „Shrinking Spaces“ in den Partnerschaften auf vielfältige Weise und die Förderregionen, in denen die Arbeit der Partnerschaften als von „Shrinking Spaces“ Phänomenen beeinträchtigt gesehen wird, befinden sich überwiegend in den neuen Bundesländern bzw. in Berlin (79 %, 15)⁵⁵, obwohl nur 39 % (118)⁵⁶ der Partnerschaften dort verortet sind. Jedoch verfolgen auch 213 (71 %)⁵⁷ der Partnerschaften konkrete Maßnahmen zur Eindämmung und Reaktion auf Versuche der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume, welche im Rahmen des folgenden Kapitels kurz vorgestellt werden.⁵⁸ Deutlich mehr Partnerschaften treffen demzufolge antizipierende oder reagierende Vorkehrungen gegen Störungsversuche im Sinne von „Shrinking Spaces“ als sich von solchen Störungsversuchen im Befragungszeitraum konkret betroffen zeigen (45 %, 134).⁵⁹ Daran zeigt sich dass die Belastungen durch „Shrinking Spaces“ auch im durch Gegenmaßnahmen erzeugten Arbeitsaufwand zu sehen sind.

2.4 (Re-)Aktionen des demokratisch-weltoffenen Spektrums

Wie bereits in der Einleitung hervorgehoben, lässt sich das kommunale Klima der Bedrohung aus dem Zusammenspiel von tatsächlichen Vorfällen und antidemokratischen Bestrebungen und den zivilgesellschaftlichen Ressourcen einer demokratisch-weltoffenen Gegenreaktion auf eben diese ableiten. Damit kommt den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Initiativen, Organisationen und Strukturen eine zentrale Bedeutung sowohl bei der Verhinderung dieser Vorfälle und Bestrebungen als auch bei der Abschwächung ihrer Wirkungen zu. Die Stärke der Zivilgesellschaft entscheidet letztlich maßgeblich über den Grad antidemokratischer Bedrohungen vor Ort.

Nach Einschätzung der Koordinator*innen sind demokratische und weltoffene Akteur*innen nach wie vor vielerorts und vielfältig aktiv. Bis auf geringe Reduzierungen ergeben sich kaum Verschiebungen im Vergleich zum Vorjahr. In konsistenter Häufigkeit wird aus den Förderregionen von Aktivitäten durch für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse (92 %, 134)

54 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

55 Vgl. Tabelle 24 im Anhang.

56 Vgl. Tabelle 26 im Anhang.

57 Vgl. Tabelle 25 im Anhang.

58 2019 hatten explorative Untersuchungen des ISS e. V. Maßnahmen der Partnerschaften zur Eindämmung und Reaktionsmöglichkeiten auf Versuche zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume aufgezeigt, die auf die Antizipation von derartigen Störungsversuchen schließen lassen (vgl. ISS/Camino 2019, S.189ff.). Die Ergebnisse wurden den Partnerschaften 2019 als Handreichung zur Verfügung gestellt (vgl. ISS 2019). Ergänzt durch Eindrücke aus einer explorativen Befragung im Jahr 2020 wurde dieser Bereich in einer gesonderten Fragebatterie in das diesjährige Monitoring aufgenommen.

59 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

275), integrationsfördernde Migrant*innencommunities/-netzwerke (84 %, 251) sowie für Demokratie und Vielfalt einstehende Partei-Vertreter*innen (83 %, 250) berichtet.⁶⁰ Sowohl ihr zahlreiches Auftreten als auch das Maß ihrer Vernetzung spricht für eine weite Verbreitung zivilgesellschaftlichen Infrastruktur, die sich gegenüber antidemokratischen Bestrebungen durchaus gewappnet sieht.

Ebenso stabil bleibt auch die Zusammenarbeit mit professionalisierten Beratungsangeboten, auf die von Koordinator*innen verwiesen und mit denen kooperiert wird, wenn es zu Vorkommnissen kommt, bei denen spezifisches Expert*innenwissen vonnöten ist. Nach wie vor wird hierbei laut Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen häufiger mit den mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus (53 %, 158) kooperiert, als mit den Beratungen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (27 %, 81).⁶¹ Bezogen auf Förderregionen, aus denen von Vorfällen berichtet wird, melden 60 % (146) der Koordinator*innen eine Zusammenarbeit mit der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus zurück und 31 % (76) einen Rückgriff auf die Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.⁶² Wie sich im folgenden Kapitel zeigt, sind jedoch auch hier mitunter deutliche Unterschiede zwischen den Förderregionen zu verzeichnen.

Demokratisch Engagierte setzen weiterhin auf langfristige und aufklärende Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Gesellschaft

Um den antidemokratischen Herausforderungen und den daraus resultierenden zivilgesellschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden, setzen demokratisch engagierte Akteur*innen auf eine breite Palette unterschiedlicher Maßnahmen und Formate. Laut den Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen umfassen die Aktionen weltoffener und demokratischer Akteur*innen wie auch in den Vorjahren vorwiegend die gezielte Information und Aufklärung von Bürger*innen (93 %, 278), Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (86 %, 258) sowie antirassistischen und Teilhabe sichernde Maßnahmen (82 %, 246).⁶³ Demzufolge liegt der Fokus dieses zivilgesellschaftlichen Engagementbereichs nach wie vor überwiegend auf der langfristigen Stärkung der demokratischen Resilienz der Bürger*innen und der partizipativen Förderung des demokratischen Spektrums.⁶⁴ Nach Angaben der koordinierenden Fachstellen wird diese Perspektive oft ergänzt um reaktive Aspekte wie beispielsweise Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt (74 %, 223), moderierte Diskurse zu polarisierenden Themenstellungen (70 %, 211) oder der gezielten Gegenrede gegen Hass im Netz (52 %, 154).⁶⁵

60 Vgl. Tabelle 16 im Anhang und ISS/Camino 2019, S. 437, Tabelle 259.

61 Vgl. Tabelle 17 im Anhang und ISS/Camino 2019, S. 409, Tabelle 224.

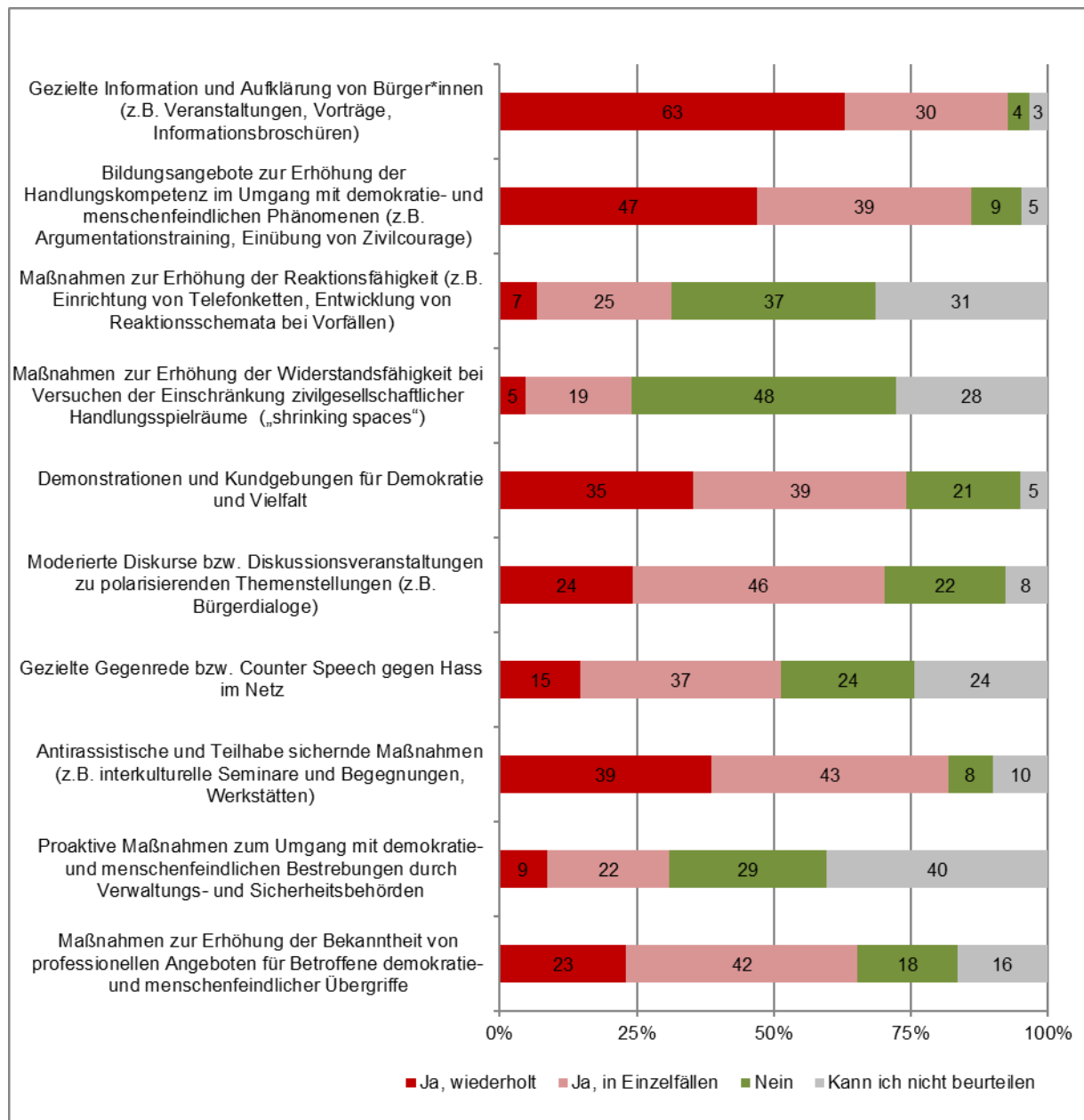
62 Vgl. Tabelle 18 im Anhang.

63 Vgl. Tabelle 15 im Anhang.

64 Vgl. ISS/Camino 2019, S. 186.

65 Vgl. Tabelle 15 im Anhang.

Abbildung 3: Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020⁶⁶



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

In den Partnerschaften kommen differenzierte Maßnahmen zur Verhinderung von Störungsversuchen und „Shrinking Spaces“ zum Einsatz

Neben Strategien und Konzepten, die auf den konkreten Umgang gegenüber antidemokratischen Vorfällen und Bestrebungen abzielen, stehen die Partnerschaften als demokratisch engagierte Netzwerke vor Ort zugleich vor der Herausforderung, Maßnahmen gegen die Einschränkung ihrer zivilgesellschaftlichen Handlungsräume vorzunehmen. In 43 % (129) der

⁶⁶ Vgl. Tabelle 15 im Anhang.

Partnerschaften werden mindestens drei verschiedene Mittel gegen Formen zivilgesellschaftlicher Einschränkung angeführt, was auf einen differenzierten und breit angelegten Umgang mit dem Phänomen der „Shrinking Spaces“ hindeutet.⁶⁷ Am häufigsten genannt wird von 110 (37 %) Koordinator*innen die Optimierung von Kommunikation, Transparenz, Dokumentation und Informationsaustausch zwischen den beteiligten Akteur*innen und Gremien der Partnerschaft, der Verwaltung und dem federführenden Amt. 31 % (93) geben an, mobile Beratungen oder Opferberatungen im Zusammenhang mit „Shrinking Spaces“ in Anspruch genommen zu haben und 29 % (88) haben Ausschlussklauseln für Veranstaltungen etabliert. Ein verstärkter Austausch mit Polizei und Sicherheitsbehörden findet in 71 (24 %) Partnerschaften statt und in 65 (22 %) die Aktivierung zivilgesellschaftlicher Gegenbewegungen. Von Maßnahmen innerhalb ihrer Partnerschaft berichten Koordinator*innen in 57 (19 %) Fällen in Form einer Angleichung der Geschäftsordnung des Begleitausschusses und in 44 (15 %) werden Anpassungen von Projekten z. B. in Bezug auf deren öffentliche Selbstdarstellung oder Namensgebung durchgeführt.⁶⁸

Der Vergleich zwischen Berlin, alten und neuen Bundesländern zeigt hier eine ähnliche Tendenz wie bei den oben genannten Störungsversuchen: Am häufigsten werden mindestens drei verschiedene Gegenmaßnahmen in den neuen Bundesländern (49 %, 50) und Berlin (87 %, 14) etabliert – in den alten Bundesländern ist dies nur in 36 % (65) der Partnerschaften der Fall.⁶⁹

In der Gesamtschau der vorliegenden Ergebnisse lässt sich aus den Angaben der Koordinator*innen eine sich verstetigende Polarisierung der Bevölkerung in den Förderregionen ablesen: Sind antidemokratische Handlungen und Positionen auf einem weiterhin hohen Niveau anzutreffen, so ist auf der Gegenseite doch zugleich eine breite Basis zivilgesellschaftlichen Engagements zu verzeichnen, das diesen Tendenzen und Bestrebungen entgegentritt. Zugleich aber deutet sich an, dass die Beschränkungen infolge der Corona-Pandemie sich auf beide Seiten in unterschiedlichem Umfang auswirken. Während rechtspopulistische und -extreme Akteur*innen weiterhin aktiv auf Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen in Erscheinung treten (57 %, 173),⁷⁰ berichtet die Mehrheit der Koordinator*innen von einer erschwerten Aufrechterhaltung des ehrenamtlichen Engagements für Demokratie auf Seiten des demokratisch-weltoffenen Spektrums (55 %, 166).⁷¹

Das folgende Kapitel zeigt nun im Anschluss auf, wie unterschiedlich dieser unverändert hohe Problemdruck durch aktive antidemokratische und menschenfeindliche Akteur*innen in den Förderregionen auf der einen Seite und die Gegenbewegung durch Partnerschaften und demokratisch Engagierte auf der anderen Seite in den jeweiligen Förderregionen zum Ausdruck kommt. Dabei werden die Förderregionen nicht mehr nur in ihrer Gesamtheit betrachtet, sondern unterschiedliche Typen der kommunalen Verfasstheit herausgearbeitet, die sich aus dem

67 Vgl. Tabelle 26 im Anhang.

68 Vgl. Tabelle 25 im Anhang.

69 Vgl. Tabelle 26 im Anhang.

70 Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

71 Vgl. ISS 2020, Kapitel 5 „Corona – Katalysator der Digitalisierung und Grundlage neuer Bedrohungslagen.“

unterschiedlichen Zusammenspiel von antidemokratischen Bestrebungen und zivilgesellschaftlichen Ressourcen der demokratischen Gegenreaktion auf diese ergeben.

3 Idealtypen kommunaler Verfasstheit – Die Situationen vor Ort

Partnerschaften für Demokratie sind konzipiert als in hohem Maße kontextsensible Netzwerke, die auf eine gemeinwesenorientierte Auseinandersetzung mit Extremismus, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit abzielen. Ihre Potentiale ergeben sich nicht zuletzt aus ihrer Flexibilität, die einen passgenauen Zuschnitt auf lokale Besonderheiten erlaubt. Die konkrete Ausgestaltung der Situationen in den Förderregionen und profunde Kenntnisse derselben sind entsprechend von großer Bedeutung. Denn Partnerschaften sind „in unterschiedlichen Regionen und Sozialräumen, in städtischen und ländlichen Regionen, in Wachstums- oder strukturschwachen Regionen, in solchen mit manifestem Rechtsextremismus oder solchen mit eher latenten und verdeckten Problemlagen“⁷² aktiv.

Mit Blick auf die aktuellen Konflikte und Zerreißproben um Kernthemen der Demokratie und den hiermit einhergehenden gesellschaftlichen Spannungen⁷³ bezieht sich die Frage nach der Ausgestaltung der Situation vor Ort derzeit in besonderer Weise auf (1) die Auswirkungen demokratie- und menschenfeindlicher Aktionen (z. B. öffentlich wahrnehmbare Verwendung rassistischer Denk- und Argumentationsmuster, erfolgreiche Rekrutierungsversuche, Akzeptanz verbaler und physischer Gewalt) und (2) den Umgang des demokratisch-weltoffenen Spektrums (z. B. Festhalten zivilgesellschaftlicher Akteur*innen an ihrem Engagement, Solidarität mit Betroffenen) mit ebensolchen.

Für die unmittelbare Praxis der Partnerschaften sind dabei nicht nur spezifische Ausprägungen einzelner Merkmale des Kontexts, sondern vielmehr die Kombination aus Herausforderungen (etwa in Form von Mehrfachbelastungen) und Ressourcen, aus Aktionen und Reaktionen relevant.⁷⁴ Auch angesichts der ausgewiesenen Heterogenität (s. Abschnitt 2) stellt sich die Frage, ob sich im Zusammenspiel dieser beiden Dimensionen Muster erkennen lassen, die eine weiterführende Systematisierung der Förderregionen ermöglichen.

Das Wechselspiel zwischen Auswirkungen demokratie- bzw. menschenfeindlicher Aktionen und (Re-)Aktionen des demokratischen Spektrums lässt sich systematisieren

Vor diesem Hintergrund hat das ISS-Frankfurt a. M. (ISS e. V.) mittels multivariater statistischer Analysen (Cluster Analysen) wiederkehrende Kombinationen in den (wahrgenommenen) Auswirkungen demokratie- und menschenfeindlicher Vorfälle bzw. den Reaktionen des demokratisch-weltoffenen Spektrums nachgezeichnet und vier Gruppen kommunaler Verfasstheit identifiziert.⁷⁵ In einem Folgeschritt wurden die konkreten Ausprägungen und Deu-

72 Vgl. ISS/Camino 2014, S. 31.

73 Vgl. Zick/Küpper/Berghan 2019.

74 In ihrem Zusammenspiel lassen sie sich die Merkmalsausprägungen als „kommunale Verfasstheiten“ und zugleich als „Gestaltungsräume“ der Partnerschaft für Demokratie beschreiben. So fungieren die Co-Governance-Arrangements in diesen Settings einerseits als Seismographen und Gestaltende gesellschaftlicher Veränderungen. Sie sind jedoch auch unmittelbar von den zugehörigen Konflikten, von (ausbleibender) Unterstützung seitens Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft oder etwa von gezielten Unterminierungsversuchen betroffen.

75 Für die Gruppenbildung wurden neun Fälle ausgeschlossen, die eine geringe Varianz in ihrem Antwortverhalten zeigten und somit als nicht valide „Durchklicker“ eingestuft wurden. Folglich gingen 291 Partnerschaften in die Berechnungen ein. Die vier

tungen der Situation vor Ort mittels qualitativer Expert*inneninterviews konkretisiert und wesentliche Charakteristika der vier Gruppen herausgearbeitet.⁷⁶ So zeigt sich, dass sich die Kontexte der Partnerschaften sehr gut entlang zweier Dimensionen abbilden lassen, die sich aus jeweils acht bzw. neun Variablen zusammensetzen (s. Abb. 4, 5, 6, 7 für je fünf der acht bzw. neun Variablen).

Es kristallisieren sich vier Idealtypen kommunaler Kontexte mit spezifischen Merkmalskombinationen heraus. Die vier Typen können folgendermaßen betitelt werden: (1) (Vermeintlich) Friedliche Nebenschauplätze gesellschaftspolitischer Konfliktlinien, (2) Problemgebiete ohne regional verankertes Fundament eines demokratisch-weltoffenen Engagements, (3) stark antidemokratisch betroffene Regionen mit aktiver Gegenwehr des demokratisch-weltoffenen Spektrums und (4) demokratische Widerstandsfähigkeit in Gebieten mit (weitgehend) eingehegten Problemlagen. Sie werden nachfolgend kursorisch entlang der beiden zur Typologisierung genutzten Variablensets eingeführt und anschließend detailliert beschrieben.

Kurzeinführung zu den Idealtypen kommunaler Verfasstheit

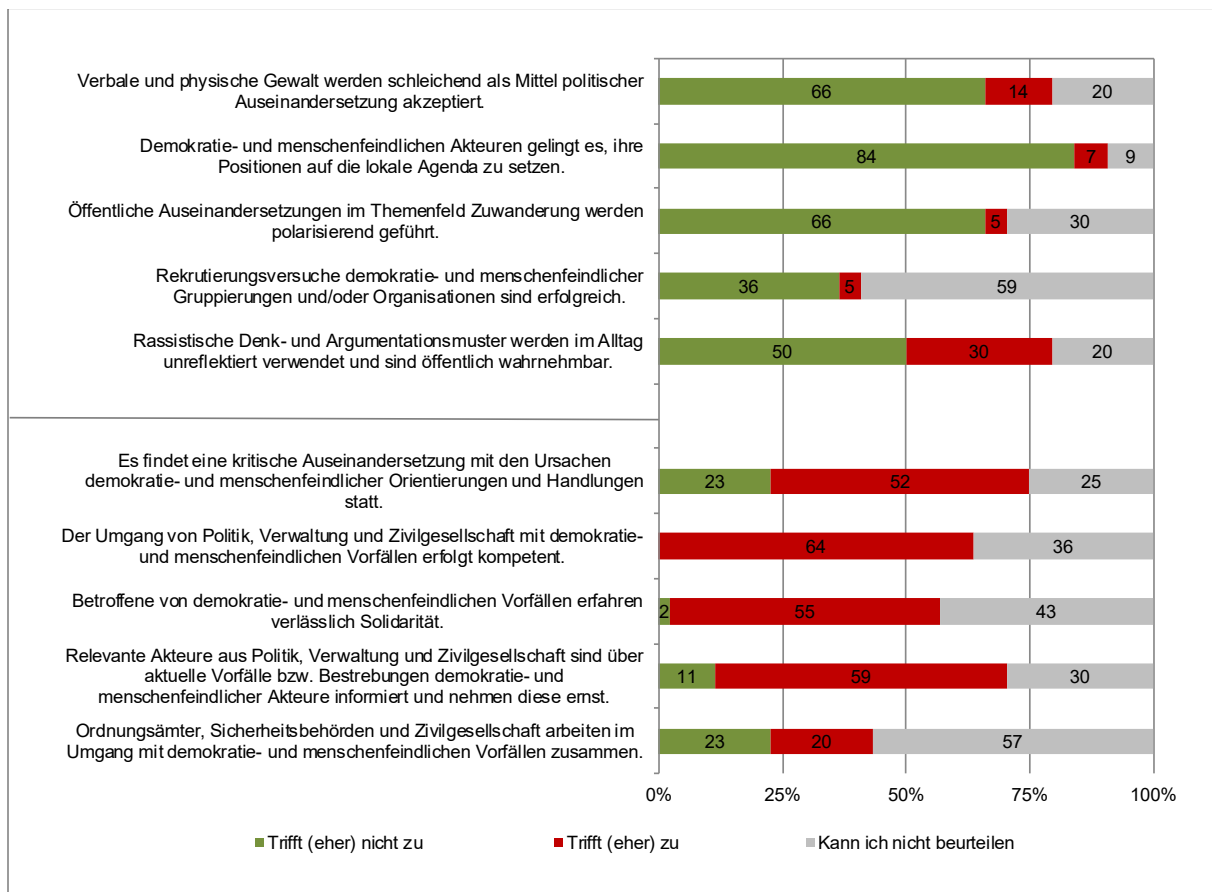
Die Abbildungen 4, 5, 6 wie auch Abbildung 7 verdeutlichen zunächst, dass sich die vier Idealtypen kommunaler Verfasstheit keineswegs durch exklusive Ausprägungen einzelner Variablen auszeichnen. Vielmehr finden sich demokratie- und menschenfeindliche Aktionen bzw. deren Konsequenzen und die Reaktionen des demokratischen Spektrums in den Förderregionen jeden Typs wieder. Die Besonderheiten bilden sich also viel eher im Zusammenspiel der Merkmale und der besonderen Ausprägungen einzelner Aspekte als in klar umrissenen Mustern ab. Dennoch bietet sich für eine erste Annäherung der zusammenfassende Blick auf die Gesamtheit bzw. eine statistisch fundierte Auswahl der Merkmalsausprägungen in den beiden Dimensionen an.⁷⁷ So ist Typ 1 (n = 44) gekennzeichnet durch relativ gering ausgeprägte Problemwahrnehmungen bei zugleich positiven Einschätzungen der Aktivitäten des demokratisch-weltoffenen Spektrums. In 52 % (23) dieser Regionen finden etwa kritische Auseinandersetzungen mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Positionen statt, rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden indes lediglich an jedem dritten Standort unreflektiert und öffentlich wahrnehmbar geäußert (30 %, 13). Dabei ist jedoch auffällig, dass die befragten Koordinator*innen der 44 zugehörigen Partnerschaften vergleichsweise häufig angaben, die Situation vor Ort nur sehr bedingt einschätzen zu können („Kann ich nicht beurteilen“), so dass die antidemokratischen Herausforderungen in den Förderregionen ggf. nicht vollumfassend bekannt sind oder mitunter auch gar keine Fokussierung auf selbige erfolgt.

Gruppen sind das Ergebnis einer hierarchisch agglomerativen Clusteranalyse mittels des Ward-Verfahrens und der quadrierten euklidischen Distanz. Die Variablen wurden als binär kodierte Items für „trifft (eher) nicht zu“ und „trifft (eher) zu“ in die Analysen aufgenommen.

76 Für jeden Typen wurden zwei bzw. drei Standorte gewählt, die sowohl in den Angaben zur kommunalen Verfasstheit als auch der regionalen Verortung den identifizierten Gruppen möglichst ähnlich sind (Prototyp). Bei der Fallauswahlstrategie handelt es sich also um selektives Sampling unter Nutzung quantitativer Forschungsergebnisse. Die Expert*inneninterviews mit den Koordinator*innen der ausgewählten Partnerschaften wurden als leitfadengestützte Telefoninterviews geführt.

77 Zur Verdeutlichung sind in den Abbildungen je Dimension lediglich fünf der acht bzw. neun Merkmale dargestellt. Die übrigen Angaben finden sich im Anhang in den Tabellen 29 bis 36.

Abbildung 4: (Vermeintlich) Friedliche Nebenschauplätze gesellschaftspolitischer Konfliktlinien – Ausgewählte Merkmale von Typ 1⁷⁸



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 44).

Typ 2 (n = 58) zeichnet sich demgegenüber durch ausgeprägte demokratie- und menschenfeindliche Aktionen bzw. sehr deutliche Auswirkungen derselben auf das Klima vor Ort aus. Diesen wird im Vergleich zu den Förderregionen anderer Typen nur sehr eingeschränkt begegnet. So lassen die Angaben keine von einem breiten Fundament aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung getragene Gegenwehr des demokratischen Spektrums annehmen. Nur an jeweils jedem vierten Standort wird der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit einschlägigen Vorfällen als kompetent beschrieben (28 %, 16), eine Kooperation über sektoriale Grenzen hinweg beobachtet (24 %, 14) oder eine kritische Auseinandersetzung mit Ursachen antidemokratischer Haltungen zurückgemeldet (22 %, 13).

⁷⁸ Vgl. Tabellen 29 und 30 im Anhang.

Abbildung 5: Problemgebiete ohne regional verankertes Fundament eines demokratisch-welt offenen Engagements – Ausgewählte Merkmale von Typ 2⁷⁹

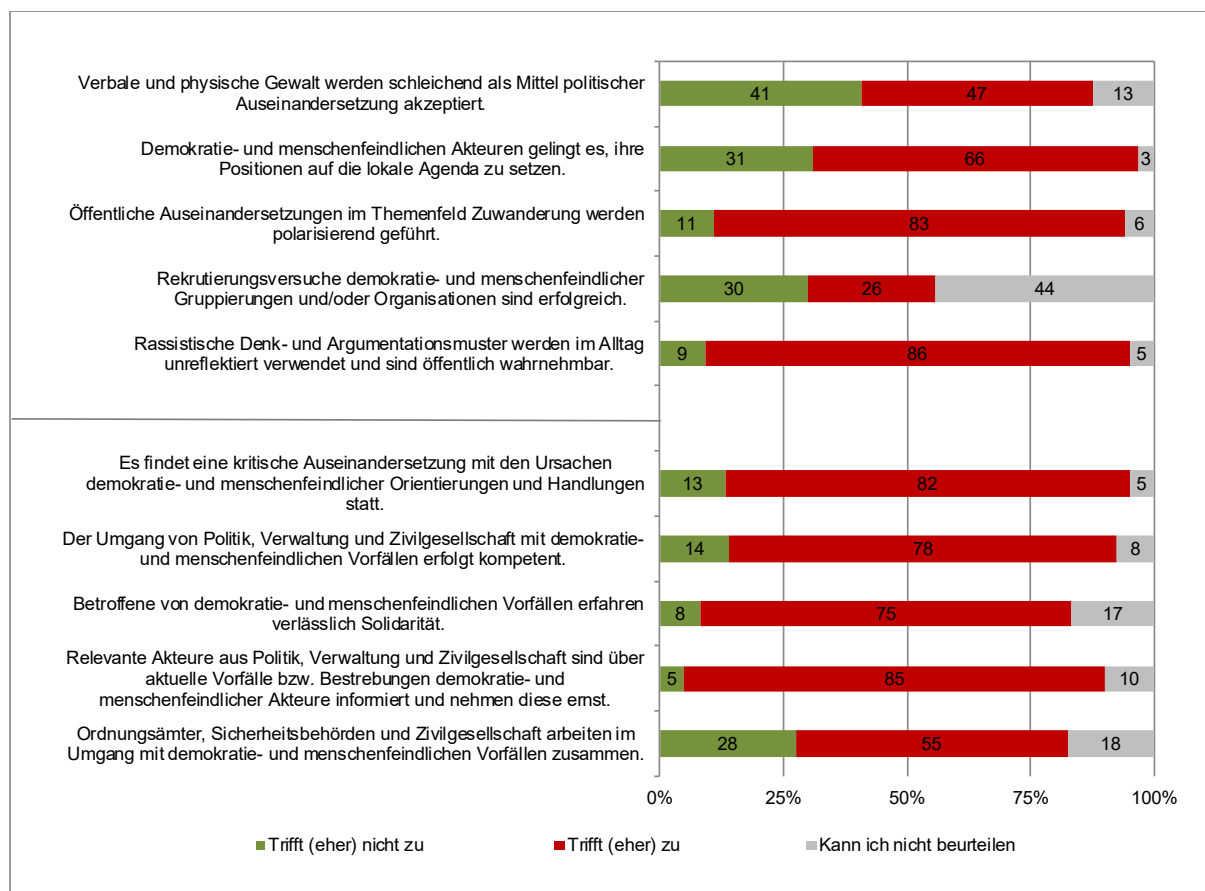


Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 58).

Die Situationswahrnehmungen von Koordinator*innen, deren Partnerschaften in Förderregionen des Typs 3 (n = 120) verortet sind, ähneln hinsichtlich der Virulenz des antidemokratischen Spektrums auffällig jenen des zuvor beschriebenen zweiten Typs. Auch hier zeichnet sich demnach eine von manifest werdenden Spannungen geprägte Form der kommunalen Verfasstheit ab. Allerdings wird diesen Phänomenen hier wesentlich entschiedener entgegengetreten. So werden entsprechende Bestrebungen von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in der überwiegenden Mehrheit der Förderregionen wahr- und ernstgenommen (85 %, 102), wird kompetent auf diese reagiert (78 %, 94) und Betroffenen verlässlich Solidarität erwiesen (75 %, 90).

⁷⁹ Vgl. Tabellen 31 und 32 im Anhang.

Abbildung 6: Stark antidemokratisch betroffene Regionen mit aktiver Gegenwehr des demokratisch-weltoffenen Spektrums – Ausgewählte Merkmale von Typ 3⁸⁰



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 120).

Typ 4 (n = 69) lässt schließlich eine kombinierte Ausprägung der beiden Dimensionen erkennen, die auch als wünschenswerte Entwicklung oder als fortgeschrittenes Stadium von Typ 3 gedeutet werden kann. So wird in den zugehörigen Förderregionen von ausgeprägten (Re-) Aktionen des demokratischen Spektrums berichtet, die eine gewisse Widerstandsfähigkeit nahelegen. Demokratie- und menschenfeindliche Aktionen hingegen schlagen vor Ort weniger wahrnehmbar durch. So gelingt es kaum, demokratie- und menschenfeindliche Positionen auf die Agenda zu setzen oder für die eigene Sache zu rekrutieren.

⁸⁰ Vgl. Tabellen 33 und 34 im Anhang.

Abbildung 7: Demokratische Widerstandsfähigkeit in Gebieten mit (weitgehend) eingeehten Problemlagen – Ausgewählte Merkmale von Typ 4⁸¹



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 69).

Vier Profile regionaler Verfasstheiten stellen die Situationen in den Förderregionen bundesweit dar

Es zeichnen sich also vier Idealtypen kommunaler Verfasstheit ab, die unterschiedliche Muster im Zusammenspiel aus Aktion und Reaktion nahelegen. Darüber hinaus weisen sie gewisse Schnittmengen in den Ausprägungen der beiden zentralen Dimensionen auf. Um sie schärfer voneinander abzugrenzen und innere Sinnzusammenhänge abzubilden, werden nachfolgend vier Kurzprofile dargestellt, denen neben den qualitativen Interviews weitere quantitative Analysen zugrunde liegen. Die Profile beinhalten jeweils Hinweise zu (1) sozialräumlichen Merkmalen, (2) der wahrgenommenen Bedrohung durch antidemokratische bzw. menschenfeindliche Akteur*innen und Bestrebungen, (3) zu den lokalen zivilgesellschaftlichen Ressourcen und bezüglich (4) des politisch-zivilgesellschaftlichen Umgangs mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen sowie (5) sowie zu Aspekten inhaltlich-konzeptioneller Relevanzsetzungen der Partnerschaften für Demokratie.

⁸¹ Vgl. Tabellen 35 und 36 im Anhang.

3.1 (Vermeintlich) Friedliche Nebenschauplätze gesellschaftspolitischer Konfliktlinien

Förderregionen, die sich aufgrund des eher moderaten zivilgesellschaftlichen Engagements in Gebieten ohne Problemdruck dem ersten Typ (N = 44)⁸² zuordnen lassen, sind mehrheitlich in westlichen Bundesländern (77 %, 34)⁸³ und innerhalb dieser vor allem in kommunalen Kontexten angesiedelt (48 %, 21).⁸⁴ Dabei handelt es sich vor allem um klein- bis mittelstädtischen Gebiete (48 %, 21) und im Vergleich zu den Förderregionen der übrigen Typen nur selten um großstädtische Ballungsräume (7 %, 3).⁸⁵ Die hybride Struktur klein- bzw. mittelstädtischer Gebietskulissen, die zugleich ländliche und städtische Eigenschaften aufweisen (gerade in Einzugsgebieten größerer Städte), führt zu einer teils schwer durchschaubaren Förderkulisse, deren Eigenschaften in den qualitativen Interviews als durchaus herausfordernd beschrieben werden. Nicht nur liegen unterschiedliche sozialräumliche Strukturen vor, auch fällt der Überblick über die vielgestaltigen Gebiete nicht leicht und erschwert mitunter eine genaue Kenntnis der politischen Prozesse vor Ort.

Vereinzelte Vorkommnisse und schwache Strukturen antidemokratischer Bewegungen

Aus Sicht der Koordinator*innen vor Ort sind die in diesem Typ zusammengefassten Regionen im Vergleich zu den übrigen Typen nur selten von antidemokratischen und menschenfeindlichen Vorfällen betroffen. So berichten diese auch zumeist nur von vereinzelten Übergriffen und Anfeindungen in ihren Förderregionen. Bürgermeister*innen oder andere hochrangige Vertreter*innen von Politik und Verwaltung sowie Mitarbeiter*innen in diesen Bereichen sehen sich nur in wenigen Ausnahmen oder überhaupt keinen dauerhaften Bedrohungen ausgesetzt (2 %, 1 bzw. 0 %, 0). Gerade im Kontrast zu Regionen des zweiten und dritten Typus, die durch einen hohen und dauerhaften antidemokratischen Problemdruck gekennzeichnet sind, werden hier auch vereinzelte Vorfälle aus vergleichsweise wenigen Gebieten zurückgemeldet. Die einzelnen Übergriffe gegenüber Akteur*innen der Zivilgesellschaft, die immerhin 46 % (20) der Vertreter*innen für ihre Region anzeigen, sind ebenfalls im Vergleich zu den weiteren Typen als eher niedrig einzuschätzen.⁸⁶ Zusammengenommen sehen sich demokratisch engagierte Personen in den bezeichneten Förderregionen nur mit wenigen Einschränkungen durch antidemokratische Bedrohungen konfrontiert und finden sich in einem weitestgehend wenig polarisierten politischen Umfeld wieder. Dieser Eindruck spiegelt sich auch in der Qualität der politischen Kultur vor Ort.

82 Von den 291 Partnerschaften, die der quantitativen Analyse zugrunde liegen, lassen sich lediglich 44 (15%) dem ersten Typ zuordnen.

83 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

84 Vgl. Tabelle 38 im Anhang.

85 Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

86 Vgl. Tabelle 42 im Anhang.

Nebenschauplätze gesellschaftspolitischer Konfliktlinien

Zwar sind rechtspopulistische und rechtsextreme Bewegungen in den hier zusammengefassten Gebieten nach Einschätzung der Koordinator*innen durchaus präsent und auch dauerhaft aktiv (11 %, 5 bzw. 16 %, 7), doch kann gerade im Vergleich zum zweiten und dritten Typ von Förderregionen nicht von einem strukturell angelegten antidemokratischen Problem gesprochen werden. Der Anteil öffentlich auftretender Wutbürger*innen als Vertreter*innen breiterer populistischer Bündnisse fällt im Vergleich ebenfalls weniger stark aus (18 %, 8). Auffällig ist jedoch auch hier die relativ hohe Anzahl von Koordinator*innen, die das öffentliche Auftreten rechtsextremer bzw. populistischer Bewegungen nicht beurteilen können. Mehr als ein Viertel der Befragten aus den Partnerschaften in Gebieten des ersten Typus (27 %, 12) kann beispielsweise nicht angeben, ob ihre Förderregion von Auftritten rechtspopulistischer Bewegungen betroffen ist.⁸⁷ Dies hat u.a. strukturelle Gründe, wie das qualitative Sample deutlich macht: Vorkommnisse und politische Konfliktlinien spielen sich mitunter vor den Toren der eigenen klein- bis mittelstädtischen Fördergebiete ab und machen eine Beurteilung dieser nicht einfach.

„Also ich meine, dadurch dass wir sozusagen im Speckgürtel von XXX [Name einer Großstadt, Anm. d. Verf.] hier sind, glaube ich auf der einen Seite, dass sich so Mobilitätsbemühungen von eher demokratiefeindlichen Initiativen, von Organisationen eher nur im wirklichen Landkreis, also außerhalb von der Stadt XXX [Name der Stadt] sozusagen bemerkbar machen, sage ich mal, diese ländliche Struktur und sich anderweitig aber größere Formationen sozusagen nach XXX [Name der Großstadt] orientieren.“
(BLInt b5_62)

Der mehrheitlich konfliktarme Eindruck der Förderregionen des ersten Typus deckt sich auch mit den Einschätzungen der Koordinator*innen im Hinblick auf die Formen der örtlichen, politischen Auseinandersetzungen. Auch wenn verbale und physische Gewalt in diesen zumindest in geringem Maße eine Rolle spielen (14 %, 6), so wird doch gerade im Vergleich zu den Förderregionen mit starken antidemokratischen Bestrebungen deutlich, dass der örtliche politische Diskurs zumeist in respektvollen Bahnen verläuft. Insgesamt spiegelt sich die klein- bzw. mittelstädtische Ausrichtung der Förderregionen in dieser wenig aufgeheizten Diskussionskultur (86 %, 38). So wird etwa auch der politische Umgang vor Ort mit dem emotional mitunter stark aufgeladenen Thema von Zuwanderung mehrheitlich als wenig polarisierend wahrgenommen (66 %, 29). Deutet das auf der einen Seite auf eine reflexive, unaufgeregte Bearbeitung gesellschaftspolitischer Konfliktthemen hin, so verbindet sich damit doch zugleich der auch im qualitativen Sample bestätigte Eindruck, dass die virulenten Schauplätze politischer Auseinandersetzungen gerade nicht in diesen Förderregionen zu finden sind. Vor diesem Hintergrund wenig überraschend geben die Vertreter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen auch an, dass es in ihren Förderregionen demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen nur selten gelingt, ihre politischen Positionen kontinuierlich in der Öffentlichkeit zu verankern

87 Vgl. Tabelle 43 im Anhang.

und damit für manifeste Konflikte in der politischen Öffentlichkeit vor Ort zu sorgen (7 %, 3) und sie soziale Räume nirgendwo dauerhaft für sich in Anspruch nehmen können (0 %, 0).⁸⁸

Wenig Situationswissen durch fragmentierte Informationsflüsse

Sowohl bei der Bewertung der politischen Kultur vor Ort als auch der antidemokratischen Vorkommnisse in den jeweiligen Förderregionen fällt auf, dass die Einschätzungen der befragten Koordinator*innen von auffälligen Unsicherheiten bezüglich der tatsächlichen Lage vor Ort geprägt sind. Mehr als die Hälfte der befragten Koordinator*innen können keine konkrete Einschätzung zu den antidemokratischen Vorfällen machen⁸⁹ und weisen gerade im Vergleich zum vierten Typ eine mitunter deutlich geringere Kenntnis der lokalen Situation auf. Wenn es etwa um lokale Rekrutierungsversuche durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen geht, geben 59 % (26) der Koordinator*innen an, diesen Punkt nicht beurteilen zu können.⁹⁰

Wie das qualitative Sample deutlich macht, mag dies in Einzelfällen mit der geringen Erfahrung in den Koordinierungs- und Fachstellen zu begründen sein, die zu einer vorsichtigen Einschätzung der örtlichen Lage beiträgt. Im Vergleich jedoch zeigt sich aber vielmehr, dass die Erfahrungswerte der Vertreter*innen und auch die der Partnerschaften vor Ort im Vergleich zu den übrigen Typen eher hoch sind.⁹¹ In diesem Sinne lässt sich die geringe Situationskenntnis vor Ort nicht allein mit strukturellen Eigenschaften begründen, sondern ist zugleich auf das zivilgesellschaftliche Engagement vor Ort oder die mitunter schwer zu überblickenden Gebietskulturen zurückzuführen. Beides zusammen führt zu fragmentierten Kanälen des Informationsaustauschs in den Förderregionen, von denen auch die Partnerschaften betroffen sind.

„Es sind viele Themen, die irgendwie aufkommen und die auch sehr relevant sind, aber irgendwie nicht bei der Partnerschaft wirklich landen. [...] Und natürlich gibt es bestimmt auch Gebiete, wo wir gar keine Einblicke haben, die Regionen haben wir auch und da, da gucken wir auch immer so, woher haben wir eigentlich überhaupt bisher Anträge und wo alles nicht? Und da gibt es auf jeden Fall noch viele, viele, wie nennt man, ja, weiße Flecken sozusagen auf dem, auf der Landkreiskarte.“ (BLInt b4_88)

Der hier vermittelte Eindruck eines unzureichenden Informationsflusses hat seine Ursachen auch in der eher geringen Anzahl zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Initiativen in den bezeichneten Förderregionen. Im Vergleich zu den Gebieten des dritten Typs, die aus Sicht der Koordinator*innen eine besonders starke zivilgesellschaftliche Vernetzung und Aktivität aufweisen (kommunal $M = 4,5$), ist gerade in den Landkreisen der hier zusammengefassten Förderregionen das zivilgesellschaftliche Engagement deutlich geringer ($M = 3,5$).⁹² So bleibt

88 Vgl. Tabelle 29 im Anhang.

89 Hinsichtlich etwaiger Übergriffe auf Bürgermeister*innen oder Landrät*innen bzw. Mitarbeiter*innen aus Politik und Verwaltung können die Koordinator*innen dieser Förderregionen in mehr als der Hälfte der Fälle (jeweils 55%, 24) keine Beurteilung vornehmen. Auch eine Einschätzung bzw. Kenntnis möglicher Übergriffe auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen liegt von fast jeder zweiten Partnerschaft hier nicht vor (46%, 20). Vgl. Tabelle 42 im Anhang.

90 Vgl. Tabelle 29 im Anhang.

91 So bestehen 89 % (39) der Partnerschaften schon vor der 5. Förderperiode von „Demokratie leben!“, die Hälfte der Partnerschaften (50%, 22) wurden bereits im Programm „Toleranz fördern, Kompetenz stärken“ etabliert oder bestehen noch länger.

92 Vgl. Tabelle 48 im Anhang.

auch der zivilgesellschaftliche Austausch von Informationen über demokratiegefährdende oder menschenfeindliche Bestrebungen vor Ort hinter den übrigen Typen zurück (54 %, 22).⁹³ Die Herausforderungen der sozialräumlichen Heterogenität der Förderkontexte werden folglich durch zergliederte Informationskanäle verschärft und tragen somit zu einer weiteren Unübersichtlichkeit bei, die die situative Kenntnis über antidemokratische Bestrebungen erschwert.

Traditionelle Bündnisse und langlebige Strukturen der Zivilgesellschaft

Trotz dieser Hindernisse verfügen die Förderregionen des ersten Typs mehrheitlich dennoch über vereinzelte stabile und langlebige Netzwerke der Zivilgesellschaft, die aus Sicht der Partnerschaftsvertreter*innen durchaus fähig sind, auf die geringe Anzahl antidemokratischer und menschenfeindlicher Bedrohungen effektiv zu reagieren. Auch die Zusammenarbeit und Kompetenz von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft wird von den Koordinator*innen in der Mehrzahl hervorgehoben (64 %, 28).⁹⁴ Wie in den Interviews betont wird, basiert dies auch auf lokalen Besonderheiten, etwa prominenten demokratischen Bildungsstätten, oder gewachsene Strukturen des demokratischen Engagements vor Ort, die von großen, bürgerlichen Trägern gestützt werden. Auch wenn eine geschlossene Positionierung politischer Akteur*innen gegenüber antidemokratischen Bewegungen nicht überall gegeben ist, so kann die lokale Zivilgesellschaft aus Sicht der Koordinator*innen im Bedarfsfall doch mehrheitlich Formen der Gegenmobilisierung aktivieren (59 %, 26) und relevante Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sind über aktuelle Vorfälle zumindest in mehr als der Hälfte der Partnerschaften informiert (59 %, 26).⁹⁵

„Ich meine, dadurch dass wir, wie gesagt, sehr gut vernetzt sind was die Antirassismusarbeit angeht oder dieses Präventionsnetzwerk haben, auch ein sehr gutes Beratungsnetzwerk, kommt es mir tatsächlich so vor, dass wir sehr schnell gegensteuern können, falls wir antidemokratische Tendenzen vernehmen. Das ist glaube ich ziemlich schnell möglich. Das ist, finde ich schon sehr besonders, weil ich das von anderen Partnerschaften jetzt eben so nicht so mitbekommen habe.“ (BLInt b5_62)

Im Vergleich zum dritten und vierten Typus jener Förderregionen, die sich durch eine besonders aktive Zivilgesellschaft auszeichnen, erweisen sich die Reaktionen auf demokratiefeindliche Vorfälle jedoch als eher zurückhaltend.

Politische Kinder- und Jugendbildung statt phänomenzentrierter Prävention

Der Blick auf die Arbeitsschwerpunkte zeigt, dass Partnerschaften aus den Gebieten des hier vorgestellten Typs gerade im Vergleich zu den anderen Förderregionen weniger an präventiven Maßnahmen gegen antidemokratische, menschenfeindliche oder rechtsextreme Bestre-

93 Hierbei handelt es sich um eine kumulierte Prozentzahl, die die Angaben Kein, Geringes und Eher geringes Engagement bei Informationsaustausch zusammenfasst. Vgl. Tabelle 51 im Anhang.

94 Vgl. Tabelle 30 im Anhang.

95 Vgl. ebd. Die gute Vernetzung und die zugleich nur wenigen Vorfälle von Bedrohungen vor Ort spiegeln sich auch in den – besonders im Vergleich – geringen Bedarfen an Unterstützung im Themenfeld „Umgang mit Anfeindungen und Bedrohungen“, die Partnerschaften aus den bezeichneten Förderregionen anmelden (16%, 7), vgl. Tabelle 55 im Anhang.

bungen vorhalten. Rechtsextremismus oder Rassismus, auch spezifische Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit liegen gerade *nicht* oder nur in geringerem Maße im inhaltlich-strategischen Fokus.⁹⁶ Auch eine Kooperation mit der Mobilen Beratung (32 %, 14), mit Opferberatungen (5 %, 2) oder mit dem Landesdemokratiezentrum (39 %, 17) existiert im Vergleich nur auffallend selten.⁹⁷

Die Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen erfolgt somit eher aus der Perspektive einer langfristig ansetzenden Förderung von Demokratie und Vielfalt, die auf die demokratische Stärkung von Subjekten zielt. So sehen zusammengenommen 91% (40) der Partnerschaften des vorliegenden Typs in diesen beiden Bereichen den größten Handlungsbedarf in ihrer Förderregion. Dies schlägt sich auch in den adressierten Zielgruppen nieder. Wird auch hier besonders die breite Bevölkerung (80 %, 35) angesprochen, so gibt es doch zugleich einen deutlichen Fokus auf die Arbeit mit Jugendlichen (98 %, 43) oder – im Vergleich zu den anderen Förderregionen herausstechend – auf die sozialpädagogische Arbeit mit Kindern (77 %, 34).⁹⁸ Diese Relevanzsetzung der jugendzentrierten Bildungsarbeit nimmt ihren Ausdruck auch in der überdurchschnittlich häufigen Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen bei Trägern der Kinder- und Jugendhilfe (39%, 17).⁹⁹

Eingeübte Engagement-Strukturen und lokale Aufgabenteilungen mit Stärken und Schwächen

Besonders in den qualitativen Interviews geben die Koordinator*innen der Partnerschaften an, dass sich diese inhaltliche Schwerpunktsetzung auf Ansätze der Demokratieförderung auch aus den Rahmenbedingungen der örtlichen Zivilgesellschaft ableitet. So gibt es einerseits sowohl lokale Aufteilungen der Arbeitsschwerpunkte als auch andererseits etablierte Strukturen vor Ort, die besonders im Bereich Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit Angebote bereitstellen. Partnerschaften der bezeichneten Förderregion können also andere Schwerpunkte in ihrer Arbeit legen, weil es bereits Organisationen und Akteur*innen vor Ort gibt, die diese Themen kompetent bearbeiten.

*„Das heißt, wenn antidemokratische Tendenzen vorhanden sind, die Rassismus-relevant, rechtsextrem-relevant sind, die, die kommen häufig sogar direkt beim Beratungsnetzwerk an und machen nicht unbedingt den Umweg über uns. [...] Ich glaube, deswegen ist das wahrscheinlich anders als in ein paar anderen Partnerschaften, dass zum Beispiel Anfeindungen von Politiker*innen et cetera nicht direkt bei uns landen, wie bei anderen Partnerschaften, sondern direkt auch beim Beratungsnetzwerk glücklicherweise.“ (BLInt b4_16)*

Empfinden die Befragten des qualitativen Samples diese Form der Aufgabenteilung durchaus als Entlastung und generieren dadurch auch Vertrauen in verlässliche Strukturen der demo-

96 Vgl. Tabelle 52 im Anhang.

97 Vgl. Tabelle 60 im Anhang. Auch der Handlungsbedarf im Bereich Radikalisierungsprävention wird von den Partnerschaften der bezeichneten Förderregionen unterdurchschnittlich oft angegeben (5%, 2). Vgl. Tabelle 53 im Anhang.

98 Vgl. Tabelle 54 im Anhang.

99 Vgl. Tabelle 62 im Anhang.

kratisch-weltoffenen Widerstandsfähigkeit vor Ort, so wird in den qualitativen Interviews ebenfalls ein nicht unproblematisches Auseinanderdriften der Arbeitsschwerpunkte diagnostiziert. Partnerschaften werden durch diese Aufgabenteilung und inhaltliche Schwerpunktsetzung mitunter nicht (mehr) als Ansprechpartner für demokratiefeindliche Vorfälle wahrgenommen.

Diese lokale Aufgabenteilung resultiert u.a. aus den langfristig gewachsenen Strukturen der Zivilgesellschaft vor Ort, die durch eingelebte Netzwerke und Bündnisse gekennzeichnet ist. Ein Hinweis darauf zeigt sich auch in dem vergleichsweise großen Anteil der hier zusammengefassten Partnerschaften, der keine Maßnahmen zur Einbindung neuer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen etabliert hat (41 %, 18).¹⁰⁰ Die Orientierung an Bekanntem sowie eher konfliktarmen Themen und Formaten sowie der daraus resultierenden Sicherheit des Handelns im Bewährten, spiegelt sich auch in der eher gering ausgeprägten Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsangeboten bzw. Coachings.¹⁰¹

Betrifft dies das lokale Engagement und die öffentliche Wahrnehmung der Partnerschaften vor Ort, so schwächt diese Relevanzsetzung doch zugleich die Kenntnis über akute Bestrebungen demokratiefeindlicher Akteur*innen in den Förderregionen. Antidemokratische und menschenfeindliche Tendenzen können dementsprechend auch durch die eher in der Bereite eher schwächer ausgeprägten, zivilgesellschaftlichen Netzwerke vor Ort nicht immer verlässlich erkannt werden und ihre Bearbeitung erfolgt daher außerhalb des inhaltlichen Spektrums und operativen Zwecks der hier zusammengefassten Partnerschaften. Folgerichtig wird auch nur in sehr wenigen Förderregionen dieses Typs ein Handlungsbedarf im Bereich Radikalisierungsprävention angezeigt (5 %, 2).¹⁰² Somit bleiben sowohl die Partnerschaften als Ansprechpartner als auch die tatsächlichen Vorkommnisse antidemokratischer Bestrebungen unter dem Radar der demokratischen Bearbeitung. In der Gesamtschau ergeben sich damit durchaus zivilgesellschaftliche Entwicklungspotentiale hinsichtlich der demokratischen Widerstandsfähigkeit gegenüber diesen Bewegungen, die auch die Partnerschaften selbst betreffen.

3.2 Problemgebiete ohne regional verankertes Fundament eines demokratisch-weltoffenen Engagements

Regionen dieses zweiten Typs (n = 58) sind überproportional häufig in den neuen Bundesländern (48 %, 28) bzw. Landkreisen sowie Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften verortet (50 %, 29).¹⁰³ Sie weisen vergleichsweise schwierige Rahmenbedingungen für eine kommunale Demokratieförderung auf und werden in den qualitativen Interviews als strukturschwache Gebiete beschrieben, die neben einer ländlichen Prägung insbesondere durch ihre große Fläche bei zugleich dünner Besiedlung, durch die Heterogenität vorhandener Sozialräume und Identitäten sowie die innerhalb der Förderregion unterschiedlich ausgeprägten Problemlagen gekennzeichnet seien.

100 Vgl. Tabelle 58 im Anhang.

101 Zum letzteren etwa geben im Vergleich hohe 61 % (27) der Partnerschaften an, diese Angebote nicht zu kennen oder diese zu kennen, aber nicht genutzt zu haben. Vgl. Tabelle 59 im Anhang.

102 Vgl. Tabelle 53 im Anhang.

103 Vgl. Tabelle 37 und 39 im Anhang.

Die Engagierten sehen sich zudem mit einer eher passiven politischen Kultur, die sich bisweilen in Politikverdrossenheit (78 %, 45) bzw. Demokratiedistanz ausprägt, und fehlenden Anknüpfungsmöglichkeiten zur Aktivierung bzw. Bündelung zivilgesellschaftlicher Potentiale konfrontiert.¹⁰⁴ Auch vorhandene Vereine etc. als mögliche Kristallisationskerne gelebter Demokratie greifen die Themen der Partnerschaften nach dem Dafürhalten der Befragten nur eingeschränkt auf, so dass Potentiale zivilgesellschaftlicher Mobilisierung im Vergleich zu den Förderregionen der drei weiteren Typen (M = 3,6) nur schwer zu aktivieren seien (M = 3,1).¹⁰⁵

„Ich will das auch nicht so negativ darstellen. Wir haben viele engagierte Personen hier. Also man kann sich da, glaube ich, im Notfall immer darauf verlassen. Es ist nur [...] eine große Region. Und das kann man nicht verändern. Das ist ja schön, dass wir so eine große Region sind. Wir bräuchten eigentlich mehr Vereine, mehr Aktive. Wir sagen immer, unsere Akteurslandschaft ist relativ überschaubar.“ (BLInt b2_90)

Gewaltbereite Kümmerer und erfolgreiche Annäherungsversuche

Dem unterdurchschnittlichen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur*innen kommt dabei insofern besondere Bedeutung zu, als dass dieser auf eine fehlende Gegenbewegung zu den durchaus manifesten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus hindeutet. So waren rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen in 82 % (48) der Regionen dieses Typs wiederholt (29 %, 17) oder in Einzelfällen aktiv (53 %, 31). Rechtsaffine subkulturelle Gruppen zeigten sich ebenfalls vielerorts präsent (54 %, 31).¹⁰⁶ Diese in den Interviews auch als lokal verankert beschriebene Problemlage (z. B. in Form von Immobilienkäufen oder ortsansässigen und prominenten Mitglieder der rechten Szene) drückt sich einerseits häufig (88 % 51) in raumorientiertem Dominanz- und Provokationsverhalten (z. B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume) aus.¹⁰⁷ Die Auseinandersetzung mit „politischen Gegner*innen“, bzw. nicht-privilegierten Gruppen wird dabei ganz unmittelbar ausgetragen. So wurden in 81 % (47) der Regionen zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich für eine offene und demokratische Gesellschaft engagieren, Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffen (64 %, 186), in 57 % der Fälle (33) bezogen sich solcherlei motivierte Angriffe auf Mitarbeiter*innen der Verwaltung bzw. Politiker*innen und in 18 % (10) auf die Koordinator*innen der Partnerschaften für Demokratie. In 89 % (52) der Regionen wurden zudem Menschen aufgrund einer (zugeschriebenen) Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer solcher Tathandlungen. Andererseits sind die unmittelbaren Angriffe auf demokratische Gegenkräfte und unerwünschte Personen durchaus mit einer Strategie des Kümmerns verbunden.¹⁰⁸

104 Vgl. Tabelle 44 im Anhang.

105 Vgl. Tabelle 48 im Anhang.

106 Vgl. Tabelle 43 im Anhang.

107 Vgl. Tabelle 45 im Anhang.

108 Vgl. Tabelle 42 im Anhang.

„Was ich wahrnehme, ist, dass sie sich dort als nette Nachbarn inszenieren. Sie tragen mal den Einkauf, die beteiligen sich am Dorfklatz und -tratsch. Also sie kommen einfach wie der nette Nachbar von nebenan daher. Sind es aber natürlich nicht, aufgrund zahlreicher Vorstrafen.“ (BLInt b8_24)

Kaum Widerspruch im Hinterland

Diese Annäherungsbestrebungen treffen dabei auf ein kommunales Klima, in dem neben Politiker*innen- bzw. Parteienverdrossenheit (78 %, 45) und Verschwörungstheorien (85 %, 49) insbesondere auch Positionen in Bezug auf Islam- und Muslimfeindlichkeit (74 %, 43) sowie Fremdenfeindlichkeit (83 %, 48) *offensiv* im öffentlichen Diskurs vertreten werden.¹⁰⁹ Auf diese Weise gelingt es, einschlägige Themen auf die lokale Agenda zu setzen (59 %, 34).¹¹⁰ Eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Orientierungen und Handlungen ist hingegen weniger verbreitet (22 %, 13),¹¹¹ so dass rassistische Denk- und Argumentationsmuster häufig unreflektiert Verwendung finden und öffentlich wahrnehmbar geäußert werden (88 %, 51).¹¹² Diese Situation wird mitgetragen durch aktive rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (61 %, 35) wie auch durch mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (85 %, 49) (z. B. „besorgte Bürger*innen“, „Wütbürger*innen“),¹¹³ denen vergleichsweise selten direkt begegnet wird. So sind öffentlich wahrnehmbare Reaktion sowie geschlossene Positionierungen sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wesentlich weniger verbreitet (16 %, 9) als in Förderregionen der übrigen Typen.¹¹⁴

„Ich habe immer das Gefühl, dass unsere Trägerlandschaft viele Dinge nicht wahrnimmt. Also was ich mir damit wünschen würde, wäre, dass wir sensibler werden für die Probleme, die offenkundig da sind. Das ist das eine. Das versuchen wir jetzt gerade auch mit der Situations- und Ressourcenanalyse irgendwie Strategien herauszufinden, wie uns das gelingen kann, da mehr zu sensibilisieren. Ich würde mir wünschen, dass die Probleme nicht nur angegangen werden, wenn die Polizei in der Tür steht so ungefähr, sondern wenn man vorher schon beginnt zu sagen, okay, wir haben hier irgendwie latenten Rassismus und wir gehen das irgendwie an. Und ich würde mir wünschen, dass es nicht immer nur die Koordinierungs- und Fachstelle braucht, den Finger in die Wunde legt und sagt: wir müssen da und wir müssen da. Sondern das auch eigenständig aus der Jugendhilfe, aus der Jugendarbeit oder auch von irgendwelchen anderen Organisationen Projekte initiiert werden und Maßnahmen. Ja. Das würde ich mir tatsächlich wünschen. Ein Umdenken innerhalb unserer, sagen wir mal, kommunalpolitischen Führung – also wünschen würde ich mir das sicherlich. Aber diesen Wunsch habe ich tatsächlich vor einigen Jahren schon ad acta gelegt und gebe mich mittlerweile damit zufrieden, dass man uns machen lässt.“ (BLInt b8_78)

109 Vgl. Tabelle 44 im Anhang.

110 Vgl. Tabelle 31 im Anhang.

111 Vgl. Tabelle 32 im Anhang.

112 Vgl. Tabelle 31 im Anhang.

113 Vgl. Tabelle 43 im Anhang.

114 Vgl. Tabelle 32 im Anhang.

Vor diesem Hintergrund lassen auch die qualitativen Interviews kaum auf eine von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gleichermaßen geteilte Problemsicht schließen. Vielmehr wird von eher relativierenden Äußerungen staatlicher Akteur*innen und Hinweisen berichtet, die vermeintliche Ruhe zu waren. Problematisiert werden im Falle von zivilgesellschaftlichen Reaktionen eher die Gegenproteste, welche sich nur bedingt mit dem vorhandenen bürgerlichen Potential in Einklang bringen lassen. Die örtliche Starre bezieht sich zudem auch auf die vermeintliche bürgerliche Mitte, bzw. die breite Bevölkerung, welche sich im Vergleich zu den weiteren Förderregionen nur eingeschränkt für die Einnahme von Gegenpositionen aktivieren lässt (s. oben) und sich im Sinne der Hufeisentheorie gegenüber dem linken Spektrum speziell bei Vorkommnissen linker Militanz als etwaige Bündnispartner*innen abgrenzt.

„Und von der Bevölkerung in diesem Stadtteil und auch darüber hinaus, also in der gesamten Stadt XXX [Name der Stadt, Anm. d. Verf.] wurde eigentlich eher der Gegenprotest problematisiert als die Veranstaltung an sich. Weil erst der Gegenprotest macht das große Polizeiaufgebot notwendig. Erst der Gegenprotest bringt Aufmerksamkeit und so weiter und so weiter. Also das war so der Argumentationsstrang, der mehr so aus der breiten Bevölkerung da entgegengeschlagen ist.“ (BLInt b8_20)

Förderung statt sozialräumlicher Intervention: Indirekte Bearbeitung als Reaktion auf die örtliche Starre

Die Partnerschaften für Demokratie des qualitativen Samples sehen sich letztlich mit Situationen konfrontiert, der sie zumindest punktuell im Sinne einer „Strategie der demokratischen Gegenwehr“ begegnen möchten, so dass Normverletzungen möglichst zeitnah begegnet wird und Grenzen des demokratischen Miteinanders öffentlich wahrnehmbar nachgezogen werden. Hierfür fehlt es den durchaus aktiven für Demokratie und Vielfalt engagierten Bürgerbündnissen (90 %, 52)¹¹⁵ jedoch an lokaler Verankerung und breitem Rückhalt vor Ort, sodass es keine kritische Masse gut vernetzter und aktivierbarer Personen im unmittelbaren lokalen Kontext der entsprechenden Vorfälle gibt.

„Also wir haben ein Bürgerbündnis in XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.]. Und das reagiert auch. Aber das ist so klein [...]. Also das ist wirklich klein. Die Hauptakteure sind vielleicht drei Personen, die wirklich dann alles rocken. Da kommen noch ein paar dazu, aber die sind dann mal hier, mal da. Das ist eher schwierig, für das Bündnis hier zu agieren. Zu diesem XXX [Demokratie- und menschenfeindliche Veranstaltung, Anm. d. Verf.] hat es das Bündnis geschafft, in XXX [regelmäßig, Anm. d. Verf.] ein Gegenprotest zu organisieren, der etwa so zwischen 200 und 400 Personen dann stark ist, je nachdem. Diese Personen kommen aber in der Regel mehrheitlich nicht aus XXX [der Förderregion, Anm. d. Verf.], wo das ja stattfindet. Sondern eher aus der Region drum herum, aus anderen angrenzenden Landkreisen.“ (BLInt b8_38)

In der Gesamtschau fokussieren lediglich 62 % (36) bzw. 69 % (40) der Partnerschaften, die in solchen Kontexten implementiert sind, Rechtsextremismus oder Rassismus als Arbeitsschwerpunkt. Anteilig wesentlich häufiger werden indirekte Zugänge über die Förderung von Demokratie (95 %, 55) gewählt.¹¹⁶ Derart soll die breite Bevölkerung bzw. junge Menschen

¹¹⁵ Vgl. Tabelle 46 im Anhang.

¹¹⁶ Vgl. Tabelle 52 im Anhang.

erreicht und z. B. über Veranstaltungen, Vorträge und Informationsbroschüren aufgeklärt werden (95 %, 55).¹¹⁷ In der Konsequenz werden zudem die grundlegende Förderung einer demokratischen politischen Kultur und die Förderung von Engagement an sich betont. Positive Erfahrungen der Partizipation sollen den bisweilen wenig beteiligungsoffenen staatlichen Institutionen vor Ort entgegengestellt und Bürger*innen für demokratische Formen der gesellschaftlichen Teilhabe befähigt werden.

„Also wir haben keine Projekte, die jetzt heißen: Wir gegen rechts – oder so. Sondern wir haben hauptsächlich Begegnungsprojekte. Das heißt, niedrighschwellige Sachen, wo gar nicht auffällt, dass wir da eigentlich gerade absolute Demokratieförderung hier machen. Das ist immer alles sehr unter dem Deckmantel. Weil wir die Akteure sonst verlieren. Wenn es zu provokant formuliert ist, dann beteiligen sich die Leute nicht daran.“
(BLInt b2_72)

Diese indirekten Zugänge werden ferner kombiniert z. B. mit Beratungsleistungen für betroffener Akteur*innen, Regelstrukturen etc., so dass die Koordinierungs- und Fachstellen zumindest in eigener Wahrnehmung aufgrund ihrer fachlichen Expertise in der Förderregion anerkannt sind (M = 4,1).¹¹⁸ Mit diesem insgesamt sehr gut abgrenzbaren Profil des Zusammenspiels aus demokratie- und menschenfeindlichen Aktionen und zivilgesellschaftlichen Reaktionen gehen spezifische Unterstützungsbedarfe einher, die sich entlang der beschriebenen Situation überproportional häufig auf die Motivation und/oder Aktivierung von (neuen) Akteur*innen bzw. von (Bürger-)Beteiligung (69 %, 40), die Erstellung von Situationsanalysen (45 %, 26) und den Umgang mit Anfeindungen und Bedrohungen (41 %, 24) beziehen. Auch die Förderung von Digitalkompetenz (z. B. Nutzung von Social-Media-Plattformen, Online-Tools) wird häufig, wenngleich eher der Gesamtverteilung entsprechend benannt.¹¹⁹

3.3 Stark antidemokratisch betroffene Regionen mit aktiver Gegenwehr des demokratisch-weltoffenen Spektrums

Förderregionen, die aufgrund ihres Wechselspiels aus demokratie- und menschenfeindlichen Aktionen sowie der Reaktion des weltoffenen Spektrums dem dritten Typus (n = 120) zuzuordnen sind, finden sich weitgehend proportional zur Verteilung der Partnerschaften in den alten (57 %, 68) bzw. neuen Bundesländern (37 %, 44) und relativ häufig in kommunalen Verwaltungseinheiten (67 %, 80).¹²⁰ Mit diesen eher städtischen Kontexten verbinden sich erfahrungsgemäß gute strukturelle Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung (vielfältige Angebote an Vereinen, demokratische Beteiligungsangebote für junge Menschen, vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendbildung) und trotz eines im Vergleich bereits recht hohen Mobilisierungsgrades zivilgesellschaftlicher Akteur*innen (M = 3,7)

¹¹⁷ Vgl. Tabelle 47 im Anhang.

¹¹⁸ Vgl. Tabelle 56 im Anhang. Ob der ungünstigen Ausgangslage bzw. der beschriebenen Situation wenig überraschend erleben die Koordinator*innen dieser Partnerschaften das zur Verfügung stehende Stellenvolumen anteilig deutlich seltener als Ihre Kolleg*innen als ausreichend (49 %, 26). Vgl. Tabelle 63 im Anhang.

¹¹⁹ Vgl. Tabelle 55 im Anhang.

¹²⁰ Vgl. Tabelle 38 im Anhang.

auch weiterhin ausgeprägte Potentiale von Personen (M = 3,7), die für die Förderung einer Kultur des Miteinanders gewonnen werden können.¹²¹

Mit Blick auf die Situation vor Ort sehen sich die Engagierten dabei mit ähnlichen Phänomenen konfrontiert wie „Problemgebiete ohne regional verankertes Fundament eines demokratisch-weltoffenen Engagements“ (Typ 2). Allerdings werden Konflikte des interkulturellen Zusammenlebens bzw. rund um den Bereich „Zuwanderung“ noch stärker als zentrales Motiv der antidemokratischen Bemühungen vor Ort beschrieben. Sowohl die deutlich angestiegene Zuwanderung im Jahr 2015, die beeindruckende Willkommensbewegung als wahrgenommener auch Hass und Gewalt nehmen in den Interviews der qualitativen Begleitforschung in der Folge einen zentralen Raum ein.

„Wenn man aber anderen zuhört, die dann erzählen, was sie erzählt haben, dann wird das schon etwas dramatischer. Da gibt es natürlich Gruppen – ich würde die vielleicht so auf ein Viertel der Menschen runterrechnen oder hochrechnen, die gerade all den Geschehnissen ringsherum, die Ereignisse 2015 Migrationshintergrund und so weiter und so fort, sehr skeptisch gegenüberstehen, ohne diese Zahl allerdings begründen zu können. Das ist gefühlt, dass jeder Vierte, ich sage mal, eher kritisch als freundlich den Dingen gegenübersteht.“ (BLInt b9_16)

So werden Spannungsfelder umrissen, in denen demokratiefeindliche Akteur*innen Ressentiments zu nutzen suchen, um Anschluss an die breite Bevölkerung herzustellen. Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen waren demnach in 87 % der Förderregionen wiederholt (40 %, 48) oder in Einzelfällen (47 %, 56) aktiv und warben mitunter in Gestalt etwa der „Identitären Bewegung“ öffentlich wahrnehmbar für ihre Positionen.¹²² Dabei wurden bzw. werden Vorkommnisse instrumentalisiert und geschickt an vorhandene Unzufriedenheiten bzw. Ängste angeknüpft (etwa in den Themenfeldern „Politikverdrossenheit“, „Zuwanderung“ und „Corona-Krise“). Neben kleineren „Informationsvorhaben“ werden ferner öffentlichkeitswirksame Formate wie Demonstrationen beschrieben (75 %, 90),¹²³ die ggf. auch den ebenfalls überproportional häufig aktiven rechtspopulistischen Gruppierungen/Organisationen (wiederholt: 24 %, 29; vereinzelt: 46 %, 55) zuzuordnen seien.¹²⁴

„Und das ist für XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.], würde ich sagen, so wirklich ein relativ neues Phänomen, dass hier von rechter Seite ohne Scheu im öffentlichen Raum, Auftritte stattfinden und wirklich auch Störungen stattfinden.“ (BLInt b7_16)

Dabei gibt es nach dem Dafürhalten der Befragten in 91 % (109) der zugehörigen Regionen durchaus Potentiale für erfolgreiche Annäherungen an die breite Bevölkerung, bzw. mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger*innen“, „Wutbürger*innen“).¹²⁵ In der Gesamtschau und durch die Corona-Krise weiterbefördert, ergeben sich

121 Vgl. Tabelle 48 im Anhang.

122 Vgl. Tabelle 43 im Anhang.

123 Vgl. Tabelle 45 im Anhang.

124 Vgl. Tabelle 43 im Anhang.

125 Vgl. ebd.

in der beschriebenen Gemengelage somit auch deutlich häufiger als andernorts neue Koalitionen und Kooperationen von bisher getrennt auftretenden Gruppen des populistischen, rechtsaffinen und rechtspopulistischen Spektrums (69 %, 83).¹²⁶

Die überproportional präsenten antidemokratischen Diskurse bzw. öffentlich wahrnehmbar und offensiv vertretenen Positionen in den Bereichen Islam- und Muslimfeindlichkeit (82 %, 98), Fremdenfeindlichkeit (90 %, 108) und Antisemitismus (70 %, 84)¹²⁷ lassen sich schließlich nicht nur als Hinweise auf die diffus anmutende Situation vor Ort, die vielfältigen Anknüpfungspunkte in der breiten Bevölkerung und die Sensibilität der befragten Koordinator*innen bezüglich diverser demokratiefeindlicher Phänomene verstehen. Sie deuten auch auf eine polarisiert geführte Auseinandersetzung im Themenfeld Zuwanderung (83 %, 100) und ein zumindest im Vergleich zur Gesamtheit der Förderregionen gelingendes Agenda-Setting vielfaltablehnender Akteur*innen hin (66 %, 79).¹²⁸

„Aber gesamtgesellschaftlich hat sich auch in XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] ein Diskurs etabliert, der seit einigen Jahren stark in eine rechtspopulistische Richtung geht, mit Corona nochmal ganz offensichtlich geworden durch die Querdenker-Demonstrationen, die jetzt XXX [Zeitpunkt, Ort, Anm. d. Verf.] stattfinden. Und es ist auch in XXX [Name der Förderregion, Anm. d. Verf.] kenntlich, dass mehr Dinge sagbar werden, die noch vor einigen Jahren in der Form nicht sagbar wären, die also ganz klar menschenfeindliche Äußerungen beinhalten, ganz kurzgefasst.“ (BLInt b7_14)

Werben – Verdrängen – Angreifen!

Neben öffentlichkeitswirksamen Aktionen (s. o.) und Versuchen des Agenda-Settings, die eher als „Werben“ um die Zustimmung der breiten Bevölkerung gedeutet werden können, verteilen Demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen ferner Aufkleber, sprühen Graffiti oder markieren auf andere Weise öffentliche Räume (Dominanz- und Provokationsverhalten: 90 %, 107) bzw. stören Veranstaltungen mit unliebsamer thematischer Ausrichtung (39 %, 47).¹²⁹ Zudem werden vielerorts Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffe beobachtet, die sich sowohl gegen demokratisch Engagierte (zivilgesellschaftliche Akteur*innen: 71 %, 85; Mitarbeiter*innen der Verwaltung, Gemeindevertreter*innen bzw. Politiker*innen: 48 %, 58; Bürgermeister*innen oder Landrät*innen: 35 %, 42) richten, als auch gegen Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) verübt werden (82 %, 99).¹³⁰

„Drohbriefe natürlich, es gab auch Drohbriefe bei uns also das waren halt anonymisierte Drohbriefe gegenüber dem Oberbürgermeister, der da offensiv die Türen aufgemacht hat 2015 zum Höhepunkt der Geflüchteten-Bewegungen. Ich selber war Zeuge auch bei mitorganisierten Veranstaltungen, dass die Identitäre Bewegung mit Kadern vor Ort war,

¹²⁶ Vgl. Tabelle 43 im Anhang.

¹²⁷ Vgl. Tabelle 44 im Anhang. Anteilig ebenfalls deutlich überproportional werden ebenfalls die durchaus noch im Rahmen demokratischer Frustration zu verortende Aspekte wie Politiker- und Parteienverdrossenheit (86 %, 103) oder Verschwörungstheorien (91 %, 109) offensiv formuliert.

¹²⁸ Vgl. Tabelle 33 im Anhang.

¹²⁹ Vgl. Tabelle 45 im Anhang.

¹³⁰ Vgl. Tabelle 42 im Anhang.

um Veranstaltungen zu stören. Also schon das ganze Programm von anonymen Online oder Briefen, die die Leute erreichen, bis hin zu Spuckis, Klebeaktionen, Graffiti-schmierereien mit rechtspopulistischen Inhalten, geklebte Rasierklingen.“ (BLInt b1_25)

Demokratischer Widerspruch und zivilgesellschaftliche Gegenwehr stoßen auf staatlichen Rückhalt

Ähneln die Angaben hinsichtlich der wahrgenommenen Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffe bzw. zu den antidemokratischen Diskursen noch jenen des Typs 2, wird diesen Phänomenen indes wesentlich entschiedener entgegengetreten. So wird zeitnah auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle etwa in Form von (Gegen-)Demonstrationen reagiert (84 %, 101), verlässlich Solidarität mit Betroffenen bekundet (75 %, 90) und auch einschlägige Markierungen des öffentlichen Raums werden zeitnah entfernt. Dieses problemzentrierte Engagement des demokratischen Spektrums wird in unterschiedlichen Abstufungen getragen durch eine aktive, vernetzte Zivilgesellschaft und einen kompetenten Umgang von Politik und Verwaltung (78 %, 94) mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen.¹³¹

„Wir hatten im Jahr 2018 mehrere Ereignisse dieser Art, 2019 und Corona-bedingt wahrscheinlich auch 2020 ist auf offener Straße relativ wenig zur Schau gestellt. Wir hatten von 2017 bis 2019 eine kleine Gruppe von selbsternannten Bürgervertretern, die mit sehr radikalem Hintergrund auf XXX [einem öffentlichen Platz, Anm. d. Verf.] jede Woche am XXX [Wochentag, Anm. d. Verf.] oder XXX [Wochentag, Anm. d. Verf.] Reden gehalten haben vor einem überschaubar großen Kundenkreis. [...]. Aber man hat gesehen, dass innerhalb eines Zeitfensters von gut einem Jahr diese Gruppe der Zuhörer sich schon sehr ausgedünnt hatte. Weil dagegen dann auch Protest mal wieder laut wurde und auch kleine Aktionen gemacht wurden, hat sich das dann irgendwann aufgelieben.“ (BLInt b9_18)

Beide Gruppen (Zivilgesellschaft und staatliche Akteur*innen) verstehen sich vor diesem Hintergrund und basierend auf einer in der Tendenz geteilten Problem- bzw. Phänomensicht sowie einer hohen Situationskenntnis wesentlich stärker als in Typ 2 als Verfechter*innen ähnlicher Positionen, sodass ggf. auch unterschiedliche Perspektiven, Ansätze und Schwerpunktsetzungen nebeneinander Akzeptanz finden können. Zwar werden in den Interviews keine umfassend etablierten *Strukturen* der Kooperation von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft beschrieben, die über Begleitausschüsse etc. hinausgehen, dennoch arbeiteten Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen vor Ort zusammen (55 %, 39), oder zumindest in eine ähnliche Richtung.¹³²

„Ich kann jetzt schwer für die Verwaltung sprechen, aber ich glaube, es wurde halt immer versucht, so pragmatisch wie möglich darauf zu antworten, also es wirklich einfach quasi abzuhaken. Es muss ja beantwortet werden, aber ohne auf die inhaltliche Ebene dabei einzugehen.“ (BLInt b7_18)

Das so beschriebene Engagement gegen antidemokratische Aktionen kann insgesamt eher als reagierend-intervenierend beschrieben werden. Darüber hinaus finden sich in den Förder-

¹³¹ Vgl. Tabelle 34 im Anhang.

¹³² Vgl. ebd.

regionen dieses Typs überproportional häufig Maßnahmen, die auf die demokratische Verfasstheit der breiten Bevölkerung abzielen. Information und Aufklärung von Bürger*innen (z. B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren) (94 %, 113), Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z. B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage) (93 %, 112), aber auch moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z. B. Bürgerdialoge) (85 %, 101) werden anteilig besonders häufig angeboten.¹³³

„Unsere Antragsteller kommen ja aus der Mitte der Gesellschaft. Und das heißt, wir versuchen über unsere Projektmittel diese Mitte zu stärken, sie nicht in die rechte oder linke oder islamistische oder in irgendwelchen anderen radikalen Ecken laufen zu lassen in ihrer Denke. Sondern möglichst viel aufzuklären, möglichst viele Gesprächssituationen anzubieten. Möglichst viele Dialogorte anzubieten. Das ist so die Aufgabe, die wir uns als Partnerschaft gesetzt haben. Dass wir auch unterstützen, wenn Leute auf offener Straße, ich sage mal Gegendemonstrationen gegen besondere Ereignisse etablieren, das ist völlig unstrittig, das unterstützen wir sowohl materiell als auch durch Organisationen. Aber ich sage mal, die Hauptsache der Förderung durch Demokratie leben! ist die Mitte zu stärken.“ (BLInt b9_22)

Potentiale der Willkommensbewegung wurden genutzt

Nicht nur die eingangs dargestellten demokratie- und menschenfeindlichen Aktionen, sondern auch der hohe Grad an Sensibilisierung und die Bereitschaft zu Engagement und Positionierung des demokratisch-weltoffenen Spektrums¹³⁴ werden im Rahmen der qualitativen Begleitforschung mit dem zentralen Motiv der Zuwanderung in Verbindung gebracht. So hätten sich im Kontext der Migrationsbewegungen vor allem des Jahres 2015 staatliche Akteur*innen klar im Sinne einer Willkommens- und Anerkennungskultur positioniert und auch Potentiale der Solidaritätsbewegungen vor Ort konnten nicht nur erhalten bleiben, sondern kristallisieren sich nun in neuen themenverwandten Netzwerken vor Ort.

„Dann aus der ganzen Geflüchteten-Solidaritätsbewegung [...], viele Gruppen sind weiter am Thema geblieben und machen eben auch rassismuskritische Arbeit heute. Genau, da hat sich schon was getan, sei es in Form von Demonstrationen, von Veranstaltungen, Vernetzungen.“ (BLInt b7_42)

Angesichts dieses vitalisierten anmutenden demokratischen Spektrums agieren die Koordinierungs- und Fachstellen des qualitativen Samples stark als vernetzende und engagementbegleitende (z. B. Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit für Aktionen des demokratisch-weltoffenen Spektrums) bzw. im Falle bislang eher wenig aktivierter Regionen als anregende Akteur*innen. Sie bzw. die Trägerstrukturen sind zudem fest in den Themengebieten verankert und auch die Ergebnisse der quantitativen Erhebung weisen die Kompetenz des Trägers

¹³³ Vgl. Tabelle 47 im Anhang.

¹³⁴ So gaben die Koordinator*innen, deren Partnerschaften in Förderregionen dieses Typus verortet sind, jeweils überproportional häufig an, dass vor Ort für Demokratie und Vielfalt einstehende deutungsmächtige Akteure aus Kultur und/oder Wirtschaft aktiv seien (46 %, 55), für Demokratie und Vielfalt einstehende Partei-Vertreter*innen des gesamten politischen Spektrums (56 %, 67), für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant*innen(selbst)organisationen (55 %, 66), Integrationsfördernde Migrant*innencommunities und/oder -netzwerke (z.B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine) (71 %, 85) sowie für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse (78 %, 94) aktiv seien. Vgl. Tabelle 46 im Anhang.

(76 %, 91) sowie vorhandene Zugänge zu zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (73 %, 88) als zentrale Auswahlgründe für die Verortung der Koordinierungs- und Fachstellen aus.¹³⁵ Entsprechend der kommunalen Verfasstheit wählen die Partnerschaften neben der Demokratieförderung (91 %, 109) eine direkte Problemadressierung und bearbeiten rechtsextreme Orientierungen und Handlungen (80 %, 96) deutlich häufiger als andernorts.¹³⁶ Dabei wird sichergestellt, dass aktuelle gesellschaftliche Themen, Unzufriedenheiten und Kritik an sozialen/politischen Verhältnissen aufgegriffen und öffentlich thematisiert werden (M = 4,5).¹³⁷ Über diese konzeptionelle Ebene hinausgehend werden ferner auch die kooperativen Beziehungen entsprechend geknüpft, so dass sich mobile (63 %, 76) sowie Opferberatungen (25 %, 30)¹³⁸ wiederholt im Spektrum der Partner*innen wiederfinden und auch die Begleitausschüsse widmen sich neben den Förderentscheidungen bezüglich konkreter Projekte und Einzelmaßnahmen (M = 4,7) insbesondere dem Informationsaustausch über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen vor Ort.¹³⁹

Zusammenfassend ist die kommunale Verfasstheit also geprägt von einer mitunter diffus anmutenden Situation, die gekennzeichnet ist durch einen hohen Problemdruck, aktive demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen sowie einen deutlichen und breit angelegten Widerstand des demokratischen Spektrums. Dabei wird die Auseinandersetzung um die lokale politische Kultur getragen sowohl durch zivilgesellschaftliche Netzwerke als auch staatliche Akteur*innen, die antidemokratische Phänomene einvernehmlich als Problem beurteilen und sowohl räumlich-intervenierend als auch präventiv-personenbezogen agieren. Überdies zeigen sich unterschiedliche Formen des Umgangs, wobei fraglich bleibt, inwiefern die Zusammenarbeit vor Ort (themen-)konjunkturunabhängig etabliert und auch strukturell verankert ist.

3.4 Demokratische Widerstandsfähigkeit in Gebieten mit (weitgehend) eingetragten Problemlagen

Förderregionen, die sich aufgrund ihrer demokratischen Widerstandsfähigkeit in Gebieten ohne hohen Problemdruck zu einem vierten Typus gruppieren (n = 69), sind in der Mehrzahl in den alten Bundesländern vertreten (70 %, 48).¹⁴⁰ Sie verteilen sich zwar nahezu proportional auf ländliche und kommunale Gebietskulissen,¹⁴¹ jedoch sind mehr als die Hälfte (51 %, 35) der Partnerschaften in mittel- (35 %, 24) bzw. großstädtischen Kontexten (16 %, 11) angesiedelt.¹⁴² Wenn Partnerschaften demnach kommunal verankert sind, dann handelt es sich vorzugsweise um eher urbane Kontexte. In der Gesamtschau verorten sich die hier zusammengefassten Förderregionen folglich in sehr unterschiedlichen Gebietskulissen.

135 Vgl. Tabelle 61 im Anhang.

136 Vgl. Tabelle 52 im Anhang.

137 Vgl. Tabelle 57 im Anhang.

138 Vgl. Tabelle 60 im Anhang.

139 Vgl. Tabelle 51 im Anhang.

140 Vgl. Tabelle 37 im Anhang.

141 Vgl. Tabelle 39 im Anhang.

142 Vgl. Tabelle 40 im Anhang.

Politisch beruhigte Gebiete mit vormals hohem Problemdruck

Ähnlich wie die Förderregionen, die sich aufgrund ihres moderaten Engagements in politisch beruhigten Gebieten zusammenfassen lassen, melden die Koordinator*innen der hier vorgestellten Regionen unterdurchschnittlich oft zurück, mit antidemokratischen oder menschenfeindlichen Vorfällen konfrontiert zu sein. Nach dieser Einschätzung sind etwa in der Hälfte der Förderregionen keine Übergriffe auf Bürgermeister*innen oder Landrät*innen (48 %, 33) zu verzeichnen und etwas weniger als ein Drittel der Förderregionen (28 %, 19) ist nach diesen Angaben von gar keinen Anfeindungen oder Bedrohungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur*innen betroffen. Vorfälle dieser Art treten, wenn sie beschrieben werden, zumeist in Einzelfällen und nur in wenigen Förderregionen (7 %, 5) wiederholt gegenüber demokratisch engagierten Personen der Zivilgesellschaft auf.¹⁴³ Ein strukturelles Problem kontinuierlicher Übergriffe und Bedrohungen gegenüber demokratisch engagierten Akteur*innen liegt hier also aktuell nicht vor.

Im deutlichen Unterschied zu den Förderregionen mit hohem Problemdruck von Seiten antidemokratischer Bewegungen gelingt es Akteur*innen und Organisationen des demokratiefeindlichen Spektrums hier jedoch in nur sehr wenigen Fällen, ihre Themen lokal auf die politische Agenda zu setzen (6 %, 4) oder vor Ort erfolgreich bei der Einwerbung neuer Unterstützer*innen zu sein (4 %, 3).¹⁴⁴ Im qualitativen Sample wird gleichwohl durchgehend betont, dass die Situation vor Ort in der Vergangenheit anders war und es manifeste, auch gewalttätige Strukturen antidemokratischer und menschenfeindlicher, d. h. vor allem rechtsextremer Bewegungen gab.

„Dass hier demokratiefeindliche Angriffe, Übergriffe, wie auch immer, stattgefunden haben, das war vor allen Dingen in den Neunzigerjahren ziemlich stark, habe ich mir sagen lassen.“ (BLInt b6_113)

Aktive Zivilgesellschaft in Hab-Acht-Stellung

Entgegen der örtlich angespannten Lage in der Vergangenheit sind die vorliegenden Regionen durch ein zurzeit ruhiges Umfeld gekennzeichnet, aus dem die Interviewpartner*innen aber zugleich – eben wegen jener Vergangenheit – ein deutliches Problembewusstsein und eine breit verankerte Sensibilität gegenüber zukünftigen Vorkommnissen zurückmelden. Die Zivilgesellschaft erweist sich als aufmerksam und verlässt sich nicht auf die momentan unproblematische Situation vor Ort.

„Also wir hatten bis Anfang dieses Jahres tatsächlich doch noch mal mehr mit Gewalttaten tatsächlich, zumindest aus einem Stadtteil zu tun. Da ist es jetzt aber so, dadurch, dass einfach unglaublich ich weiß gar nicht, ich glaube, drei oder vier wirklich rechtsextreme Kader sind momentan im Gefängnis. Deswegen ist es bei uns netterweise mal relativ ruhig. [...] Also gehen wir einfach davon aus, dass da irgendwas Neues kommen wird. Aber aktuell gibt es halt nichts.“ (BLInt b3_26)

143 Vgl. Tabelle 42 im Anhang.

144 Vgl. Tabelle 35 im Anhang.

Gebiete des hier vorgestellten Typs zeichnet im Vergleich zu den übrigen Regionen ein demokratisch engagiertes und zivilgesellschaftlich besonders aktives Umfeld aus ($M = 4,4$)¹⁴⁵, das aus Sicht der Koordinator*innen gerade in Kommunen der alten Bundesländer die bundesweit höchsten Grade der Aktivität und Vernetzung des demokratischen Engagements aufweist ($M = 4,6$)¹⁴⁶. Auch wenn sich aus den qualitativen Befragungen durchaus ein Wandel der politischen Teilhabe und teilweise auch Nachwuchsprobleme im Bereich demokratischer Arbeit nachzeichnen lassen, so erreichen diese Förderregionen nach Angaben der Partnerschaftsvertreter*innen eine hohe, im Vergleich die höchste, durchschnittliche Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen ($M = 3,9$). In Kommunen der alten Bundesländer gelingt die Mobilisierung sogar noch besser ($M = 4,2$).¹⁴⁷ Dementsprechend wird – etwa im Vergleich zum Typus der stark betroffenen Regionen mit aktiver Gegenwehr des demokratisch-weltoffenen Spektrums – auch der Verdruss über Politik und politische Akteur*innen in der lokalen Bevölkerung geringer eingeschätzt und kann nur bei einem Fünftel der Partnerschaften als ein wiederholt auftretendes Problem beschrieben werden (20 %, 14).¹⁴⁸

Manifeste und kohärente Gegenreaktionen auf antidemokratische Tendenzen

Die Stärke der lokalen Zivilgesellschaft manifestiert sich nach Angaben der Koordinator*innen aber besonders im Hinblick auf die Reaktionsfähigkeit gegenüber den, wenn auch eher selten vorkommenden antidemokratischen und menschenfeindlichen Übergriffen. In einem Großteil der hier zusammengefassten Förderregionen erfolgen auf diese Vorfälle öffentlich wahrnehmbare Gegenreaktionen (84 %, 58).¹⁴⁹ Darin spiegelt sich zugleich die aufmerksam-kritische Haltung der dortigen politischen Kultur wieder, in der Opfer von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen besonders oft Formen solidarischer Unterstützung erfahren (87 %, 60).¹⁵⁰ So verweisen die Koordinator*innen der hier vorgestellten Förderregionen auffallend häufig auf eine sensibilisierte Zivilgesellschaft vor Ort, die insbesondere eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Vorfälle, also eine proaktive Reflexion, vornimmt (96 %, 66).¹⁵¹ Im Vergleich etwa zu den Regionen mit manifestem Problemdruck ohne Fundament des demokratischen Engagements lässt sich daraus ein wesentlich höheres Engagement im zivilgesellschaftlichen Umgang mit antidemokratischen Übergriffen vor Ort ableiten, das auch die Arbeit der Partnerschaften und ihre demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten prägt.

145 Vgl. Tabelle 48 im Anhang.

146 Vgl. Tabelle 49 im Anhang.

147 Vgl. Tabelle 50 im Anhang.

148 Vgl. Tabelle 44 im Anhang.

149 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

150 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

151 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

Besondere Bündnisse zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Akteur*innen

Förderregionen des hier beschriebenen Typus zeichnet aus, dass antidemokratische Bestrebungen dabei nicht nur öffentlich thematisiert werden, sondern auch eine gemeinsame, praktische Bearbeitung durch die Akteur*innen und Institutionen auf lokaler Ebene erfahren. Aus Sicht der Koordinator*innen zeigt sich in weiten Teilen der Förderregionen eine überparteiliche Geschlossenheit des demokratischen Spektrums im Umgang mit antidemokratischen und menschenfeindlichen Vorfällen (80 %, 55).¹⁵² Auch hier sind die Unterschiede zu den übrigen Förderregionen beträchtlich. Dieses breite und geschlossene Engagement politischer Kräfte schlägt sich zudem in der Informiertheit (93 %, 64) bzw. der Kompetenz (86 %, 59) von Politik und örtlicher Verwaltung gegenüber antidemokratischen Tendenzen oder Vorfällen nieder, die von den Vertreter*innen der Partnerschaften nahezu durchgehend positiv bewertet werden.¹⁵³

Partnerschaften der bezeichneten Förderregionen verorten sich somit in Kontexten, die von einem starken demokratischen Engagement und zugleich einer breiten Sensibilität politischer Akteur*innen gegenüber antidemokratischen Bestrebungen gekennzeichnet sind. Dieser Einsatz findet seinen Niederschlag auch in der besonders häufigen Einbindung deutungsmächtiger Akteur*innen aus dem Bereich der Politik, etwa Bürgermeister*innen, in die Strukturen der Partnerschaften dieser Förderregionen (71 %, 49).¹⁵⁴

„Die Koordinierungsstelle – das ist eine Besonderheit in XXX [Name der Stadt] – ist direkt angesiedelt im Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates, also sehr weit oben.“ (BLInt b3_10)

Engagement von Sicherheitsbehörden im Umgang mit demokratiefeindlichen Akteur*innen und Strukturen

Die feste Verankerung der präventiven Arbeit auch in staatlich-behördlichen Strukturen, die mit der Zivilgesellschaft vor Ort eng verbunden sind, verdeutlicht auch die große Anzahl von Koordinator*innen, die für ihre Förderregion von einer guten Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden im Umgang mit antidemokratischen Vorfällen berichten (93 %, 64).¹⁵⁵ Mehr als in den anderen Förderregionen und immerhin in weit mehr als der Hälfte der Standorte (67 %, 46) werden aus Sicht der Koordinierungs- und Fachstellen menschenfeindliche und antidemokratische Straf- und Gewalttaten ebenfalls konsequent durch die dortigen Sicherheitsbehörden verfolgt.¹⁵⁶

„Also ich weiß, dass die Zusammenarbeit mit der Polizei insgesamt gut ist, dass wir auch ein sehr wohlwollenden Polizeipräsidenten haben, der auch den Repressionsdruck auf die Rechten einfach sehr hoch hält und ich sage mal, der da auch Bock drauf hat. Der das auch gerne macht, das ist ja auch nicht immer so selbstverständlich.“ (BLInt b3_122)

152 Vgl. ebd.

153 Vgl. ebd.

154 Vgl. Tabelle 65 im Anhang.

155 Vgl. Tabelle 36 im Anhang.

156 Vgl. ebd.

Die aktuell ruhige Lage ist Ergebnis des demokratischen Engagements einer breit verankerten Zivilgesellschaft

Dabei zeigt sich in den Angaben der quantitativen Befragung, aber besonders im qualitativen Sample, dass das aktuell geringe Maß an antidemokratischen Vorfällen und Bedrohungen auch auf das breite Engagement vor Ort zurückzuführen ist. Menschenfeindliche, antidemokratische oder rechtsextreme Umtriebe können hier kaum Raumgewinne und öffentliche Aufmerksamkeit erzielen und wenn doch, dann erfahren sie starke zivilgesellschaftliche und politische Gegenreaktionen sowie mehrheitlich eine Bearbeitung durch örtliche Sicherheitsbehörden.

„Und genau das macht eben diese Qualität aus, dieses enge Netz an zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sozusagen unterstützt werden von diesen hauptamtlichen Strukturen, die eben so einen engmaschigen, engmaschiges Netz bilden, dass es wirklich nicht ganz einfach zu sein scheint für antidemokratische Kräfte, hier sozusagen in die Stadtgesellschaft hineinzukommen.“ (BLInt b1_46)

Sensibilität und Strukturen der demokratischen Gegenwehr müssen gewahrt und gepflegt werden

In den qualitativen Interviews wird jedoch zugleich betont, dass es – auch vor dem Hintergrund der antidemokratischen und rechteextremen Bewegungen in der Vergangenheit und der etwaigen Zukunft solcher Bestrebungen – auf eine konsequente Sensibilisierung und Weiterführung der präventiven Arbeit ankommt, für die gleichwohl die Strukturen vor Ort gute Voraussetzungen bieten.

„Auch dass eben keine mobilisierungsfähigen oder größer auftretenden rechtsextremen Strukturen vorhanden sind, ist ein wesentlicher Erfolg. Ja, die Engagement-Strukturen bleiben, um genau das abzusichern. Genau, weil sonst wird man da sozusagen eine Erosion eigentlich beobachten können.“ (BLInt b1_46)

In diesem Sinne ist auch ein Großteil der Partnerschaften in den hier zusammengefassten Förderregionen ein eingebundenes Teil in den proaktiven „Engagement-Strukturen“ vor Ort und verortet sich damit im eng geknüpften Netzwerk lokaler zivilgesellschaftlicher und politischer Akteur*innen. Diese Vernetzung innerhalb eines breiten Bündnisses schlägt sich auch in der guten Kenntnis der Lage vor Ort nieder, die die Koordinator*innen dieser Partnerschaften auffällig gut beurteilen können.¹⁵⁷

Vor dem Hintergrund dieser zivilgesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der Förderregionen erschließt sich auch der inhaltlich-konzeptionelle Fokus, den die Partnerschaften mehrheitlich wählen. Decken sich die inhaltlichen Schwerpunkte, die auf langfristigen Themen der Demokratieförderung und der eher akuten Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus liegen, mit den skizzierten Handlungsbedarfen, die sich den bezeichneten Förderregionen vor Ort stellen, so adressieren die Partnerschaften in den betreffenden Förderregionen

¹⁵⁷ Im Vergleich können die Vertreter*innen dieser Partnerschaften sowohl das zivilgesellschaftliche Umfeld als auch die aktuelle Lage hinsichtlich antidemokratischer Vorfälle und Tendenzen sehr gut einschätzen und geben auffällig selten an, bestimmte Fragen in quantitativen Erhebung nicht beurteilen zu können (knb-Anteil von durchschnittlich nur 5% der Partnerschaften). Vgl. Tabellen 35 und 36 im Anhang.

neben den tradierten Hauptzielgruppen der breiten Bevölkerung und den Jugendlichen gerade im Vergleich auffallend oft staatliche Akteur*innen (41 %, 28).¹⁵⁸ Auch hier spiegelt sich letztlich jene oben bereits angezeigte starke Einbindung und demokratisch-weltoffene Positionierung von politischen Personen, die zugleich für die Zukunft auch durch die Arbeit der Partnerschaften vor Ort sensibilisiert und ihr politisches Engagement gegen antidemokratische Tendenzen weiterhin gesichert werden soll.

Es handelt sich somit zusammengekommen um Förderregionen, die eine breit verankerte, in der demokratischen Abwehr antidemokratischer und menschenfeindlicher Bestrebungen geschulte und erfolgreiche Zivilgesellschaft vorweisen können, die gleichwohl sensibilisiert ist für etwaige zukünftige Vorkommnisse und Aktivitäten rechter Akteur*innen. Die geringen Vorfälle demokratiefeindlicher Bedrohungen und auch die als wenig bedrohlich wahrgenommene Situation vor Ort verdankt sich letztlich einem langwährenden und zugleich übergreifenden Engagement vor Ort, dessen Strukturen und Akteur*innen zugleich gewahrt und gepflegt werden müssen, um antidemokratischen Tendenzen frühzeitig und effektiv entgegenzutreten zu können. Die Voraussetzungen für ein solches zukünftiges Engagement sind in diesen Förderregionen gerade auch im Vergleich zu den übrigen Regionen deutlich gegeben.

158 Vgl. Tabellen 54 und 64 im Anhang.

4 Fazit

Die Gesamtschau der vorgestellten Ergebnisse macht deutlich, dass die Gefährdungen durch demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen weiterhin gegeben sind. Nach wie vor und in Teilen auch deutlicher als zuvor zeigen sich in den Förderregionen der Partnerschaften klar umrissene Auszüge antidemokratischer Realitäten. Das Spektrum reicht von gezielten Bemühungen, die zivilgesellschaftlichen Ressourcen des demokratisch-weltoffenen Engagements durch die Einschränkung ihrer Handlungskapazitäten zu beschädigen, bis hin zu direkten Vorfällen (Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen) gegenüber demokratischen Akteur*innen. Mit der Corona-Pandemie haben sich diese Entwicklungen dynamisiert und zu neuen Konstellationen von Akteur*innen und Themen geführt, welche die lokale Demokratiearbeit der Partnerschaften vor neue Herausforderungen stellen.

Gleichzeitig verdeutlichen die Befunde, dass von einer flächendeckenden Normalisierung antidemokratischer Bestrebungen in den Förderregionen nicht gesprochen werden kann. Vielmehr zeigt sich aus Sicht der Koordinator*innen vor Ort, dass demokratisch-weltoffene Akteur*innen und eine engagierte Zivilgesellschaft demokratie- und menschenfeindlichen Tendenzen und Vorfällen vielerorts konsequent entgegentreten. Es gelingt dabei auf lokaler Ebene in Teilen nicht nur, mit antidemokratischen Gefährdungen effektiv umzugehen, sondern diese mitunter auch durch das demokratische Engagement vor Ort einzuhegen. Trotz dieser bereits bestehenden Ressourcen verdeutlicht das weiterhin hohe Niveau antidemokratischer Bestrebungen die Notwendigkeit, das Engagement für Demokratie und Vielfalt zu stärken und die demokratische Widerstandsfähigkeit vor Ort zu fördern.

Ein differenzierter Blick in die lokalen Kontexte der Partnerschaften lässt erkennen, dass zwischen den Förderregionen sowohl hinsichtlich der Betroffenheit von als auch bezüglich des zivilgesellschaftlichen Umgangs mit antidemokratischen Bestrebungen große Unterschiede bestehen. Als flexible und kontextsensible Instrumente der kommunalen Demokratiestärkung konzipiert, sind Partnerschaften diesen divergierenden Umweltbedingungen durchaus gewachsen. Gleichwohl stellen sich dort, wo nur bedingt vorhandene zivilgesellschaftliche Ressourcen, eine eher passive Bürgerschaft und mangelnde Unterstützung aus Politik und Verwaltung mit ausgeprägten Aktivitäten antidemokratischer Akteur*innen zusammentreffen, besondere Herausforderungen. Sie machen spezifische Formen der Unterstützung nötig, um die demokratische Widerstandsfähigkeit vor Ort angemessen (fort-)entwickeln zu können.

5 Anhang

5.1 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Wahrgenommene Situation der Anfeindung und Bedrohung für mindestens eine Gruppe von Akteur*innen in der Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	54
Tabelle 2:	Wahrgenommene Anzahl von Gruppen von Akteur*innen in der Förderregion, die von Anfeindung und Bedrohung betroffen waren, im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	54
Tabelle 3:	Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	55
Tabelle 4:	Kontexte, in denen Tathandlungen bzw. Straftaten gegen Bürgermeister*innen oder Landrät*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 ausgeübt wurden	56
Tabelle 5:	Tathandlungen bzw. Straftaten gegen Bürgermeister*innen oder Landrät*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	56
Tabelle 6:	Kontexte, in denen Tathandlungen bzw. Straftaten gegen Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 ausgeübt wurden	57
Tabelle 7:	Tathandlungen bzw. Straftaten gegen Mitarbeiter*innen von Koordinierungs- und Fachstellen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	57
Tabelle 8:	Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffen wurden im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	58
Tabelle 9:	Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (alte Bundesländer)	59
Tabelle 10:	Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (neue Bundesländer)	60
Tabelle 11:	Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Berlin)	61
Tabelle 12:	Einschätzung der Koordinator*innen zu aktiven menschen- und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	62

Tabelle 13:	Einschätzung der Koordinator*innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	63
Tabelle 14:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	64
Tabelle 15:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur*innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	65
Tabelle 16:	Einschätzung der Koordinator*innen zu aktiven demokratiefreundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	66
Tabelle 17:	Einschätzung der Koordinator*innen zur Zusammenarbeit mit professionalisierten Beratungsangeboten für den Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	66
Tabelle 18:	Einschätzung der Koordinator*innen zur Zusammenarbeit mit professionalisierten Beratungsangeboten aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	67
Tabelle 19:	Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	67
Tabelle 20:	Einschätzung der Koordinator*innen zur Einschränkung der Arbeit der Partnerschaft durch Einflussnahmen und Versuche zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	67
Tabelle 21:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Vorkommnissen/Aktionen, die die Handlungsräume der Partnerschaften für Demokratie einschränken im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	68
Tabelle 22:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Vorkommnissen/Aktionen, die die Handlungsräume der Partnerschaften für Demokratie einschränken im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 nach Kategorien von Shrinking Spaces	68
Tabelle 23:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Vorkommnissen/Aktionen, die die Handlungsräume der Partnerschaften für Demokratie einschränken im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach regionaler Verortung	69
Tabelle 24:	Einschätzung der Koordinator*innen zur Einschränkung der Arbeit der Partnerschaft durch Einflussnahmen und Versuche zur Einschränkung	

	zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach regionaler Verortung	69
Tabelle 25:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Maßnahmen und Anpassungen in Reaktion auf oder in Erwartung von Versuchen der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	70
Tabelle 26:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Maßnahmen und Anpassungen in Reaktion auf oder in Erwartung von Versuchen der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach regionaler Verortung	70
Tabelle 27:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	71
Tabelle 28:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion für den Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	72
Tabelle 29:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 1)	73
Tabelle 30:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion für den Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 1)	74
Tabelle 31:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 2)	75
Tabelle 32:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion für den Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 2)	76
Tabelle 33:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 3)	77
Tabelle 34:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion für den Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 3)	78
Tabelle 35:	Einschätzung der Koordinator*innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 4)	79

Tabelle 36: Einschätzung der Koordinator*innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion für den Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 4)	80
Tabelle 37: Regionale Verortung differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	81
Tabelle 38: Gebietskulisse differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	81
Tabelle 39: Förderkulisse differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	81
Tabelle 40: Gebietsgröße differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	82
Tabelle 41: Förderdauer differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	82
Tabelle 42: Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	83
Tabelle 43: Einschätzung der Koordinator*innen zu aktiven menschen- und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	85
Tabelle 44: Einschätzung der Koordinator*innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	87
Tabelle 45: Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	88
Tabelle 46: Einschätzung der Koordinator*innen zur Aktivität von demokratisch und weltoffenen Akteur*innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	89
Tabelle 47: Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur*innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	91
Tabelle 48: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	92
Tabelle 49: Aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen differenziert nach Förderkulisse und Idealtypen kommunaler Verfasstheit	92
Tabelle 50: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit und Gebietskulisse	93

Tabelle 51:	Engagement des Begleitausschusses in Aufgabenbereichen differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	94
Tabelle 52:	Arbeitsschwerpunkte differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	95
Tabelle 53:	Handlungsbedarfe differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	96
Tabelle 54:	Zielgruppen differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	96
Tabelle 55:	Unterstützungsbedarfe differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	97
Tabelle 56:	Fachliche Anerkennung der Koordinierungs- und Fachstelle in der Förderregion differenziert nach kommunaler Verfasstheit	98
Tabelle 57:	Sicherstellung der Thematisierung aktueller gesellschaftlicher Themen bei Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	98
Tabelle 58:	Netzwerkqualität differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	98
Tabelle 59:	Wahrnehmung von Coaching Angeboten differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	99
Tabelle 60:	Kooperation mit (Programm)Akteur*innen differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	99
Tabelle 61:	Gründe für Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle bei aktuellem Träger differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	100
Tabelle 62:	Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit.	101
Tabelle 63:	Einschätzung des vorhandenen Stellenvolumens der externen Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	101
Tabelle 64:	Hauptzielgruppe der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit	102
Tabelle 65:	Deutungsmächtige Akteur*innen, die zur Unterstützung bzw. Mitarbeit in den Partnerschaften für Demokratie gewonnen wurden differenziert nach Idealtypen der kommunalen Verfasstheit	103

5.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	8
Abbildung 2: Einschätzung der Koordinator*innen zu aktiven menschen- und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	11
Abbildung 3: Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteure in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020	17
Abbildung 4: (Vermeintlich) Friedliche Nebenschauplätze gesellschaftspolitischer Konfliktlinien – Ausgewählte Merkmale von Typ 1	22
Abbildung 5: Problemgebiete ohne regional verankertes Fundament eines demokratisch-weltoffenen Engagements – Ausgewählte Merkmale von Typ 2	23
Abbildung 6: Stark antidemokratisch betroffene Regionen mit aktiver Gegenwehr des demokratisch-weltoffenen Spektrums – Ausgewählte Merkmale von Typ 3	24
Abbildung 7: Demokratische Widerstandsfähigkeit in Gebieten mit (weitgehend) eingeebten Problemlagen – Ausgewählte Merkmale von Typ 4	25

5.3 Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung (2020): Wissen, was wirklich gespielt wird....Krise, Corona und Verschwörungserzählungen. Berlin.
- Becker, Rainer/Bohn, Irina/Dürr, Tina (2019): Editorial. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis 4 (1), S. 5-8.
- Bohn, Irina (2019): Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis 4 (1), S. 86-101.
- Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (2020): Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie. Berlin.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen.
- Deutschlandfunk (2020): Sendung vom 20.5.2020: Corona-Demonstrationen: Positionen und Protagonisten. <https://www.deutschlandfunk.de/covid-19-pandemie-corona-demonstrationen-positionen-und.2897.de.html> (letzter Zugriff: 12.11.2020).
- Hayes, Ben/Barat, Frank/Geuskens, Isabelle/Buxton, Nick/Dove, Fiona/Martone, Francesco/Twomey, Hannah/Karaman, Semanur (2017): On “Shrinking Space”. A Framing Paper. Transnational In-

- stitute, Amsterdam. https://www.tni.org/files/publication-downloads/on_shrinking_space_2.pdf (Letzter Zugriff 24.11.2020).
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II. Berlin.
- ISS-Frankfurt a. M. (2020): (Neu)Start in Zeiten der Corona-Pandemie: Strukturdatenband zum Berichtszeitraum 01.01.2020 - 31.12.2020 der wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“
- ISS-Frankfurt a. M./Camino (2019): Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 – 31.12.2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben!“.
- ISS-Frankfurt a. M. (2019): Umgang mit dem Phänomen der Shrinking Spaces in den Partnerschaften für Demokratie. Handreichung.
- ISS-Frankfurt a. M./Camino (2016): Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2016 – 31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“
- Schließler, Clara/Hellweg, Nele/Decker, Oliver (2020): Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen, S. 283-308.
- Trips-Hebert, Roman (2012): Aktueller Begriff. Hasskriminalität. <https://www.bundestag.de/resource/blob/192374/0d97067cfb4091dd3ccadcb87a1470c/hasskriminalitaet-data.pdf> (Letzter Zugriff: 19.11.2020).
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): Zerreißproben und Normalitätsverluste der Gesellschaft – eine Hinführung zur Mitte-Studie. In: Dies. (Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn, S. 15-39.

5.4 Tabellen

Tabelle 1: Wahrgenommene Situation der Anfeindung und Bedrohung für mindestens eine Gruppe von Akteur*innen in der Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Absolut	In Prozent
Ja	245	82 %
Nein	6	2 %
Kann ich nicht beurteilen	49	16 %
Gesamt	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300). Unter den „Ja“-Angaben finden sich diejenigen Befragten, die für mindestens eine Gruppe von Akteur*innen eine Situation der Anfeindung und Bedrohung zurückmeldeten. Die „Nein“-Angaben umfassen die Befragten, die für alle Akteursgruppen explizit angeben, dass es keine Situation der Anfeindung und Bedrohung gab. Die „Kann ich nicht beurteilen“-Angaben enthalten somit jene Befragten, die mindestens für eine Akteursgruppe „Kann ich nicht beurteilen“ angegeben haben, aber für keine andere Akteursgruppe eine Situation der Anfeindung und Bedrohung benannten.

Tabelle 2: Wahrgenommene Anzahl von Gruppen von Akteur*innen in der Förderregion, die von Anfeindung und Bedrohung betroffen waren, im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

Anzahl betroffener Gruppen von Akteur*innen	Absolut	In Prozent
1	45	18 %
2	64	26 %
3	51	21 %
4	47	19 %
5	36	15 %
6	2	1 %
Gesamt	245	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 245), die für mindestens eine Gruppe von Akteur*innen eine Situation der Anfeindung und Bedrohung zurückmeldeten.

Tabelle 3: Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

Im Befragungszeitraum wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen:	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Bürgermeister*innen oder Landrät*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	13	4 %	70	23 %	101	34 %	116	39 %
Mitarbeiter*innen der Verwaltung, Gemeindevertreter*innen bzw. Politiker*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	17	6 %	102	34 %	70	23 %	111	37 %
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	51	17 %	136	45 %	31	10 %	82	27 %
Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstelle aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	3	1 %	34	11 %	235	78 %	28	9 %
Vertreter*innen der Medien.	14	5 %	48	16 %	56	19 %	182	61 %
Menschen wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten).	108	36 %	110	37 %	10	3 %	72	24 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Tabelle 4: Kontexte, in denen Tathandlungen bzw. Straftaten gegen Bürgermeister*innen oder Landrät*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 ausgeübt wurden

	Absolut	In Prozent
Bei öffentlichen Veranstaltungen	24	29 %
Bei dienstlichen Tätigkeiten/in den Diensträumen	14	17 %
Im digitalen Raum/Internet (Kommentare oder Nachrichten in sozialen Medien, Kommentare in Onlinemedien)	69	83 %
Bei privaten Tätigkeiten/zuhause	8	10 %
Sonstige	1	1 %
Kann ich nicht beurteilen	11	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, in deren Partnerschaft Bürgermeister*innen oder Landrät*innen Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden (n = 83). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 5: Tathandlungen bzw. Straftaten gegen Bürgermeister*innen oder Landrät*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Straftaten gegen die Ehre (Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung)	51	61 %	9	11 %	23	28 %
Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung (z. B. Drohanrufe, E-Mails oder im persönlichen Kontakt)	45	54 %	8	10 %	30	36 %
Körperverletzung	0	0 %	53	64 %	30	36 %
Sachbeschädigung von Privateigentum	11	13 %	35	42 %	37	45 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, in deren Partnerschaft Bürgermeister*innen oder Landrät*innen Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden (n = 83).

Tabelle 6: Kontexte, in denen Tathandlungen bzw. Straftaten gegen Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 ausgeübt wurden

	Absolut	In Prozent
Bei öffentlichen Veranstaltungen	15	41 %
Bei dienstlichen Tätigkeiten/in den Diensträumen	6	16 %
Im digitalen Raum/Internet (Kommentare oder Nachrichten in sozialen Medien, Kommentare in Onlinemedien)	27	73 %
Bei privaten Tätigkeiten/zuhause	3	8 %
Sonstige	6	16 %
Kann ich nicht beurteilen	2	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, in deren Partnerschaft Mitarbeiter*innen von Koordinierungs- und Fachstellen Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden (n = 37). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 7: Tathandlungen bzw. Straftaten gegen Mitarbeiter*innen von Koordinierungs- und Fachstellen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Straftaten gegen die Ehre (Beleidigung, Üble Nachrede, Verleumdung)	24	65 %	9	24 %	4	11 %
Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung (z. B. Drohanrufe, E-Mails oder im persönlichen Kontakt)	16	43 %	18	49 %	3	8 %
Körperverletzung	0	0 %	35	95 %	2	5 %
Sachbeschädigung von Privateigentum	0	0 %	35	95 %	2	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, in deren Partnerschaft Mitarbeiter*innen von Koordinierungs- und Fachstellen Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden (n = 37).

Tabelle 8: Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffen wurden im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Menschen wurden Opfer von antisemitisch motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen	36	17 %	92	42 %	21	10 %	69	32 %
Menschen wurden Opfer von anti-asiatisch motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen	23	11 %	44	20 %	27	12 %	124	57 %
Menschen wurden Opfer von zuwanderungs- bzw. geflüchtetenfeindlich motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen	98	45 %	109	50 %	3	1 %	8	4 %
Menschen wurden Opfer von islam- bzw. muslimfeindlich motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen	81	37 %	107	49 %	7	3 %	23	11 %
Menschen wurden Opfer von jugendkulturell motivierten Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen. (z. B. Pfadfinder*innen, Punks, Skater*innen)	18	8 %	53	24 %	41	19 %	106	49 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, in deren Partnerschaft Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden (n = 218).

Tabelle 9: Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (alte Bundesländer)

Im Befragungszeitraum wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen:	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Bürgermeister*innen oder Landrät*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	8	4 %	36	20 %	65	36 %	73	40 %
Mitarbeiter*innen der Verwaltung, Gemeindevertreter*innen bzw. Politiker*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	12	7 %	54	30 %	44	24 %	72	40 %
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	21	12 %	88	48 %	17	9 %	56	31 %
Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstelle aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	2	1 %	18	10 %	142	78 %	20	11 %
Vertreter*innen der Medien.	10	6 %	25	14 %	37	20 %	110	60 %
Menschen wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten).	53	29 %	75	41 %	4	2 %	50	28 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 aus den alten Bundesländern (N = 182).

Tabelle 10: Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (neue Bundesländer)

Im Befragungszeitraum wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen:	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Bürgermeister*innen oder Landrät*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	4	4 %	29	28 %	33	32 %	36	35 %
Mitarbeiter*innen der Verwaltung, Gemeindevertreter*innen bzw. Politiker*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	4	4 %	42	41 %	25	25 %	31	30 %
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	23	23 %	43	42 %	12	12 %	24	24 %
Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstelle aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	1	1 %	13	13 %	80	78 %	8	8 %
Vertreter*innen der Medien.	4	4 %	20	20 %	18	18 %	60	59 %
Menschen wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten).	41	40 %	34	33 %	6	6 %	21	21 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 aus den neuen Bundesländern (N = 102).

Tabelle 11: Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Berlin)

Im Befragungszeitraum wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen:	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Bürgermeister*innen oder Landrät*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	1	6 %	5	31 %	3	19 %	7	44 %
Mitarbeiter*innen der Verwaltung, Gemeindevertreter*innen bzw. Politiker*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	1	6 %	6	38 %	1	6 %	8	50 %
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	7	44 %	5	31 %	2	13 %	2	13 %
Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstelle aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	0	0 %	3	19 %	13	81 %	0	0 %
Vertreter*innen der Medien.	0	0 %	3	19 %	1	6 %	12	75 %
Menschen wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z. B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten).	14	88 %	1	6 %	0	0 %	1	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 in Berlin (N = 16).

Tabelle 12: Einschätzung der Koordinator*innen zu aktiven menschen- und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	61	20 %	96	32 %	92	31 %	51	17 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	84	28 %	143	48 %	43	14 %	30	10 %
Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“)	4	1 %	34	11 %	183	61 %	79	26 %
Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen)	3	1 %	36	12 %	161	54 %	100	33 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger*innen“ bzw. „Wutbürger*innen“)	117	39 %	118	39 %	15	5 %	50	17 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	28	9 %	76	25 %	88	29 %	108	36 %
Neue Koalitionen und Kooperationen von bisher getrennt auftretenden Gruppen des populistischen, rechtsaffinen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Spektrums im Kontext der Corona-Krise	74	25 %	99	33 %	45	15 %	82	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Tabelle 13: Einschätzung der Koordinator*innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Politiker- und Parteienverdrossenheit	113	38 %	109	36 %	34	11 %	44	15 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	92	31 %	100	33 %	48	16 %	60	20 %
Fremdenfeindlichkeit	115	38 %	118	39 %	26	9 %	41	14 %
Antisemitismus	53	18 %	110	37 %	60	20 %	77	26 %
Islamischer Fundamentalismus	13	4 %	44	15 %	120	40 %	123	41 %
Antifeminismus	41	14 %	73	24 %	81	27 %	105	35 %
Heterosexismus	36	12 %	72	24 %	79	26 %	113	38 %
Verschwörungstheorien	122	41 %	113	38 %	20	7 %	45	15 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Tabelle 14: Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie	3	1 %	24	8 %	248	83 %	25	8 %
Demonstrationen und Protestkundgebungen	79	26 %	107	36 %	88	29 %	26	9 %
Wortergreifung bei und Störung von Veranstaltungen	9	3 %	73	24 %	139	46 %	79	26 %
Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z. B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume)	107	36 %	123	41 %	38	13 %	32	11 %
Zusammenschluss zu wandlungskritischer Akteur*innen in Aktionsgruppen und/oder Bürgerinitiativen	27	9 %	70	23 %	109	36 %	94	31 %
Aktionen im Kontext der Corona-Krise mit aktiver Beteiligung rechtspopulistischer und/oder rechtsextremer Akteur*innen (z. B. im Zusammenhang mit Corona-Spaziergängen, Hygiene-Demos)	79	26 %	94	31 %	75	25 %	52	17 %
Hate Speech im Netz mit lokal Bezug nehmender Agitation (z. B. Hasskommentare, Abwertung von Personen(gruppen), Aufrufe zu Gewalt)	125	42 %	103	34 %	16	5 %	56	19 %
Einschlägige Freizeitveranstaltungen und Angebote (z. B. Konzerte, Feste)	13	4 %	52	17 %	140	47 %	95	32 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Tabelle 15: Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur*innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Gezielte Information und Aufklärung von Bürger*innen (z. B. Veranstaltungen, Vorträge, Informationsbroschüren)	189	63 %	89	30 %	12	4 %	10	3 %
Bildungsangebote zur Erhöhung der Handlungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen (z. B. Argumentationstraining, Einübung von Zivilcourage)	141	47 %	117	39 %	28	9 %	14	5 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (z. B. Einrichtung von Telefonketten, Entwicklung von Reaktionsschemata bei Vorfällen)	20	7 %	74	25 %	112	37 %	94	31 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit bei Versuchen der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume („Shrinking Spaces“)	14	5 %	58	19 %	145	48 %	83	28 %
Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt	106	35 %	117	39 %	62	21 %	15	5 %
Moderierte Diskurse bzw. Diskussionsveranstaltungen zu polarisierenden Themenstellungen (z. B. Bürgerdialoge)	73	24 %	138	46 %	66	22 %	23	8 %
Gezielte Gegenrede bzw. Counter Speech gegen Hass im Netz	44	15 %	110	37 %	73	24 %	73	24 %
Antirassistische und Teilhabe sichernde Maßnahmen (z. B. interkulturelle Seminare und Begegnungen, Werkstätten)	116	39 %	130	43 %	24	8 %	30	10 %
Proaktive Maßnahmen zum Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen durch Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	26	9 %	67	22 %	86	29 %	121	40 %
Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit von professionellen Angeboten für Betroffene demokratie- und menschenfeindlicher Übergriffe	69	23 %	127	42 %	55	18 %	49	16 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Tabelle 16: Einschätzung der Koordinator*innen zu aktiven demokratiefreundlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse	197	66 %	78	26 %	11	4 %	14	5 %
Integrationsfördernde Migrant*innencommunities und/oder -netzwerke (z. B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine)	174	58 %	77	26 %	29	10 %	20	7 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant*innen(selbst)organisationen	119	40 %	80	27 %	60	20 %	41	14 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende Partei-Vertreter*innen des gesamten politischen Spektrums	135	45 %	115	38 %	19	6 %	31	10 %
Für Demokratie und Vielfalt einstehende deutungsmächtige Akteur*innen aus Kultur und/oder Wirtschaft	99	33 %	125	42 %	31	10 %	45	15 %
Faktenorientiert und themenkompetent arbeitende Medienvertreter*innen	80	27 %	97	32 %	44	15 %	79	26 %
Vielfältige jugendkulturelle Szenen (z. B. Pfadfinder, Punks, Skater)	89	30 %	99	33 %	49	16 %	63	21 %
Themenkompetente und engagierte Akteur*innen aus Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden	85	28 %	121	40 %	37	12 %	57	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Tabelle 17: Einschätzung der Koordinator*innen zur Zusammenarbeit mit professionalisierten Beratungsangeboten für den Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus	158	53 %	125	42 %	17	6 %
Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Opferberatung)	81	27 %	196	65 %	23	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Tabelle 18: Einschätzung der Koordinator*innen zur Zusammenarbeit mit professionalisierten Beratungsangeboten aufgrund von demokratie- und menschenfeindlichen Handlungen bzw. Übergriffen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus	146	60 %	92	38 %	7	3 %
Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Opferberatung)	76	31 %	158	65 %	11	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 245), die von Situation(en) der Anfeindung und Bedrohung berichten.

Tabelle 19: Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Alte Bundesländer	12	7 %	153	84 %	17	9 %
Neue Bundesländer	13	13 %	84	82 %	5	5 %
Berlin	2	13 %	11	69 %	3	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Tabelle 20: Einschätzung der Koordinator*innen zur Einschränkung der Arbeit der Partnerschaft durch Einflussnahmen und Versuche zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Absolut	In Prozent
Stimme gar nicht zu	123	41 %
Stimme eher nicht zu	114	38 %
Teils/teils	30	10 %
Stimme eher zu	14	5 %
Stimme voll zu	5	2 %
Kann ich nicht beurteilen	14	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Tabelle 21: Einschätzung der Koordinator*innen zu Vorkommnissen/Aktionen, die die Handlungsräume der Partnerschaften für Demokratie einschränken im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Absolut	In Prozent
Kommunale Parlamentsanfragen, die die Arbeit der Partnerschaft als Ganzes oder von Projekten in (sachlich unangemessenen) Rechtfertigungszwang bringen	70	23 %
Diskreditierung/Unterstellung unlauterer Absichten hinsichtlich der Arbeit der Partnerschaft oder von Projekten	55	18 %
Öffentlich formulierte pauschale Aufforderung, die Finanzierung der Partnerschaft als Ganzes oder von Projekten einzustellen	47	16 %
Vorwurf der ideologischen Einflussnahme bzw. des Verstoßes gegen das Neutralitätsgebot an Schulen oder öffentlich geförderten Einrichtungen	38	13 %
Verbreitung von gezielten Falschaussagen bzw. Gerüchten zur Arbeit der Partnerschaft bzw. von Projekten	34	11 %
Wortergreifung zur Relativierung/Aufrechnung von Themen, die von der Partnerschaft bzw. von Projekten öffentlich thematisiert werden (z. B. Gedenken an Opfer rechter Gewalt mit Hinweisen auf Straftaten anderer Bevölkerungsgruppen)	25	8 %
Aufforderung zur Überprüfung der Gemeinnützigkeit von Trägern	19	6 %
Anlassunabhängige Aufforderung zur Überprüfung des gesetzeskonformen Verhaltens von Mitarbeiter*innen der Partnerschaft bzw. von Projekten	15	5 %
Ausspähen und Veröffentlichung von Daten zur Partnerschaft bzw. Projekten und/oder Mitarbeiter*innen (Fotografieren bei Veranstaltungen, Veröffentlichung von Adressen bzw. persönlicher Daten etc.)	15	5 %
Konflikte bezüglich der Zusammensetzung des Begleitausschusses aufgrund der Präsenz einzelner politischer Parteien im Begleitausschuss	14	5 %
(Öffentliche) Aufforderung, Veranstaltungen der Partnerschaft/von Projekten fernzubleiben bzw. zu boykottieren	8	3 %
Veranstaltungen oder Projekte wurden aufgrund von Einschüchterungsversuchen oder Bedrohungen abgesagt	4	1 %
Sonstiges	7	2 %
Nein	138	46 %
Kann ich nicht beurteilen	28	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Nein“ oder „Kann ich nicht beurteilen“

Tabelle 22: Einschätzung der Koordinator*innen zu Vorkommnissen/Aktionen, die die Handlungsräume der Partnerschaften für Demokratie einschränken im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 nach Kategorien von Shrinking Spaces

	Absolut	In Prozent
Kontrollansinnen	77	57 %
Behinderung	59	44 %
Delegitimierung	72	54 %
Diffamierung	55	41 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 134), die Vorkommnisse/Aktionen zur Einschränkung der Handlungsräume einer Partnerschaft nannten.

Tabelle 23: Einschätzung der Koordinator*innen zu Vorkommnissen/Aktionen, die die Handlungsräume der Partnerschaften für Demokratie einschränken im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach regionaler Verortung

		Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Berlin	Gesamt
Von weniger als drei unterschiedlichen Vorkommnissen der Einschränkung betroffen	Absolut	167	76	6	249
	In Prozent	92 %	75 %	38 %	83 %
Von mindestens drei unterschiedlichen Vorkommnissen der Einschränkung betroffen	Absolut	15	26	10	51
	In Prozent	8 %	25 %	62 %	17 %
Gesamt	Absolut	182	102	16	300
	In Prozent	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Tabelle 24: Einschätzung der Koordinator*innen zur Einschränkung der Arbeit der Partnerschaft durch Einflussnahmen und Versuche zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach regionaler Verortung

		Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Berlin	Gesamt
(Eher) keine Beeinträchtigung durch Behinderungsversuche	Absolut	156	72	9	237
	In Prozent	66 %	30 %	4 %	100 %
Teils/teils Beeinträchtigung durch Behinderungsversuche	Absolut	11	14	5	30
	In Prozent	37 %	47 %	17 %	100 %
(Eher) Beeinträchtigung durch Behinderungsversuche	Absolut	4	13	2	19
	In Prozent	21 %	68 %	11 %	100 %
Gesamt	Absolut	171	99	16	286
	In Prozent	60 %	35 %	6 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 286), die die Beeinträchtigung durch Behinderungsversuche beurteilen können.

Tabelle 25: Einschätzung der Koordinator*innen zu Maßnahmen und Anpassungen in Reaktion auf oder in Erwartung von Versuchen der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Absolut	In Prozent
Anpassung von Projekten (z. B. Öffentliche Selbstdarstellung, Namensgebung)	44	15 %
Etablierung von Ausschlussklauseln für Veranstaltungen	88	29 %
Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten bei Veranstaltungen	38	13 %
Anpassung der Geschäftsordnung des Begleitausschusses	57	19 %
Optimierung von Kommunikation, Transparenz, Dokumentation und Informationsaustausch zwischen den beteiligten Akteur*innen und Gremien der Partnerschaft, der Verwaltung und dem federführenden Amt	110	37 %
Einholung externer Fachexpertisen durch Datenschutzbeauftragte, Rechtsamt oder Finanzamt	39	13 %
Beratung durch mobile Beratungen oder Opferberatungen	93	31 %
Entwicklung von Handlungsstrategien und Verfahren zur Reaktion auf Einflussnahmen und Kontrollversuche	43	14 %
Entwicklung von Verfahren zur öffentlichen Gegendarstellung bei Delegitimierungsversuchen	16	5 %
Einbindung übergeordneter Stellen der Partnerschaften für Demokratie und verantwortlicher Akteur*innen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	38	13 %
Austausch mit Polizei und Sicherheitsbehörden	71	24 %
Aktivierung zivilgesellschaftlicher Gegenbewegung	65	22 %
Sonstige	15	5 %
Keine	70	23 %
Kann ich nicht beurteilen	17	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine“ oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 26: Einschätzung der Koordinator*innen zu Maßnahmen und Anpassungen in Reaktion auf oder in Erwartung von Versuchen der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach regionaler Verortung

		Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Berlin	Gesamt
Maximal zwei unterschiedliche Maßnahmen gegen Shrinking-spaces-Vorfälle	Absolut	117	52	2	171
	In Prozent	64 %	51 %	13 %	57 %
Mindestens drei unterschiedliche Maßnahmen gegen Shrinking-spaces-Vorfälle	Absolut	65	50	14	129
	In Prozent	36 %	49 %	87 %	43 %
Gesamt	Absolut	182	102	16	300
	In Prozent	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (N = 300).

Tabelle 27: Einschätzung der Koordinator*innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Trifft (eher) nicht zu		Trifft (eher) zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	152	52 %	109	37 %	30	10 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	226	78 %	31	11 %	34	12 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	195	67 %	64	22 %	32	11 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	157	54 %	120	41 %	14	5 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	99	34 %	167	57 %	25	9 %
Öffentliche Auseinandersetzungen über Einschränkungen der Bürgerrechte im Kontext der Corona-Krise werden polarisierend geführt.	80	28 %	179	62 %	32	11 %
Im Kontext der Corona-Krise werden Konflikte in der Öffentlichkeit durch gewalttätige Konfrontationen ausgetragen.	259	89 %	12	4 %	20	7 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	129	44 %	48	17 %	114	39 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	160	55 %	111	38 %	20	7 %
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	84	29 %	190	65 %	17	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, die bei der Clusteranalyse berücksichtigt wurden (n = 291). Die Items „Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt)“ und „Im Kontext der Corona-Krise werden Konflikte in der Öffentlichkeit durch gewalttätige Konfrontationen ausgetragen“ wurden aufgrund geringer Streuung in der Grundgesamtheit aus der Clusteranalyse ausgeschlossen.

Tabelle 28: Einschätzung der Koordinator*innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion für den Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

	Trifft (eher) nicht zu		Trifft (eher) zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest.	16	6 %	263	90 %	12	4 %
Es findet eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Orientierungen und Handlungen statt.	69	24 %	200	69 %	22	8 %
Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird öffentlich reagiert (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr).	53	18 %	213	73 %	25	9 %
Der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfolgt kompetent.	60	21 %	197	68 %	34	12 %
Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfahren verlässlich Solidarität.	53	18 %	186	64 %	52	18 %
Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen).	18	6 %	203	70 %	70	24 %
Relevante Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sind über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen informiert und nehmen diese ernst.	37	13 %	216	74 %	38	13 %
Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft arbeiten im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen zusammen.	76	26 %	153	53 %	62	21 %
Es wird sichergestellt, dass potentielle Opfergruppen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen einen uneingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum haben.	46	16 %	150	52 %	95	33 %
Es findet eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle statt.	108	37 %	137	47 %	46	16 %
Es findet eine konsequente Ermittlung und Verfolgung von Täter*innen politisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt statt.	46	16 %	92	32 %	153	53 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, die bei der Clusteranalyse berücksichtigt wurden (n = 291). Die Items „Zivilgesellschaftliche Akteur*innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest“ und „Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen)“ wurden aufgrund geringer Streuung in der Grundgesamtheit aus der Clusteranalyse ausgeschlossen.

Tabelle 29: Einschätzung der Koordinator*innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 1)

	Trifft (eher) nicht zu		Trifft (eher) zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	29	66 %	6	14 %	9	20 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	39	89 %	0	0 %	5	11 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	41	93 %	0	0 %	3	7 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	37	84 %	3	7 %	4	9 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	29	66 %	2	5 %	13	30 %
Öffentliche Auseinandersetzungen über Einschränkungen der Bürgerrechte im Kontext der Corona-Krise werden polarisierend geführt.	21	48 %	13	30 %	10	23 %
Im Kontext der Corona-Krise werden Konflikte in der Öffentlichkeit durch gewalttätige Konfrontationen ausgetragen.	43	98 %	0	0 %	1	2 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	16	36 %	2	5 %	26	59 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	38	86 %	2	5 %	4	9 %
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	22	50 %	13	30 %	9	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, die mittels Clusteranalyse dem Typ 1 zugeordnet wurden (n = 44). Die Items „Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt)“ und „Im Kontext der Corona-Krise werden Konflikte in der Öffentlichkeit durch gewalttätige Konfrontationen ausgetragen“ wurden aufgrund geringer Streuung in der Grundgesamtheit aus der Clusteranalyse ausgeschlossen.

Tabelle 30: Einschätzung der Koordinator*innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion für den Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 1)

	Trifft (eher) nicht zu		Trifft (eher) zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest.	3	7 %	38	86 %	3	7 %
Es findet eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Orientierungen und Handlungen statt.	10	23 %	23	52 %	11	25 %
Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird öffentlich reagiert (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr).	6	14 %	26	59 %	12	27 %
Der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfolgt kompetent.	0	0 %	28	64 %	16	36 %
Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfahren verlässlich Solidarität.	1	2 %	24	55 %	19	43 %
Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen).	2	5 %	19	43 %	23	52 %
Relevante Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sind über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen informiert und nehmen diese ernst.	5	11 %	26	59 %	13	30 %
Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft arbeiten im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen zusammen.	10	23 %	9	20 %	25	57 %
Es wird sichergestellt, dass potentielle Opfergruppen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen einen uneingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum haben.	1	2 %	14	32 %	29	66 %
Es findet eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle statt.	12	27 %	18	41 %	14	32 %
Es findet eine konsequente Ermittlung und Verfolgung von Täter*innen politisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt statt.	3	7 %	5	11 %	36	82 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, die mittels Clusteranalyse dem Typ 1 zugeordnet wurden (n = 44). Die Items „Zivilgesellschaftliche Akteur*innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest“ und „Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen)“ wurden aufgrund geringer Streuung in der Grundgesamtheit aus der Clusteranalyse ausgeschlossen.

Tabelle 31: Einschätzung der Koordinator*innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 2)

	Trifft (eher) nicht zu		Trifft (eher) zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	15	26 %	40	69 %	3	5 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	39	67 %	9	16 %	10	17 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	28	48 %	20	34 %	10	17 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	19	33 %	34	59 %	5	9 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	16	28 %	38	66 %	4	7 %
Öffentliche Auseinandersetzungen über Einschränkungen der Bürgerrechte im Kontext der Corona-Krise werden polarisierend geführt.	11	19 %	38	66 %	9	16 %
Im Kontext der Corona-Krise werden Konflikte in der Öffentlichkeit durch gewalttätige Konfrontationen ausgetragen.	49	84 %	3	5 %	6	10 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	18	31 %	12	21 %	28	48 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	25	43 %	29	50 %	4	7 %
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	5	9 %	51	88 %	2	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, die mittels Clusteranalyse dem Typ 2 zugeordnet wurden (n = 58). Die Items „Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt)“ und „Im Kontext der Corona-Krise werden Konflikte in der Öffentlichkeit durch gewalttätige Konfrontationen ausgetragen“ wurden aufgrund geringer Streuung in der Grundgesamtheit aus der Clusteranalyse ausgeschlossen.

Tabelle 32: Einschätzung der Koordinator*innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion für den Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 2)

	Trifft (eher) nicht zu		Trifft (eher) zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest.	6	10 %	48	83 %	4	7 %
Es findet eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Orientierungen und Handlungen statt.	41	71 %	13	22 %	4	7 %
Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird öffentlich reagiert (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr).	24	41 %	28	48 %	6	10 %
Der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfolgt kompetent.	36	62 %	16	28 %	6	10 %
Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfahren verlässlich Solidarität.	36	62 %	12	21 %	10	17 %
Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen).	9	16 %	40	69 %	9	16 %
Relevante Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sind über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen informiert und nehmen diese ernst.	23	40 %	24	41 %	11	19 %
Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft arbeiten im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen zusammen.	31	53 %	14	24 %	13	22 %
Es wird sichergestellt, dass potentielle Opfergruppen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen einen uneingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum haben.	21	36 %	20	35 %	17	29 %
Es findet eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle statt.	46	79 %	9	16 %	3	5 %
Es findet eine konsequente Ermittlung und Verfolgung von Täter*innen politisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt statt.	22	38 %	11	19 %	25	43 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, die mittels Clusteranalyse dem Typ 2 zugeordnet wurden (n = 58). Die Items „Zivilgesellschaftliche Akteur*innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest“ und „Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen)“ wurden aufgrund geringer Streuung in der Grundgesamtheit aus der Clusteranalyse ausgeschlossen.

Tabelle 33: Einschätzung der Koordinator*innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 3)

	Trifft (eher) nicht zu		Trifft (eher) zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	49	41 %	56	47 %	15	13 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	84	70 %	19	16 %	17	14 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	68	57 %	34	28 %	18	15 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	37	31 %	79	66 %	4	3 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	13	11 %	100	83 %	7	6 %
Öffentliche Auseinandersetzungen über Einschränkungen der Bürgerrechte im Kontext der Corona-Krise werden polarisierend geführt.	14	12 %	95	79 %	11	9 %
Im Kontext der Corona-Krise werden Konflikte in der Öffentlichkeit durch gewalttätige Konfrontationen ausgetragen.	100	83 %	8	7 %	12	10 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	36	30 %	31	26 %	53	44 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	42	35 %	66	55 %	12	10 %
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	11	9 %	103	86 %	6	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, die mittels Clusteranalyse dem Typ 3 zugeordnet wurden (n = 120). Die Items „Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt)“ und „Im Kontext der Corona-Krise werden Konflikte in der Öffentlichkeit durch gewalttätige Konfrontationen ausgetragen“ wurden aufgrund geringer Streuung in der Grundgesamtheit aus der Clusteranalyse ausgeschlossen.

Tabelle 34: Einschätzung der Koordinator*innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion für den Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 3)

	Trifft (eher) nicht zu		Trifft (eher) zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest.	6	5 %	109	91 %	5	4 %
Es findet eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Orientierungen und Handlungen statt.	16	13 %	98	82 %	6	5 %
Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird öffentlich reagiert (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr).	18	15 %	101	84 %	1	1 %
Der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfolgt kompetent.	17	14 %	94	78 %	9	8 %
Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfahren verlässlich Solidarität.	10	8 %	90	75 %	20	17 %
Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen).	5	4 %	92	77 %	23	19 %
Relevante Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sind über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen informiert und nehmen diese ernst.	6	5 %	102	85 %	12	10 %
Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft arbeiten im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen zusammen.	33	28 %	66	55 %	21	18 %
Es wird sichergestellt, dass potentielle Opfergruppen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen einen uneingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum haben.	20	17 %	61	51 %	39	33 %
Es findet eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle statt.	43	36 %	55	46 %	22	18 %
Es findet eine konsequente Ermittlung und Verfolgung von Täter*innen politisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt statt.	18	15 %	30	25 %	72	60 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, die mittels Clusteranalyse dem Typ 3 zugeordnet wurden (n = 120). Die Items „Zivilgesellschaftliche Akteur*innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest“ und „Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen)“ wurden aufgrund geringer Streuung in der Grundgesamtheit aus der Clusteranalyse ausgeschlossen.

Tabelle 35: Einschätzung der Koordinator*innen zu Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 4)

	Trifft (eher) nicht zu		Trifft (eher) zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro- zent	Abso-lut	In Pro- zent	Abso-lut	In Pro- zent
Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert.	59	86 %	7	10 %	3	4 %
Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt).	64	93 %	3	4 %	2	3 %
Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“).	58	84 %	10	14 %	1	1 %
Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen.	64	93 %	4	6 %	1	1 %
Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt.	41	59 %	27	39 %	1	1 %
Öffentliche Auseinandersetzungen über Einschränkungen der Bürgerrechte im Kontext der Corona-Krise werden polarisierend geführt.	34	49 %	33	48 %	2	3 %
Im Kontext der Corona-Krise werden Konflikte in der Öffentlichkeit durch gewalttätige Konfrontationen ausgetragen.	67	97 %	1	1 %	1	1 %
Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich.	59	86 %	3	4 %	7	10 %
Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsächlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt.	55	80 %	14	20 %	0	0 %
Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar.	46	67 %	23	33 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, die mittels Clusteranalyse dem Typ 4 zugeordnet wurden (n = 69). Die Items „Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur*innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt)“ und „Im Kontext der Corona-Krise werden Konflikte in der Öffentlichkeit durch gewalttätige Konfrontationen ausgetragen“ wurden aufgrund geringer Streuung in der Grundgesamtheit aus der Clusteranalyse ausgeschlossen.

Tabelle 36: Einschätzung der Koordinator*innen zu Reaktionen auf die Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Förderregion für den Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 (Typ 4)

	Trifft (eher) nicht zu		Trifft (eher) zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro- zent	Abso-lut	In Pro- zent	Abso-lut	In Pro- zent
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest.	1	1 %	68	99 %	0	0 %
Es findet eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Orientierungen und Handlungen statt.	2	3 %	66	96 %	1	1 %
Auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle wird öffentlich reagiert (z.B. durch zeitnahe Verurteilung, Gegendemonstrationen bzw. zivilgesellschaftliche Gegenwehr).	5	7 %	58	84 %	6	9 %
Der Umgang von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfolgt kompetent.	7	10 %	59	86 %	3	4 %
Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen erfahren verlässlich Solidarität.	6	9 %	60	87 %	3	4 %
Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen).	2	3 %	52	75 %	15	22 %
Relevante Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sind über aktuelle Vorfälle bzw. Bestrebungen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen informiert und nehmen diese ernst.	3	4 %	64	93 %	2	3 %
Ordnungsämter, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft arbeiten im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Vorfällen zusammen.	2	3 %	64	93 %	3	4 %
Es wird sichergestellt, dass potentielle Opfergruppen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen einen uneingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum haben.	4	6 %	55	80 %	10	15 %
Es findet eine geschlossene Positionierung sämtlicher Parteien des demokratischen Spektrums als Reaktion auf demokratie- und menschenfeindliche Vorfälle statt.	7	10 %	55	80 %	7	10 %
Es findet eine konsequente Ermittlung und Verfolgung von Täter*innen politisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt statt.	3	4 %	46	67 %	20	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, die mittels Clusteranalyse dem Typ 4 zugeordnet wurden (n = 69). Die Items „Zivilgesellschaftliche Akteur*innen lassen sich nicht einschüchtern und halten an ihrem Engagement für Demokratie und Vielfalt fest“ und „Potentiell betroffene Opfergruppen erhalten bei Bedarf professionelle Unterstützung (z.B. durch Opferberatungen und/oder Mobile Beratungen)“ wurden aufgrund geringer Streuung in der Grundgesamtheit aus der Clusteranalyse ausgeschlossen.

Tabelle 37: Regionale Verortung differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

		Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Gesamt
alte Bundesländer	Absolut	34	25	68	48	175
	In Prozent	77 %	43 %	57 %	70 %	60 %
neue Bundesländer	Absolut	10	28	44	18	100
	In Prozent	23 %	48 %	37 %	26 %	34 %
Berlin	Absolut	0	5	8	3	16
	In Prozent	0 %	9 %	7 %	4 %	6 %
Gesamt	Absolut	44	58	120	69	291
	In Prozent	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 38: Gebietskulisse differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

		Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Gesamt
Westkommune	Absolut	21	17	47	32	117
	In Prozent	48 %	29 %	39 %	46 %	40 %
Ostkommune	Absolut	3	7	25	7	42
	In Prozent	7 %	12 %	21 %	10 %	14 %
West Landkreis	Absolut	13	8	21	16	58
	In Prozent	30 %	14 %	18 %	23 %	20 %
Ost Landkreis	Absolut	7	21	19	11	58
	In Prozent	16 %	36 %	16 %	16 %	20 %
Berlin	Absolut	0	5	8	3	16
	In Prozent	0 %	9 %	7 %	4 %	6 %
Gesamt	Absolut	44	58	120	69	291
	In Prozent	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 39: Förderkulisse differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

		Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Gesamt
Kommune	Absolut	24	29	80	42	175
	In Prozent	55 %	50 %	67 %	61 %	60 %
Landkreis/ Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	Absolut	20	29	40	27	116
	In Prozent	46 %	50 %	33 %	39 %	40 %
Gesamt	Absolut	44	58	120	69	291
	In Prozent	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 40: Gebietsgröße differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

		Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Gesamt
Kommune mit 15.000 zu 25.000 Einwohner*innen	Absolut	6	2	10	7	25
	In Prozent	14 %	3 %	8 %	10 %	9 %
Kommune mit 25.000-100.000 Einwohner*innen	Absolut	15	14	30	24	83
	In Prozent	34 %	24 %	25 %	35 %	29 %
Kommune mit 100.000-400.000 Einwohner*innen	Absolut	3	11	34	10	58
	In Prozent	7 %	19 %	28 %	15 %	20 %
Kommune mit mehr als 400.000 Einwohner*innen	Absolut	0	2	6	1	9
	In Prozent	0 %	3 %	5 %	1 %	3 %
Landkreis/ Zusammenschluss von Gebietskörperschaften mit bis zu 150.000 Einwohner*innen	Absolut	16	18	25	21	80
	In Prozent	36 %	31 %	21 %	30 %	28 %
Landkreis/ Zusammenschluss von Gebietskörperschaften mit 150.000-250.000 Einwohner*innen	Absolut	2	8	7	3	20
	In Prozent	5 %	14 %	6 %	4 %	7 %
Landkreis/ Zusammenschluss von Gebietskörperschaften mit mehr als 250.000 Einwohner*innen	Absolut	2	3	8	3	16
	In Prozent	5 %	5 %	7 %	4 %	6 %
Gesamt	Absolut	44	58	120	69	291
	In Prozent	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 41: Förderdauer differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

		Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Gesamt
Förderung seit Vielfalt tut gut	Absolut	8	17	34	16	75
	In Prozent	18 %	29 %	28 %	23 %	26 %
Förderung seit Toleranz fördern, Kompetenz stärken	Absolut	14	9	27	17	67
	In Prozent	32 %	16 %	23 %	25 %	23 %
Förderung seit der Förderperioden 1-4 von Demokratie leben	Absolut	17	29	38	27	111
	In Prozent	39 %	50 %	32 %	39 %	38 %
Förderung aber der 5. Förderperiode von Demokratie leben	Absolut	5	3	21	9	38
	In Prozent	11 %	5 %	18 %	13 %	13 %
Gesamt	Absolut	44	58	120	69	291
	In Prozent	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 42: Einschätzung der Koordinator*innen zur Situation in ihrem Fördergebiet hinsichtlich Anfeindungen und Bedrohungen verschiedener Gruppen von Akteur*innen im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

Im Befragungszeitraum wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen:			Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Gesamt
Bürgermeister*innen oder Landrät*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	Ja, wiederholt	Absolut	1	4	7	1	13
		In Prozent	2 %	7 %	6 %	1 %	5 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	2	16	35	16	69
		In Prozent	5 %	28 %	29 %	23 %	24 %
	Nein	Absolut	17	17	32	33	99
		In Prozent	39 %	29 %	27 %	48 %	34 %
Mitarbeiter*innen der Verwaltung, Gemeindevorteiler*innen bzw. Politiker*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	Ja, wiederholt	Absolut	0	6	11	0	17
		In Prozent	0 %	10 %	9 %	0 %	6 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	7	27	47	20	101
		In Prozent	16 %	47 %	39 %	29 %	35 %
	Nein	Absolut	13	7	20	28	68
		In Prozent	30 %	12 %	17 %	41 %	23 %
zivilgesellschaftliche Akteur*innen aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	Ja, wiederholt	Absolut	0	16	30	5	51
		In Prozent	0 %	28 %	25 %	7 %	18 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	20	31	55	29	135
		In Prozent	46 %	53 %	46 %	42 %	46 %
	Nein	Absolut	4	2	6	19	31
		In Prozent	9 %	3 %	5 %	28 %	11 %
Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstelle aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft.	Ja, wiederholt	Absolut	0	1	2	0	3
		In Prozent	0 %	2 %	2 %	0 %	1 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	3	9	16	6	34
		In Prozent	7 %	16 %	13 %	9 %	12 %
	Nein	Absolut	35	44	94	58	231
		In Prozent	80 %	76 %	78 %	84 %	79 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	6	4	8	5	23
		In Prozent	14 %	7 %	7 %	7 %	8 %

			Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Ge- samt
Menschen wurden wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit (z.B. ethnische, religiöse und/oder geschlechtsidentitätsbezogene Minderheiten) Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	Ja, wiederholt	Absolut	5	31	58	13	107
		In Prozent	11 %	53 %	48 %	19 %	37 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	13	21	41	34	109
		In Prozent	30 %	36 %	34 %	49 %	38 %
	Nein	Absolut	0	2	2	6	10
		In Prozent	0 %	3 %	2 %	9 %	3 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	26	4	19	16	65
		In Prozent	59 %	7 %	16 %	23 %	22 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 43: Einschätzung der Koordinator*innen zu aktiven menschen- und demokratiefeindlichen Organisationen bzw. Gruppierungen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

			Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Gesamt
Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen)	Ja, wiederholt	Absolut	5	20	29	5	59
		In Prozent	11 %	35 %	24 %	7 %	20 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	8	15	55	18	96
		In Prozent	18 %	26 %	46 %	26 %	33 %
	Nein	Absolut	19	14	22	35	90
		In Prozent	43 %	24 %	18 %	51 %	31 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	12	9	14	11	46
		In Prozent	27 %	16 %	12 %	16 %	16 %
Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“)	Ja, wiederholt	Absolut	7	17	48	11	83
		In Prozent	16 %	29 %	40 %	16 %	29 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	21	31	56	33	141
		In Prozent	48 %	53 %	47 %	48 %	49 %
	Nein	Absolut	8	4	11	19	42
		In Prozent	18 %	7 %	9 %	28 %	14 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	8	6	5	6	25
		In Prozent	18 %	10 %	4 %	9 %	9 %
Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger*innen“ bzw. „Wutbürger*innen“)	Ja, wiederholt	Absolut	8	26	67	14	115
		In Prozent	18 %	45 %	56 %	20 %	40 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	16	23	42	36	117
		In Prozent	36 %	40 %	35 %	52 %	40 %
	Nein	Absolut	2	0	4	9	15
		In Prozent	5 %	0 %	3 %	13 %	5 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	18	9	7	10	44
		In Prozent	41 %	16 %	6 %	15 %	15 %
Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus)	Ja, wiederholt	Absolut	1	8	18	1	28
		In Prozent	2 %	14 %	15 %	1 %	10 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	6	23	38	8	75
		In Prozent	14 %	40 %	32 %	12 %	26 %
	Nein	Absolut	14	8	27	37	86
		In Prozent	32 %	14 %	23 %	54 %	30 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	23	19	37	23	102
		In Prozent	52 %	33 %	31 %	33 %	35 %

			Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Ge- sam- t
Neue Koalitionen und Kooperationen von bisher getrennt auftretenden Gruppen des populistischen, rechtsaffinen, rechts-populistischen und rechtsextremen Spektrums im Kontext der Corona-Krise	Ja, wiederholt	Absolut	4	16	42	11	73
		In Prozent	9 %	28 %	35 %	16 %	25 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	12	21	41	24	98
		In Prozent	27 %	36 %	34 %	35 %	34 %
	Nein	Absolut	8	6	10	20	44
		In Prozent	18 %	10 %	8 %	29 %	15 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	20	15	27	14	76
		In Prozent	46 %	26 %	23 %	20 %	26 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 44: Einschätzung der Koordinator*innen zu den im öffentlichen Diskurs vertretenen demokratie- und menschenfeindlichen Positionen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

			Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Ge- samt
Politiker- und Parteien- verdrossenheit	Ja, wiederholt	Absolut	6	25	68	14	113
		In Prozent	14 %	43 %	57 %	20 %	39 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	19	20	35	33	107
		In Prozent	43 %	35 %	29 %	48 %	37 %
	Nein	Absolut	9	6	4	14	33
		In Prozent	21 %	10 %	3 %	20 %	11 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	10	7	13	8	38
		In Prozent	23 %	12 %	11 %	12 %	13 %
Islam- und Muslim- feindlichkeit	Ja, wiederholt	Absolut	2	22	59	8	91
		In Prozent	5 %	38 %	49 %	12 %	31 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	10	21	39	29	99
		In Prozent	23 %	36 %	33 %	42 %	34 %
	Nein	Absolut	16	4	7	20	47
		In Prozent	36 %	7 %	6 %	29 %	16 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	16	11	15	12	54
		In Prozent	36 %	19 %	13 %	17 %	19 %
Fremdenfeindlichkeit	Ja, wiederholt	Absolut	5	26	73	10	114
		In Prozent	11 %	45 %	61 %	15 %	39 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	20	22	35	40	117
		In Prozent	46 %	38 %	29 %	58 %	40 %
	Nein	Absolut	8	3	4	10	25
		In Prozent	18 %	5 %	3 %	15 %	9 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	11	7	8	9	35
		In Prozent	25 %	12 %	7 %	13 %	12 %
Antisemitismus	Ja, wiederholt	Absolut	1	10	35	6	52
		In Prozent	2 %	17 %	29 %	9 %	18 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	11	24	49	25	109
		In Prozent	25 %	41 %	41 %	36 %	38 %
	Nein	Absolut	18	11	12	18	59
		In Prozent	41 %	19 %	10 %	26 %	20 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	14	13	24	20	71
		In Prozent	32 %	22 %	20 %	29 %	24 %

			Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Ge- sam
Verschwörungstheorien	Ja, wiederholt	Absolut	5	29	73	14	121
		In Prozent	11 %	50 %	61 %	20 %	42 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	20	20	36	36	112
		In Prozent	46 %	35 %	30 %	52 %	39 %
	Nein	Absolut	7	2	0	10	19
		In Prozent	16 %	3 %	0 %	15 %	7 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	12	7	11	9	39
		In Prozent	27 %	12 %	9 %	13 %	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 45: Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur*innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

			Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Ge- sam
Wortergreifung bei und Störung von Veranstaltungen	Ja, wiederholt	Absolut	0	3	4	2	9
		In Prozent	0 %	5 %	3 %	3 %	3 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	4	18	43	8	73
		In Prozent	9 %	31 %	36 %	12 %	25 %
	Nein	Absolut	22	20	45	49	136
		In Prozent	50 %	35 %	38 %	71 %	47 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	18	17	28	10	73
		In Prozent	41 %	29 %	23 %	15 %	25 %
Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z.B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume)	Ja, wiederholt	Absolut	7	27	52	20	106
		In Prozent	16 %	47 %	43 %	29 %	36 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	16	24	55	26	121
		In Prozent	36 %	41 %	46 %	38 %	42 %
	Nein	Absolut	11	5	5	16	37
		In Prozent	25 %	9 %	4 %	23 %	13 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	10	2	8	7	27
		In Prozent	23 %	3 %	7 %	10 %	9 %
Demonstrationen und Protestkundgebungen	Ja, wiederholt	Absolut	8	17	43	10	78
		In Prozent	18 %	29 %	36 %	15 %	27 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	13	21	47	25	106
		In Prozent	30 %	36 %	39 %	36 %	36 %
	Nein	Absolut	20	15	22	29	86
		In Prozent	46 %	26 %	18 %	42 %	30 %
	Kann ich nicht beurteilen	Absolut	3	5	8	5	21
		In Prozent	7 %	9 %	7 %	7 %	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 46: Einschätzung der Koordinator*innen zur Aktivität von demokratisch und weltoffenen Akteur*innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020 differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

			Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Gesamt
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Bürgerbündnisse	Ja, wiederholt	Absolut	24	36	94	39	193
		In Prozent	55 %	62 %	78 %	57 %	66 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	15	16	22	24	77
		In Prozent	34 %	28 %	18 %	35 %	27 %
	Nein	Absolut	3	3	2	3	11
		In Prozent	7 %	5 %	2 %	4 %	4 %
	kann ich nicht beurteilen	Absolut	2	3	2	3	10
		In Prozent	5 %	5 %	2 %	4 %	3 %
Integrationsfördernde Migrant*innencommunities und/oder -netzwerke (z.B. Nachbarschafts- und Unterstützungsgruppen, Vereine)	Ja, wiederholt	Absolut	17	29	85	37	168
		In Prozent	39 %	50 %	71 %	54 %	58 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	18	20	21	17	76
		In Prozent	41 %	35 %	18 %	25 %	26 %
	Nein	Absolut	5	4	8	12	29
		In Prozent	11 %	7 %	7 %	17 %	10 %
	kann ich nicht beurteilen	Absolut	4	5	6	3	18
		In Prozent	9 %	9 %	5 %	4 %	6 %
Für Demokratie und Vielfalt engagierte Migrant*innen(selbst)organisationen	Ja, wiederholt	Absolut	11	14	66	27	118
		In Prozent	25 %	24 %	55 %	39 %	41 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	11	21	26	20	78
		In Prozent	25 %	36 %	22 %	29 %	27 %
	Nein	Absolut	12	13	20	15	60
		In Prozent	27 %	22 %	17 %	22 %	21 %
	kann ich nicht beurteilen	Absolut	10	10	8	7	35
		In Prozent	23 %	17 %	7 %	10 %	12 %
Für Demokratie und Vielfalt einsehende Partei-Vertreter*innen des gesamten politischen Spektrums	Ja, wiederholt	Absolut	15	19	67	32	133
		In Prozent	34 %	33 %	56 %	46 %	46 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	17	31	39	26	113
		In Prozent	39 %	53 %	33 %	38 %	39 %
	Nein	Absolut	6	4	2	6	18
		In Prozent	14 %	7 %	2 %	9 %	6 %
	kann ich nicht beurteilen	Absolut	6	4	12	5	27
		In Prozent	14 %	7 %	10 %	7 %	9 %

			Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Ge- samt
Für Demokratie und Vielfalt einste- hende deutungs- mächtige Ak- teur*innen aus Kul- tur und/oder Wirt- schaft	Ja, wiederholt	Absolut	8	10	55	24	97
		In Prozent	18 %	17 %	46 %	35 %	33 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	16	30	44	31	121
		In Prozent	36 %	52 %	37 %	45 %	42 %
	Nein	Absolut	6	11	7	7	31
		In Prozent	14 %	19 %	6 %	10 %	11 %
	kann ich nicht be- urteilen	Absolut	14	7	14	7	42
		In Prozent	32 %	12 %	12 %	10 %	14 %
	Gesamt	Absolut	44	58	120	69	291
		In Prozent	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 47: Einschätzung der Koordinator*innen zu Aktionen demokratischer und weltoffener Akteur*innen in ihrer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.05.2020

			Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Ge- samt
Gezielte Informa- tion und Aufklä- rung von Bür- ger*innen (z.B. Veranstaltungen, Vorträge, Infor- mationsbroschü- ren)	Ja, wiederholt	Absolut	20	36	91	41	188
		In Prozent	46 %	62 %	76 %	59 %	65 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	19	19	22	25	85
		In Prozent	43 %	33 %	18 %	36 %	29 %
	Nein	Absolut	2	3	4	3	12
		In Prozent	5 %	5 %	3 %	4 %	4 %
	Kann ich nicht be- urteilen	Absolut	3	0	3	0	6
		In Prozent	7 %	0 %	3 %	0 %	2 %
Bildungsange- bote zur Erhö- hung der Hand- lungskompetenz im Umgang mit demokratie- und menschenfeindli- chen Phänome- nen (z.B. Argu- mentationstrai- ning, Einübung von Zivilcourage)	Ja, wiederholt	Absolut	11	25	78	25	139
		In Prozent	25 %	43 %	65 %	36 %	48 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	19	26	34	35	114
		In Prozent	43 %	45 %	28 %	51 %	39 %
	Nein	Absolut	8	6	6	8	28
		In Prozent	18 %	10 %	5 %	12 %	10 %
	Kann ich nicht be- urteilen	Absolut	6	1	2	1	10
		In Prozent	14 %	2 %	2 %	1 %	3 %
Moderierte Dis- kurse bzw. Dis- kussionsveran- staltungen zu po- larisierenden Themenstellun- gen (z.B. Bürger- dialoge)	Ja, wiederholt	Absolut	6	8	45	14	73
		In Prozent	14 %	14 %	38 %	20 %	25 %
	Ja, in Einzelfällen	Absolut	15	28	56	36	135
		In Prozent	34 %	48 %	47 %	52 %	46 %
	Nein	Absolut	17	16	16	16	65
		In Prozent	39 %	28 %	13 %	23 %	22 %
	Kann ich nicht be- urteilen	Absolut	6	6	3	3	18
		In Prozent	14 %	10 %	3 %	4 %	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 48: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

In unserer Förderregion gibt es...		Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Insgesamt
...aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.	Absolut	42	58	118	67	285
	Mittelwert	3,7	4,1	4,4	4,4	4,2
...einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur*innen.	Absolut	38	58	117	66	279
	Mittelwert	3,6	3,1	3,7	3,9	3,6
...eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.	Absolut	38	56	118	65	277
	Mittelwert	3,4	3,5	3,7	3,4	3,6

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019, die auch bei der Clusteranalyse 2020 berücksichtigt wurden (N = 291). Mittelwerte: 1="trifft gar nicht zu" bis 5="trifft voll zu". Die Absolut Angaben entsprechen nicht der Gesamtanzahl, da Befragte mit „Kann ich nicht beurteilen“ Angaben aus den Analysen ausgeschlossen wurden.

Tabelle 49: Aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen differenziert nach Förderkulisse und Idealtypen kommunaler Verfasstheit

		Absolut	Mittelwert
Typ 1	Kommune	22	3,9
	Landkreis/ Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	20	3,5
Typ 2	Kommune	29	4,1
	Landkreis/ Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	29	4,1
Typ 3	Kommune	78	4,5
	Landkreis/ Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	40	4,2
Typ 4	Kommune	40	4,5
	Landkreis/ Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	27	4,2

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019, die auch bei der Clusteranalyse 2020 berücksichtigt wurden (N = 291). Mittelwerte: 1="trifft gar nicht zu" bis 5="trifft voll zu". Die Absolut Angaben entsprechen nicht der Gesamtanzahl, da Befragte mit „Kann ich nicht beurteilen“ Angaben aus den Analysen ausgeschlossen wurden.

Tabelle 50: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit und Gebietskulisse

		...aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen.		...einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur*innen.	
		Absolut	Mittelwert	Absolut	Mittelwert
Typ 1	Westkommune	20	3,8	20	3,7
	Ostkommune	2	5,0	2	4,0
	West Landkreis	13	3,7	9	3,7
	Ost Landkreis	7	3,1	7	3,1
	Insgesamt	42	3,7	38	3,6
Typ 2	Westkommune	17	4,1	17	3,2
	Ostkommune	7	4,0	7	3,0
	West Landkreis	8	4,0	8	3,4
	Ost Landkreis	21	4,1	21	2,9
	Berlin	5	4,0	5	3,0
	Insgesamt	58	4,1	58	3,1
Typ 3	Westkommune	45	4,5	44	4,1
	Ostkommune	25	4,4	25	3,8
	West Landkreis	21	4,5	21	3,7
	Ost Landkreis	19	3,8	19	2,7
	Berlin	8	4,6	8	3,9
	Insgesamt	118	4,4	117	3,7
Typ 4	Westkommune	30	4,6	30	4,2
	Ostkommune	7	4,3	7	3,6
	West Landkreis	16	4,4	15	3,7
	Ost Landkreis	11	3,8	11	3,2
	Berlin	3	4,3	3	3,7
	Insgesamt	67	4,4	66	3,9

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019, die auch bei der Clusteranalyse 2020 berücksichtigt wurden (N = 291). Mittelwerte: 1="trifft gar nicht zu" bis 5="trifft voll zu". Die Absolut Angaben entsprechen nicht der Gesamtanzahl, da Befragte mit „Kann ich nicht beurteilen“ Angaben aus den Analysen ausgeschlossen wurden.

Tabelle 51: Engagement des Begleitausschusses in Aufgabenbereichen differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

	Informationsaustausch über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen vor Ort	Entscheidungsfindung über die zu fördernden Projekte
	Mittelwert	Mittelwert
Typ 1 (n = 41)	3,3	4,7
Typ 2 (n=54)	3,5	4,7
Typ 3 (n = 115)	3,9	4,7
Typ 4 (n =67)	3,7	4,7
Insgesamt (n = 277)	3,7	4,7

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, die einen Begleitausschuss konstituiert haben (N = 277). Mittelwerte: 1=„Kein Engagement“ bis 5=„Hohes Engagement“.

Tabelle 52: Arbeitsschwerpunkte differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

		Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Ge- samt
Aktuelle Formen des Antisemitismus	Absolut	15	28	64	31	138
	In Prozent	34 %	48 %	53 %	45 %	47 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	Absolut	13	24	59	28	124
	In Prozent	30 %	41 %	49 %	41 %	43 %
Antiziganismus	Absolut	1	11	28	14	54
	In Prozent	2 %	19 %	23 %	20 %	19 %
Homo- und Transfeindlichkeit	Absolut	7	19	45	16	87
	In Prozent	16 %	33 %	38 %	23 %	30 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	Absolut	24	39	64	44	171
	In Prozent	55 %	67 %	53 %	64 %	59 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	Absolut	23	36	96	51	206
	In Prozent	52 %	62 %	80 %	74 %	71 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	Absolut	5	6	19	13	43
	In Prozent	11 %	10 %	16 %	19 %	15 %
Linke Militanz	Absolut	1	1	5	5	12
	In Prozent	2 %	2 %	4 %	7 %	4 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	Absolut	20	20	67	26	133
	In Prozent	46 %	35 %	56 %	38 %	46 %
Demokratieförderung	Absolut	38	55	109	64	266
	In Prozent	86 %	95 %	91 %	93 %	91 %
Rassismus	Absolut	21	40	83	44	188
	In Prozent	48 %	69 %	69 %	64 %	65 %
Gender Mainstreaming	Absolut	11	18	38	23	90
	In Prozent	25 %	31 %	32 %	33 %	31 %
Diversity Mainstreaming	Absolut	13	18	54	31	116
	In Prozent	30 %	31 %	45 %	45 %	40 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	Absolut	15	19	39	20	93
	In Prozent	34 %	33 %	33 %	29 %	32 %
Verschwörungstheorien	Absolut	8	19	41	23	91
	In Prozent	18 %	33 %	34 %	33 %	31 %
Sonstige	Absolut	9	9	15	6	39
	In Prozent	4 %	16 %	13 %	9 %	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 53: Handlungsbedarfe differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

		Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Gesamt
Prävention von Radikalisierung und Gewalt	Absolut	2	7	12	6	27
	In Prozent	5 %	12 %	10 %	9 %	9 %
Demokratieförderung	Absolut	22	29	60	38	149
	In Prozent	50 %	50 %	50 %	55 %	51 %
Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt	Absolut	18	21	44	25	108
	In Prozent	41 %	36 %	37 %	36 %	37 %
Kann ich nicht beurteilen	Absolut	2	1	4	0	7
	In Prozent	5 %	2 %	3 %	0 %	2 %
Gesamt	Absolut	44	58	120	69	291
	In Prozent	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 54: Zielgruppen differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

	Typ 1		Typ 2		Typ 3		Typ 4		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Breite Bevölkerung	35	80 %	44	76 %	104	87 %	60	87 %	243	84 %
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteur*innen (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen etc.)	25	57 %	40	69 %	84	70 %	44	64 %	193	66 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteur*innen (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger*innen etc.)	35	80 %	42	72 %	109	91 %	55	80 %	241	83 %
Staatliche Akteur*innen (z.B. Verwaltung, Polizei etc.)	7	16 %	22	38 %	41	34 %	28	41 %	98	34 %
Wirtschaftsakteur*innen (z.B. Unternehmen)	4	9 %	4	7 %	10	8 %	10	15 %	28	10 %
Kinder	34	77 %	37	64 %	80	67 %	49	71 %	200	69 %
Jugendliche	43	98 %	53	91 %	118	98 %	68	99 %	282	97 %
Erwachsene	31	71 %	32	55 %	89	74 %	49	71 %	201	69 %
Senior*innen	17	39 %	13	22 %	54	45 %	26	38 %	110	38 %
Menschen mit Migrationshintergrund	25	57 %	33	57 %	86	72 %	51	74 %	195	67 %
Asylsuchende/Geflüchtete	18	41 %	22	38 %	66	55 %	28	41 %	134	46 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung	18	41 %	15	26 %	51	43 %	24	35 %	108	37 %
LGBTI-Personen	11	25 %	14	24 %	45	38 %	21	30 %	91	31 %
Sonstige	3	7 %	3	5 %	11	9 %	3	4 %	20	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 55: Unterstützungsbedarfe differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

	Typ 1		Typ 2		Typ 3		Typ 4		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Jugendpartizipation	20	46 %	24	41 %	49	41 %	29	42 %	122	42 %
Netzwerkarbeit/Netzwerkmanagement	8	18 %	9	16 %	32	27 %	15	22 %	64	22 %
Gesprächsführung/Moderation/Mediation/Konfliktmanagement	15	34 %	23	40 %	40	33 %	21	30 %	99	34 %
Öffentlichkeitsarbeit	21	48 %	19	33 %	49	41 %	25	36 %	114	39 %
Projektmanagement	11	25 %	14	24 %	23	19 %	16	23 %	64	22 %
Motivation und/oder Aktivierung von (neuen) Akteur*innen, (Bürger-)Beteiligung	24	55 %	40	69 %	59	49 %	39	57 %	162	56 %
Umgang mit Anfeindungen und Bedrohungen	7	16 %	24	41 %	43	36 %	20	29 %	94	32 %
Verwaltungs- und Zuwendungsrecht	15	34 %	24	41 %	52	43 %	28	41 %	119	41 %
Demokratiebildung	15	34 %	13	22 %	28	23 %	19	28 %	75	26 %
Rechtsextremismus, Rechtspopulismus	7	16 %	4	7 %	21	18 %	12	17 %	44	15 %
Islamismus	2	5 %	3	5 %	8	7 %	6	9 %	19	7 %
Linksextremismus	1	2 %	0	0 %	7	6 %	6	9 %	14	5 %
Integration und Teilhabe	4	9 %	4	7 %	13	11 %	9	13 %	30	10 %
Verschwörungstheorien	21	48 %	15	26 %	40	33 %	27	39 %	103	35 %
Umgang mit menschen- und demokratiefeindlichen Phänomenen im Netz	16	36 %	21	36 %	35	29 %	27	39 %	99	34 %
Digitalkompetenz (z.B. Nutzung von Social Media-Plattformen, Online-Tools)	28	64 %	31	53 %	60	50 %	41	59 %	160	55 %
(langfristige) Strategieentwicklung	14	32 %	28	48 %	52	43 %	28	41 %	122	42 %
Situationsanalyse	10	23 %	26	45 %	42	35 %	25	36 %	103	35 %
Inhalte und/oder Struktur des Programms in der zweiten Förderphase	9	21 %	9	16 %	21	18 %	21	30 %	60	21 %
Beratung	4	9 %	9	16 %	18	15 %	6	9 %	37	13 %
Sonstiges	2	5 %	4	7 %	7	6 %	1	1 %	14	5 %
Keine der Genannten	1	2 %	0	0 %	2	2 %	2	3 %	5	2 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	2	5 %	3	5 %	3	3 %	2	3 %	10	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“ oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 56: Fachliche Anerkennung der Koordinierungs- und Fachstelle in der Förderregion differenziert nach kommunaler Verfasstheit

	Absolut	Mittelwert
Typ 1	35	4,1
Typ 2	55	4,1
Typ 3	110	4,4
Typ 4	65	4,3
Insgesamt	265	4,3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020, die die Anerkennung der eigenen fachlichen Expertise in der Förderregion beurteilen können (n = 265). Mittelwerte: 1="Trifft gar nicht zu" bis 5="Trifft voll zu".

Tabelle 57: Sicherstellung der Thematisierung aktueller gesellschaftlicher Themen bei Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

	Absolut	Mittelwert
Typ 1	44	3,9
Typ 2	58	3,8
Typ 3	120	4,5
Typ 4	69	4,5
Insgesamt	291	4,3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291). Zustimmung zur Angabe „Bei der Umsetzung unserer Partnerschaft für Demokratie wird sichergestellt, dass aktuelle gesellschaftliche Themen, Unzufriedenheiten und Kritik an sozialen und politischen Verhältnissen im Wirkungsfeld der Partnerschaft aufgegriffen und öffentlich thematisiert werden.“ Mittelwerte: 1="Trifft gar nicht zu" bis 6="Trifft voll zu".

Tabelle 58: Netzwerkqualität differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

In unserer Partnerschaft gibt es derzeit...	Typ 1		Typ 2		Typ 3		Typ 4		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Maßnahmen zur regelmäßigen Überprüfung der Beteiligung aller relevanter Netzwerkpartner*innen.	15	34 %	25	43 %	53	44 %	32	46 %	125	43 %
Maßnahmen zur Reflektion und Anpassung der Rollen und Aufgabenwahrnehmung der Netzwerkakteur*innen.	10	23%	29	50 %	46	38 %	37	54 %	122	42 %
Maßnahmen zur gezielten Ansprache und Aktivierung bislang nicht beteiligter Akteur*innen.	26	59 %	37	64 %	85	71 %	47	68 %	195	67 %
Keine der Kategorien ist zutreffend.	11	25 %	7	12 %	12	10 %	10	15 %	40	14 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Kategorien ist zutreffend.“

Tabelle 59: Wahrnehmung von Coaching Angeboten differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

	Typ 1		Typ 2		Typ 3		Typ 4		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Nicht bekannt	2	5 %	3	5 %	4	3 %	2	3 %	11	4 %
Bekannt, aber nicht wahrge-nommen	25	57 %	22	38 %	57	48 %	32	46 %	136	47 %
Wahrgenommen	17	39 %	33	57 %	59	49 %	35	51 %	144	49 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 60: Kooperation mit (Programm)Akteur*innen differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

		Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Ge-samt
Andere Partnerschaft(en) für Demokratie aus der gleichen Region	Absolut	36	45	96	56	233
	In Prozent	82 %	78 %	80 %	81 %	80 %
Andere Partnerschaft(en) für Demokratie über die eigene Region hinaus	Absolut	25	35	63	39	162
	In Prozent	57 %	60 %	53 %	57 %	56 %
Landeskoordinator*in der Demokratiezen-tren ¹ /Beratungsnetzwerke	Absolut	17	31	72	42	162
	In Prozent	39 %	53 %	60 %	61 %	56 %
Mobile Berater*in	Absolut	14	34	76	32	156
	In Prozent	32 %	59 %	63 %	46 %	54 %
Opferberater*in	Absolut	2	15	30	9	56
	In Prozent	5 %	26 %	25 %	13 %	19 %
Ausstiegsberater*in	Absolut	0	4	9	2	15
	In Prozent	0 %	7 %	8 %	3 %	5 %
Träger der Modellprojekte	Absolut	8	13	34	19	74
	In Prozent	18 %	22 %	28 %	28 %	25 %
Kompetenzzentren und Kompetenznetzwerke	Absolut	5	14	16	13	48
	In Prozent	11 %	24 %	13 %	19 %	17 %
Landeszentrale(n) für politische Bildung	Absolut	5	17	43	23	88
	In Prozent	11 %	29 %	36 %	33 %	30 %
Bundeszentrale für politische Bildung	Absolut	5	9	16	9	39
	In Prozent	11 %	16 %	13 %	13 %	13 %
Mit keinem der genannten Akteur*innen	Absolut	2	2	3	4	11
	In Prozent	5 %	3 %	3 %	6 %	4 %
Gesamt	Absolut	44	58	120	69	291
	In Prozent	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der ge-nannten Akteur*innen.“

Tabelle 61: Gründe für Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle bei aktuellem Träger differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

	Typ 1		Typ 2		Typ 3		Typ 4		Gesamt	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Sicherung des Zu- gangs zu zivilgesell- schaftlichen Ak- teur*innen	23	54 %	34	59 %	88	73 %	53	78 %	198	69 %
Sicherung des Zu- gangs zu Akteur*in- nen aus der Verwal- tung	9	21 %	12	21 %	40	33 %	23	34 %	84	29 %
Sicherung des Zu- gangs zu politi- schen Akteur*innen	9	21 %	14	24 %	42	35 %	23	34 %	88	30 %
Sicherung des Zu- gangs zu Zielgrup- pen der Partner- schaft	21	49 %	40	69 %	83	69 %	47	69 %	191	66 %
Themenkompetenz des Trä- gers/Amts/Organi- sationseinheit	25	58 %	36	62 %	91	76 %	44	65 %	196	68 %
Erfahrung des Trä- gers/Amts/Organi- sationseinheit in der Konzeptentwicklung	23	54 %	30	52 %	69	58 %	35	52 %	157	54 %
Erfahrung des Trä- gers/Amts/Organi- sationseinheit im Projektmanagement	30	70 %	39	67 %	74	62 %	41	60 %	184	64 %
Rückgriff auf etab- lierte Strukturen	23	54 %	27	47 %	68	57 %	39	57 %	157	54 %
Mangel an weiteren Alternativen	3	7 %	3	5 %	2	2 %	3	4 %	11	4 %
Sonstiges	4	9 %	5	9 %	7	6 %	3	4 %	19	7 %
Kann ich nicht beur- teilen	2	5 %	3	5 %	6	5 %	2	3 %	13	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich nicht beurteilen“

Tabelle 62: Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit.

		Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Gesamt
Bildungsträger	Absolut	9	9	27	17	62
	In Prozent	21 %	16 %	23 %	25 %	21 %
Träger der Kinder- und Jugendhilfe	Absolut	17	17	29	17	80
	In Prozent	39 %	29 %	24 %	25 %	28 %
Träger der sozialen Arbeit	Absolut	2	13	23	14	52
	In Prozent	5 %	22 %	19 %	20 %	18 %
Träger der kulturellen Arbeit	Absolut	2	3	5	1	11
	In Prozent	5 %	5 %	4 %	1 %	4 %
Sonstiges, und zwar:	Absolut	10	11	25	11	57
	In Prozent	23 %	19 %	21 %	16 %	20 %
verwaltungsinterne Koordinierungs- und Fachstelle/Sonderform	Absolut	3	5	11	8	27
	In Prozent	7 %	9 %	9 %	12 %	9 %
keine Koordinierungs- und Fachstelle eingerichtet	Absolut	1	0	0	1	2
	In Prozent	2 %	0 %	0 %	1 %	1 %
Gesamt	Absolut	44	58	120	69	291
	In Prozent	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 63: Einschätzung des vorhandenen Stellenvolumens der externen Koordinierungs- und Fachstellen differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

		Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Gesamt
Stellenvolumen nicht ausreichend	Absolut	10	26	40	12	88
	In Prozent	25 %	49 %	37 %	20 %	34 %
Stellenvolumen ausreichend	Absolut	30	26	66	46	168
	In Prozent	75 %	49 %	61 %	77 %	64 %
Personell derzeit nicht besetzt/Keine Angabe möglich	Absolut	0	1	3	2	6
	In Prozent	0 %	2 %	3 %	3 %	2 %
Gesamt	Absolut	40	53	109	60	262
	In Prozent	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: Angaben der externen Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 262).

Tabelle 64: Hauptzielgruppe der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Idealtypen kommunaler Verfasstheit

		Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Ge- samt
Breite Bevölkerung	Absolut	16	21	48	34	119
	In Pro- zent	36 %	36 %	40 %	49 %	41 %
Professionelle zivilgesellschaftliche Ak- teur*innen (z.B. Träger der Kinder- und Ju- gendhilfe, Stiftungen etc.)	Absolut	3	7	9	3	22
	In Pro- zent	7 %	12 %	8 %	4 %	8 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Ak- teur*innen (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger*in- nen etc.)	Absolut	3	5	18	4	30
	In Pro- zent	7 %	9 %	15 %	6 %	10 %
Kinder	Absolut	2	1	3	1	7
	In Pro- zent	5 %	2 %	3 %	1 %	2 %
Jugendliche	Absolut	18	20	32	26	96
	In Pro- zent	41 %	35 %	27 %	38 %	33 %
Erwachsene	Absolut	2	2	6	0	10
	In Pro- zent	5 %	3 %	5 %	0 %	3 %
Senior*innen	Absolut	0	0	1	0	1
	In Pro- zent	0 %	0 %	1 %	0 %	0 %
Menschen mit Migrationshintergrund	Absolut	0	0	1	1	2
	In Pro- zent	0 %	0 %	1 %	1 %	1 %
Sonstige, und zwar:	Absolut	0	2	2	0	4
	In Pro- zent	0 %	3 %	2 %	0 %	1 %
Gesamt	Absolut	44	58	120	69	291
	In Pro- zent	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2020 (n = 291).

Tabelle 65: Deutungsmächtige Akteur*innen, die zur Unterstützung bzw. Mitarbeit in den Partnerschaften für Demokratie gewonnen wurden differenziert nach Idealtypen der kommunalen Verfasstheit

	Typ 1		Typ 2		Typ 3		Typ 4		Gesamt	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus	8	33 %	16	39 %	43	51 %	13	27 %	82	40 %
Bildung und Erziehung	15	63 %	26	63 %	39	46 %	27	56 %	111	54 %
Kunst und Kultur	6	25 %	14	34 %	31	37 %	14	29 %	67	33 %
Sport	8	33 %	11	27 %	21	25 %	11	23 %	51	25 %
Medien	4	17 %	4	10 %	10	12 %	11	23 %	31	15 %
Migrant*innenselbstorganisationen	6	25 %	10	24 %	22	26 %	10	21 %	49	24 %
Recht, Justiz, Polizei und Verfassungsschutz	4	17 %	8	20 %	17	20 %	8	17 %	39	19 %
Religiöse Vereinigungen	8	33 %	14	34 %	26	31 %	18	38 %	67	33 %
Vereine, Verbände	16	67 %	23	56 %	37	44 %	24	50 %	105	51 %
Verwaltung, Ämter	14	58 %	28	68 %	54	64 %	25	52 %	126	62 %
Politik	15	63 %	23	56 %	56	67 %	34	71 %	132	64 %
Wirtschaft	4	17 %	3	7 %	13	16 %	7	15 %	28	14 %
Gewerkschaften	4	17 %	1	2 %	20	24 %	8	17 %	34	17 %
Wissenschaft	2	8 %	7	17 %	9	11 %	1	2 %	20	10 %
Zivilgesellschaft/Bürgerinitiativen	15	63 %	20	49 %	44	52 %	26	54 %	107	52 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2018, die deutungsmächtige Akteur*innen zur Mitarbeit gewinnen konnten und auch bei der Clusteranalyse 2020 berücksichtigt wurden (n = 205). Mehrfachnennungen sind möglich.

Kurzprofil

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS-Frankfurt a. M.) wurde im Jahr 1974 vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) gegründet und ist seit 1991 als rechtlich selbständiger gemeinnütziger Verein organisiert. Der Hauptsitz liegt in Frankfurt am Main. In Berlin unterhält das ISS ein Projektbüro.

Das ISS-Frankfurt a. M. beobachtet, analysiert, begleitet und gestaltet Entwicklungsprozesse der Sozialen Arbeit und erbringt wissenschaftliche Dienstleistungen für öffentliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände und private Träger. Das Institut erhält durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Projektförderung.

- Das Leistungsprofil des ISS-Frankfurt a. M. steht als wissenschaftsbasiertes Fachinstitut für Praxisberatung, Praxisbegleitung und Praxisentwicklung an der Schnittstelle von Praxis, Politik und Wissenschaft der Sozialen Arbeit und gewährleistet damit einen optimalen Transfer.
- Zum Aufgabenspektrum gehören wissenschaftsbasierte Dienstleistungen und Beratung auf den Ebenen von Kommunen, Ländern, Bund und der Europäischen Union sowie der Transfer von Wissen in die Praxis der Sozialen Arbeit und in die Fachöffentlichkeit.
- Die Arbeitsstruktur ist geprägt von praxiserfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, häufig mit Doppelqualifikationen, die ein breites Spektrum von Themenfeldern in interdisziplinären Teams bearbeiten. Dadurch ist das Institut in der Lage, flexibel auf Veränderungen in Gesellschaft und Sozialer Arbeit sowie die daraus abgeleiteten Handlungsanforderungen für Dienstleister, Verwaltung und Politik einzugehen.
- Auf unserer Website www.iss-ffm.de finden Sie weitere Informationen zum ISS-Frankfurt a. M. und zu dessen Kooperationen sowie Arbeitsberichte, Gutachten und Expertisen zum Download oder Bestellen.





Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 / 95789-0
Telefax +49 (0) 69 / 95789-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de

